

# **DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS INTERNATIONALE REVUE**

.....  
**HERAUSGEGEBEN VON PROFESSOR DR. R.  
BRODA:PARIS IN VERBINDUNG MIT  
DR:HERMANN BECK:BERLIN UND  
ERICH LILIENTHAL:BERLIN+VER-  
LEGT BEI GEORG REIMER:BERLIN:WSS**

.....  
**JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK  
PREIS DES EINZELHEFTES 1 MARK**

.....  
**AUSGEGEBEN ANF: JANUAR 1913  
G. JAHR 1. HEFT**



**GERN  
HALL**

# INHALT:

DIESES HEFT IST VORNEHMLICH SOZIALHYGIENISCHEN  
PROBLEMEN GEWIDMET.

NACHDRUCK MIT AUSNAHME DER DURCH EINEN VERMERK GEKENNZEICHNETEN  
ARTIKEL MIT QUELLENANGABE GESTATTET.

ALLE MANUSKRIPTE SIND AN DIE DEUTSCHE REDAKTION, BERLIN-WILMERSDORF,  
PRINZREGENTENSTR. 115/116 ZU RICHTEN.  
UNVERLANGTE MANUSKRIPTE WERDEN NUR ZURÜCKGESANDT, WENN IHNEN RÜCKPORTO  
BEILIEGT.

Professor I. GONSER, Berlin, Generalsekretär des Deutschen Vereins g. d. Miß- brauch geistiger Getränke: Die organisierte Trinkerversorgung in Deutschland	3
Sir ROBERT STOUT, früher Ministerpräsident und jetzt Präsident des Obersten Gerichtshofes von Neuseeland: Die Ergebnisse der Alkoholverbotsgesetz- gebung in Neuseeland	8
Dr. v. URSIN, ehem. Vizepräsident des Finnischen Landtags: Die Erfolge der fin- nischen Bestrebungen für ein gesetzliches Alkoholverbot	12
Dr. QUERALTO, Präsident des sozialhygienischen Instituts von Catalonien (Barce- lona): Die soziale Bedeutung der Tuberkulose	20
Dr. RENETTA BRANDT-WYT, Berlin-Steglitz: Der Wille zum Kinde beim Weibe, ein Versuch zur Erklärung des Geburtenrückganges	23
SCHW. AGNES KARLL, Berlin, Vorsitzende der Berufsorganisation der Kranken- pflegerinnen Deutschlands, Ehrenpräsidentin des Weltbundes der Kranken- pflegerinnen: Der Einfluß der Krankenpflege auf den sozialhygienischen Fortschritt in den angelsächsischen Ländern	27
Dr. med. MAX MARCUSE, Berlin: Fortschritte im Kampfe gegen die Geschlechts- krankheiten	32
Dr. LUDWIG HEYDE, Berlin: Urlaub für Arbeiter und Angestellte in Deutschland	38
Chronik	42
RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS:	
Prof. Dr. R. BRODA, Paris: Die Kulturaufgaben des Jahrhunderts. (Das Alkohol- problem und seine Lösung)	46
POLITISCHE ENTWICKLUNG:	
EMIL VANDERVELDE, Präsident des internationalen sozialistischen Bureaus, Brüssel: Wieso ist die internationale Arbeiterpartei die einzige unbeugsame Friedenspartei?	54
ALFRED H. FRIED, Wien: Sturmzentrum Österreich	59
FRANS VAN KALKEN: Die mazedonische Frage	63
V. ARMENAK: Die türkische Krise	65
Chronik	67
TECHNISCHER UND WISSENSCHAFTLICHER FORTSCHRITT:	
Chronik	69
MORALISCHE UND RECHTSENTWICKLUNG:	
Die Rolle der Gewalt in Konflikten des modernen Lebens	70

UMSCHLAG UND AUSSTATTUNG ZEICHNETE  
LUCIAN BERNHARD, BERLIN.



# PROFESSOR I. GONSER, BERLIN, GENERAL- SEKRETÄR DES DEUTSCHEN VEREINS G. D. MISSBRAUCH GEISTIGER GETRÄNKE: DIE OR- GANISIERTE TRINKERFÜRSORGE IN DEUTSCH- LAND.



M 14. und 15. November d. J. fand — veranstaltet vom Deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke — im Landeshaus der Provinz Brandenburg in Berlin die IV. Konferenz für Trinkerfürsorge statt. Es ist überraschend, wie machtvoll in wenigen Jahren der Gedanke der organisierten Trinkerfürsorge sich durchgesetzt hat. Staats- und Gemeindebehörden, Versicherungsanstalten und Krankenkassen, Vertreter von Kirche und Schule, Ärzte und Sozialpolitiker wandten der Arbeit mehr und mehr ihr tatkräftiges Interesse zu. Bezirksvereine der g. d. M. g. G. und Enthaltensamkeitsvereine im Bunde mit anderen Wohlfahrtsvereinen, insbesondere Frauenvereinen, stellten sich in die praktische Arbeit. Was in Deutschland sich bewährte, wurde mit Verwertung der von uns gesammelten Erfahrungen auch in anderen Ländern — in Österreich, Holland, Schweden, Luxemburg, in der Schweiz — eingerichtet. Wir stehen heute schon vor einem Werke, das im Vergleich zur Kürze der Zeit, erstaunlich in die Breite und in die Tiefe geht.

## I. Die Entwicklung der Trinkerfürsorge in Deutschland.

Vorbemerkung: Im Oktober 1912 wurde seitens der Geschäftsstelle des D. V. g. d. M. g. G. ein Fragebogen verschickt. Von den bis zu diesem Zeitpunkte bestehenden 178 Fürsorgestellen haben 132 geantwortet. Bei den nachstehenden Zahlenangaben konnten also nur diese 132 Antworten verwertet werden.

Zur Zeit (Anfang November 1912) sind in Deutschland 178 Trinkerfürsorgestellen in Tätigkeit. Es wurden gegründet bis zum Jahre 1906: 6, im Jahre 1907: 10, 1908: 16, 1909: 35, 1910: 39, 1911: 45, 1912 (bis Ende Oktober): 27 Stellen.

Von den 178 Stellen entfallen auf Preußen: 132, Elsaß-Lothringen: 6, Bayern: 6, Sachsen: 8, Württemberg: 4, Hessen: 4, Baden: 6, Oldenburg: 1, Sachsen-Weimar: 1, Mecklenburg-Schwerin: 2, Mecklenburg-Strelitz: 1, Braunschweig: 1, Sachsen-Coburg-Gotha: 1, Hamburg: 2, Bremen: 2, Lübeck: 1.

Die Trinkerfürsorgestellen sind teils in Großstädten: in ihnen erweist sich aus naheliegenden Gründen ihre Notwendigkeit besonders dringend — teils in mittleren und kleineren Städten: auch in den kleinen Städten ist überreichliche Arbeit vorhanden, zumal, wenn sie auf das Land ausgedehnt wird. Auch auf dem Lande selbst sind bereits die ersten Versuche gemacht, ob nun die Fürsorgestelle einem Sanatorium angegliedert wird (so z. B. der Heilstätte Birkenhof in Schlesien) oder als fliegende Beratungs- und Auskunftsstelle eingerichtet wird (so z. B. von Pastor Seltmann in Thammehain).

Der Umfang der Tätigkeit der Fürsorgestellen ist äußerst verschieden. Dies hängt natürlich ab von der Tatkraft und dem Geschick derjenigen

Persönlichkeiten, welche die Arbeit übernehmen, von der Unterstützung, welche die Behörden gewähren; es hängt ab davon, inwieweit es in der einzelnen Stadt gelingt, geeignete Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen heranzuziehen, die Fürsorgestelle in allen Kreisen bekanntzumachen, und, was besonders wichtig, in den Reihen derer, welchen die Fürsorge zugute kommen soll, das nötige Vertrauen zu der Gemeinnützigkeit der Fürsorgestelle zu gewinnen. Es hängt natürlich auch vor allem davon ab, wie lange die Stelle bereits in Tätigkeit ist.

Wie verschiedenartig die Verhältnisse liegen, erhellt aus zwei Zahlenreihen:

Auf 1000 Einwohner kommen Anmeldungen von Fällen (die Städte sind der Größe nach geordnet) z. B. in Königsberg 4,78, Münster 9,18, Bielefeld 7,01, Beuthen 5,15, Lüdenscheid 13,53, Oldenburg 5,52, Lüneburg 5,43, Minden 5,18, Haspe 8,01, Hameln 6,66, Waldenburg i. Schl. 10,11, Gummersbach 8,29, Rheine i. W. 7,28, Lyck 7,89, Reichenau 6,88, Schildesche 12,04.

Dagegen kommen z. B. auf 1000 Einwohner Anmeldungen in Berlin 0,56, München 0,51, Essen 0,75, Stuttgart 0,48, Braunschweig 0,84, Karlsruhe i. B. 0,37, Mülhausen i. E. 0,77, Darmstadt 0,78, Elbing 0,64, Coblenz 0,74, Thorn 0,84, Schwerin i. M. 0,47, Greifswald 0,93, Merseburg 0,14, Passau 0,24, Waren i. M. 0,57.

Bei Neugründung von Trinkerfürsorgestellen taucht immer wieder neu die Frage auf, wer am zweckmäßigsten die Anregungen gibt, die Persönlichkeiten zusammenruft und die Stelle schafft. Die geschichtliche Entwicklung hat hier bereits entschieden. Der Deutsche Verein g. d. M. g. G. hat die Bewegung in Fluß gebracht; er hat in den weitesten Kreisen Verständnis und Interesse geweckt durch die Konferenzen, die er einberief, durch die Kurse für Trinkerfürsorger und -fürsorgerinnen, die er veranstaltete, durch die Literatur, die er verbreitete, durch die Eingaben und Rundschreiben, die er an Behörden, Vereine usw. richtete; er sammelt das Tatsachen- und Zahlenmaterial, hilft bei Gründung und Ausbau von Fürsorgestellen, gibt die nötigen Auskünfte über gesetzliche und verwaltungstechnische, über prinzipielle und praktische Fragen; er gibt vom 1. Januar 1913 ab ein eigenes Organ heraus: „Blätter für praktische Trinkerfürsorge“. Er wird, sobald für alle Fürsorgestellen einheitliche Formulare, die zur Zeit in einer Kommission beraten werden, ein- und durchgeführt sind, das so zu gewinnende Material wissenschaftlich bearbeiten. Etwa  $\frac{2}{3}$  der Trinkerfürsorgestellen sind von seinen Bezirksvereinen eingerichtet und geleitet. Im letzten Drittel sind mancherlei Verschiedenheiten: da, wo Bezirksvereine bestehen, sind sie an der Trinkerfürsorge mitbeteiligt; die übrigen Stellen werden teils von Gemeindebehörden, teils von Abstinenzvereinen, teils von Frauenvereinen, teils von sonstigen Wohlfahrtsvereinen geführt.

## II. Erfahrungen aus der Trinkerfürsorge.

Als die neue Arbeit begann, wurden mannigfache Bedenken laut, die sich auch heute noch da wiederholen, wo der Gedanke neu zur Erörterung gestellt wird.

1. Ist die Zahl der Alkoholkranken so groß, daß es einer besonderen Einrichtung bedarf?

Ein Beispiel für viele als Antwort: Aus einer Großstadt an der Wasserkante wird uns berichtet, daß dort 652 Fälle in den Listen geführt werden (die Stelle besteht seit 1908). Es wird aber ausdrücklich hinzugefügt, daß

neben diesen noch 5130 Fälle durch vertrauliche Mitteilung angemeldet wurden.

In allen Städten, in denen die Voraussetzungen für genügende Bekanntmachung und ersprießliche Wirksamkeit gegeben sind, wird übereinstimmend festgestellt, daß die Zahl der Alkoholkranken viel größer ist, als bei den amtlichen Stellen bisher angenommen wurde und auch in weiteren Kreisen bekannt war. Naheliegende Gründe machen das Bestreben der Beteiligten begreiflich, möglichst lange zu schweigen und zu verschweigen.

In den 132 Fürsorgestellen, welche genaue Zahlen angeben, wurden im ganzen 28 271 Alkoholkranke gemeldet (darunter neue im Jahre 1912: 7107). Rechnet man die Familien im Durchschnitt zu vier Köpfen, so sind es also mehr als 100 000 Familiengenossen, welche unter der Alkoholnot litten. Am 1. Oktober 1912 standen in Fürsorge 17 705 Personen.

Wenn auf Grund von Schätzungen bisher angenommen wurde, daß in Deutschland etwa 400 000 Alkoholkranke sind, so beweisen die bisherigen Erfahrungen in den Fürsorgestellen, daß mit dieser Zahl die untere Grenze angegeben ist.

Gegenüber dieser Massennot haben Staat und Gemeinde, Kirche und Schule, Vereine und einzelne mit ihrer Erziehung und Fürsorge, mit Eingreifen durch Zwangs- oder Strafmaßnahmen — bei aller Anerkennung des besten Willens und einzelner Erfolge — nicht aufzukommen vermocht. Die Bedürfnisfrage nach Trinkerfürsorgestellen ist also bejaht.

2. Werden die Alkoholkranken und deren Angehörige zu den Fürsorgestellen kommen? Werden nicht verschiedenartige Erwägungen die Beteiligten veranlassen, sich zurückzuhalten?

Dieses Bedenken hat sich bewahrheitet da, wo die Fürsorgestelle einen zu stark behördlichen Charakter (Armenverwaltung, Polizeiverwaltung) trägt, und dadurch die Besorgnis nahegelegt wird, daß eine Anmeldung allerlei unerwünschte Konsequenzen haben könnte. Dagegen überall, wo es gelungen ist, den Wohlfahrtscharakter der Stelle, ihren Fürsorgezweck, in überzeugender und gewinnender Weise in die Erscheinung treten zu lassen und so Vertrauen zu wecken, da ist eine Überfülle von Arbeit. Einige Zahlen (aus Städten in den verschiedensten Gegenden Deutschlands) als Beispiele: in Breslau wurden seit 1909: 1694 Fälle angemeldet, in Altona seit 1909: 843, in Bielefeld seit 1906: 550, in Münster seit 1909: 828, in Frankfurt a. M. seit 1909: 496, in Heidelberg seit 1911: 143, in Mainz seit 1909: 270, in Straßburg seit 1911: 262, in München seit 1910: 302, in Stuttgart seit 1910: 137.

Ein besonderer Gradmesser für das Vertrauen, das der Fürsorgestelle entgegengebracht wird, dürfte sein, wenn die Alkoholkranken selbst Rat, Heilung und Hilfe suchend sich einstellen. Auch dies liegt durchaus im Bereich dessen, was erreicht werden kann. Dies beweist z. B. Düsseldorf, wo im Jahre 1910 unter 226 neuen Fällen 65 Alkoholkranke selbst sich meldeten.

3. Wird es gelingen, für eine doch recht schwierige, an Kopf und Herz, Zeit und Kraft, Geduld und Takt, hohe Anforderungen stellende Arbeit, wie die Trinkerfürsorge, Helfer und Helferinnen, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu finden?

Dieses Bedenken ist durch die bisherige Entwicklung widerlegt. Der Optimismus hat Recht behalten. Die Gemeindeverwaltungen mehren sich, welche ihre Sachkenntnis, ihren Einfluß und ihre Mittel in den Dienst der



Sache stellen. In den Versicherungsanstalten und Krankenkassen dringt mehr und mehr die Erkenntnis durch, daß mit den Erfolgen der Trinkerfürsorge die durch Alkoholranke schwer belasteten Kassen entlastet werden, und daß deshalb die Förderung dieser Arbeit im eigensten Interesse liegt. Die Ärzte überzeugen sich immer mehr davon, daß sie sich dieser gemeinnützigen Arbeit, für welche ärztliche Beratung so dringend nötig ist, nicht entziehen dürfen. Evangelische und katholische Geistliche, welche die religiösen und sittlichen Verheerungen der Trunksucht in so vielen Familien schwer empfinden, treten in steigender Zahl in die Reihen. Frauen, deren Mitarbeit schlechterdings nicht entbehrt werden kann, leisten in der Sprechstunde, bei Hausbesuchen, in Beratung und Ermutigung der Trinkerfrauen, in Fürsorge für Trinkerkinde treffliche Dienste. In den Reihen der alkoholgegnerrischen Vereine verschwindet unter dem Eindruck der zur Nacheiferung reizenden Beispiele und Erfolge immer mehr die anfängliche Zurückhaltung und tritt an ihre Stelle die Bereitwilligkeit, mit Rat und Tat mitzuhelfen.

Im Zusammenschluß und Zusammenwirken all dieser Hilfskräfte zu einmütigem Vorgehen gegen die Alkoholnot, wo und wie sie immer auftaucht, liegt die Gewähr der Möglichkeit von Erfolgen.

4. Wird es möglich sein, für eine Arbeit, bei welcher ein so verschiedenartiges Einwirken erforderlich ist, bei welcher in vielen Fällen Verbringung in Krankenhäuser, Irrenanstalten, Heilstätten u. a., materielle Unterstützung u. a. geboten ist, die nötigen Geldmittel flüssig zu machen?

Zwei Vorbemerkungen seien vorausgeschickt: Die Fürsorgestellten brauchen gar nicht soviel eigene Geldmittel, jedenfalls nicht für den Anfang, wie vielfach angenommen wird, da Aufbringung der Mittel für eine Heilstättenbehandlung, für finanzielle Unterstützung usw. Sache der Landesversicherungsanstalten, der Gemeindeverwaltungen usw. ist. Nicht große Geldmittel sind erforderlich, sondern Menschen — solche Menschen, die mit warmem Herzen, klugem Verstand und mit tatbereiter Hand sich einstellen und zugreifen. Wo aber solche Persönlichkeiten die Arbeit beginnen, die Not aufdecken und den Beweis erbringen, daß Gutes geschaffen und erreicht werden kann, fließt erfahrungsgemäß das Geld auch zu.

Da ist es der Kreisausschuß, dort die Stadtverwaltung, da die Landesversicherungsanstalt, dort die Krankenkasse, da ein Verein, dort eine sozialgesinnte Persönlichkeit, vielerorts auch verschiedene Stellen, welche Beiträge gewähren — in sehr verschiedener Höhe: Kreise an 13 Fürsorgestellten von 20 Mark bis zu 500 Mark (z. B. Zabrze), Gemeindeverwaltungen an 101 Stellen von 10 Mark bis zu 3000 Mark (z. B. Hamburg), Landesversicherungsanstalten an 78 Stellen von 50 Mark bis zu 1000 Mark (z. B. Stettin), Krankenkassen an 11 Stellen von 10 Mark bis zu 200 Mark (z. B. Neiß).

Wird mit der Zeit die Tätigkeit nach allen Richtungen ausgebaut, so erreichen die Budgets der Fürsorgestellten eine beträchtliche Höhe, z. B. Stettin 1910/11 Einnahmen: 3998,83 Mark, Ausgaben: 2859,80 Mark.

5. Wird bei der Arbeit auch etwas erreicht, so daß der Einsatz an Zeit, Kraft und Geld sich lohnt?

Es darf nicht geaugnet werden, daß mancherlei Enttäuschungen unvermeidlich sind, daß es nicht wenige Fälle gibt, die kürzere oder längere Zeit hoffnungslos erscheinen. Und doch, was schon früher die Trinkerrettungsvereine bezeugten, was in den Trinkerheilstätten vielfach sich bestätigte, — die Trinkerfürsorgestellten beweisen es in vielen einzelnen Fällen: die Hoff-

nung darf eigentlich bei keinem Menschen und an keinem Zeitpunkt aufgegeben werden. Es werden mehr Erfolge erzielt, als früher nicht nur Pessimisten, sondern auch Männer und Frauen der Praxis mit viel Optimismus anzunehmen geneigt waren.

Von den 28 271 Trinkern, welche in den 132 Trinkerfürsorgestellen, aus denen Berichte vorliegen, in Behandlung und Pflege standen (vgl. II 1.), wurden geheilt mit Anschluß an Abstinenzvereine 3130 = 11,07 %, geheilt ohne Anschluß an Abstinenzvereine 342 = 1,21 %, gebessert haben sich 4894 = 17,31 %, vorläufig aufgegeben wurden 2827 = 10 %, der Fürsorge entzogen sich 1160 = 4,10 %, verzogen sind 1392 = 4,92 %, verstorben sind 709 = 2,50 %, bei den übrigen war ein Urteil noch nicht möglich.

Heilung oder Besserung konnte also im ganzen festgestellt werden bei 8366 Personen = 29,59 %, vorläufige Erfolglosigkeit bei 3987 = 14,10 %; beim Rest war eine Entscheidung über Erfolg oder Mißerfolg noch nicht möglich.

Ziehen wir den ungefähren Durchschnitt, so ergibt er, daß mindestens ein Drittel der Fürsorgefälle zu Erfolgen führt, — um so sicherer natürlich, je intensiver die Einwirkungsarbeit geleistet wird.

Dies sind nur Zahlen. Wenn wir aber versuchen auszudenken, was in ihnen eingeschlossen ist, dann gewinnen sie Leben: wieviel Not, wieviel körperlicher, geistiger, sittlicher, wirtschaftlicher Zusammenbruch, wieviel Tragödien fürchterlichster Art, die in all den Fällen, die zur Anmeldung kommen, vorliegen! Wieviel Erziehungs- und Rettungsarbeit, die geleistet wird! Wieviel Wohlfahrts- und Glückswerte, die neu geschaffen werden!

In der Tat, die Arbeit lohnt sich! Dies ist nicht mehr nur kühne, vielleicht allzu kühne Hoffnung von Idealisten, sondern eine Gewißheit auf Grund all der Erfahrungen, die allorts gemacht werden.

Deshalb muß und kann alle Kraft eingesetzt werden, um die Trinkerfürsorge auf den Linien, die sich bewährt haben, weiter auszubauen, — in den Städten, wo bereits ein schöner Anfang gemacht ist, wie in den Städten, wo bisher eine solche Wohlfahrtsstelle noch nicht eingerichtet wurde. Das Ziel muß sein, ganz Deutschland mit einem Netz von Trinkerfürsorgestellen zu überziehen.

Dies ist eine Riesenarbeit, die noch zu bewältigen ist. Sie wird erleichtert, wenn die Erfahrungen zu Nutz und Frommen aller, die in der Arbeit stehen, ausgetauscht werden, was in Zukunft durch die „Blätter für praktische Trinkerfürsorge“ — in Ergänzung dessen, was schon bisher durch Einzelveröffentlichungen, Konferenzen, Kurse, Vorträge usw. angestrebt wurde — erleichtert und gewährleistet wird.

Noch eine Erwägung und Prüfung sei an den Schluß gestellt:

Während man in früheren Zeiten nur in der Trunksucht die Gefahr, in der Rettung der Trunksüchtigen die Aufgabe erblickte, ist man in der Gegenwart in sachkundigen Kreisen davon überzeugt, daß in dem gewohnheitsmäßigen Alkoholgenuß, an dem der weitaus größere Bruchteil der Bevölkerung teilnimmt, die nationale Gefahr für Gesamtkraft und Gesamttüchtigkeit unseres Volkes liegt, und daß deshalb eine großzügige Vorbeugung durch planmäßige Aufklärung und Erziehung die wichtigste Aufgabe ist. Die Trunksuchtsfrage alter Zeiten hat sich in die Alkoholfrage neuer Zeit umgebildet.

Wird durch die organisierte Trinkerfürsorge, d. h. durch Konzentrierung vieler Kräfte und Einflüsse auf Heilung der Alkoholkranken und auf Sanierung ihrer äußeren Verhältnisse nicht wieder ein Schritt rückwärts gemacht?

Würde dies zu befürchten sein, so wäre damit wohl das schwerste Bedenken gegen die Trinkerfürsorge der Gegenwart ausgesprochen. Alle bisherigen Erfahrungen lehren jedoch das Gegenteil. Die Trinkerfürsorge deckt die Alkoholnot in ihrem ganzen Umfang, in ihrer unheimlichen Vielgestaltigkeit, in all ihren Begleit- und Folgeerscheinungen auf und offenbart die gewaltigen Gefahren, welche in falschen Trinkanschauungen und verhängnisvollen Trinksitten begründet sind. Die Trinkerfürsorge erzeugt damit eine alkoholgegnerische Stimmung in der Öffentlichkeit, jedenfalls in den Kreisen aller sozial Gesinnten und national Gesinnten, — eine Stimmung, welche für Reformen großen Stils, für ihr Verständnis und ihre Durchführung, unentbehrlich ist. Die Trinkerfürsorge zieht neue Kreise, welche bisher fernstanden, in den Kampf gegen die Alkoholgefahr. Und was die Hauptsache ist, die Trinkerfürsorge, je ernster sie aufgefaßt und betrieben wird, führt um so rascher und um so sicherer zu der Erkenntnis: Prophylaxe ist wichtiger als Therapie, Vorbeugen ist aussichtsvoller, leichter und nötiger als Heilen!



## SIR ROBERT STOUT, FRÜHER MINISTERPRÄSIDENT UND JETZT PRÄSIDENT DES OBERSTEN GERICHTSHOFES VON NEUSEELAND: DIE ERGEBNISSE DER ALKOHOLVERBOTSGESETZGEBUNG IN NEUSEELAND.



Im Jahre 1893 wurde der erste Gesetzentwurf, welcher den Bewohnern Neuseelands eine direkte Kontrolle über den Verkauf von alkoholhaltigen Getränken geben sollte, vom neuseeländischen Parlamente angenommen. Die Hauptgrundsätze dieses Gesetzes haben bis heute noch keine Änderung erfahren und sind die folgenden:

1. Bei jeder Wahl zum Abgeordnetenhaus, die alle drei Jahre stattfindet, ist eine Abstimmung darüber zu veranstalten, ob Konzessionen für den Verkauf berauschender Getränke erteilt werden sollen.
2. Die Wahlbezirke sind zugleich die Konzessionsbezirke.
3. Wenn drei Fünftel aller Stimmen gegen die Erteilung von Schankkonzessionen sind, können keine mehr erteilt werden. Alle Erwachsenen, d. h. Männer und Frauen über 21 Jahre, sind stimmberechtigt.

Im Jahre 1910 wurde eine weitere Abstimmung über die Frage des absoluten Alkoholverbots, d. h. darüber, ob sämtliche in Neuseeland bestehenden Konzessionen nach einem Zeitraum von vier Jahren ablaufen sollten und kein berauschendes Getränk mehr in Neuseeland hergestellt oder importiert werden dürfe (ausgenommen für gewisse medizinische, wissenschaftliche, sakramentale oder industrielle Zwecke), autorisiert. Damit das absolute Alkoholverbot in Kraft treten kann, müssen drei Fünftel aller Stimmen dafür sein.

Am 17. November 1911 fand die erste derartige Volksabstimmung mit folgendem Ergebnis statt: für das nationale Verbotsgesetz waren 259 943, dagegen 205 661 Stimmen. Daraus geht hervor, daß zur Annahme des Gesetzes 279 363 Stimmen nötig gewesen wären und hiervon 19 420 fehlten.



Bei der allgemeinen Wahl im Jahre 1893 wurde das Konzessionsverbot nur in einem Bezirke, nämlich dem von Clutha, in dem Provinzialbezirk Otago und Southland, einem der südlichsten Teile Neuseelands, durchgeführt. Es ist dies ein ländlicher Bezirk, dessen Bewohner hauptsächlich Schotten oder schottischer Abstammung sind. Seit 1893 ist in diesem Bezirk bei jeder Wahl das Konzessionsverbot aufrechterhalten worden. Jetzt gibt es von den 76 Wahlbezirken Neuseelands 12, in denen das Konzessionsverbot in Kraft ist. Die Bezirke haben keine natürlichen Grenzen, sondern werden nach der Bevölkerungszahl auf einem gewissen Flächenraum bestimmt; alle fünf Jahre findet eine Volkszählung statt und nach jeder derselben setzt eine Kommission die Grenzen der einzelnen Bezirke fest. Dabei bleiben einige fast unverändert, aber in einem Lande wie Neuseeland, wo fortwährend neue Ansiedelungen entstehen, finden oft bedeutende Veränderungen in den Bezirken statt. Die größte Stadt, in der das Konzessionsverbot besteht, ist Invercargill, die Hauptstadt des südlichsten Bezirks. Die Mehrzahl der Bewohner dieser Stadt ist schottisch oder schottischer Abstammung und in allen Wahlbezirken ist die große Mehrheit der Bevölkerung protestantisch; etwa ein Siebentel ist katholisch.

Die Wirkung des Konzessionsverbots, insoweit die Verbrechen in Betracht kommen, ist sehr bedeutend. Die Zahl hat abgenommen, und schwere Verbrechen sind im Süden, wo das Konzessionsverbot vorherrschend ist, fast unbekannt. Die Regierung veranstaltete eine Statistik, welche die Anklagen und Überführungen wegen Beleidigungen und Anzahl und Alter der in den konzessionslosen Bezirken in dem Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1911 der Trunksucht überführten Personen registrierte. Die Bevölkerung dieser 12 Kreise beträgt 160 996, und während der 6 Monate wurden 163 Männer und 5 Frauen, im ganzen also 168 Personen der Trunksucht überführt. Die Gesamtzahl für die ganze Kolonie während eines Jahres war 10 873 männliche und 803 weibliche, zusammen also 11 676 Personen. Hätten die Bezirke mit Konzessionsverbot im Verhältnis zur Bevölkerung dieselbe Anzahl wie der übrige Teil Neuseelands gehabt, so wären es in den 12 konzessionslosen Bezirken nicht 168, sondern 1843 Personen gewesen.

Überall, wo das Konzessionsverbot durchgeführt ist, hat eine Abnahme aller Verbrechen, sowohl der schweren als auch der leichten, stattgefunden. In Masterdon, einem Wahlbezirk mit einer kleinen Stadt inmitten eines ländlichen Kreises kamen nachstehende Überführungen vor

	1909	1910	1911
wegen	letztes Jahr mit Konzessionsfreiheit	Konzessionsverbot	
Trunksucht .....	287	41	26
Landstreicherei .....	25	2	1
Obszöner Reden .....	21	2	5
Diebstahl .....	44	8	6
Unsittlicher Entblößung .....	3	0	0
Böswilliger Eigentumsverletzung.	5	1	1
Hinderung der Polizei bzw. Widerstand gegen dieselbe .....	12	0	0

In den Bezirken mit Konzessionsverbot war die Gesamtzahl der wegen schwerer Vergehen vor den obersten Gerichtshof gestellten Personen während des am 30. Juni 1911 endigenden halben Jahres 23 Männer und 1 Frau, zu-

sammen also 24 Personen; die Gesamtzahl der wegen leichterer Vergehen Überführten betrug 932 und 55 mußten Kaution stellen. In der ganzen Kolonie wurden im Jahre 1911 859 Männer und 53 Frauen wegen schwerer Vergehen in Haft genommen, 19 501 Männer und 1461 Frauen wegen leichter Vergehungen summarisch überführt. Diese Aufstellung verzeichnet jedoch nicht jeden individuellen Fall, so daß zu berücksichtigen ist, daß einige Personen mehrmals überführt wurden. Unter der Voraussetzung, daß sich die Zahl der Verbrechen in jedem Halbjahr gleich blieb, würden die entsprechenden Zahlen für die am 30. Juni 1911 endigenden 6 Monate für ganz Neuseeland 456 schwere Vergehen und 10 481 leichtere gewesen sein. In bezug auf die Bevölkerung stellen die konzessionslosen Bezirke  $\frac{3}{10}$  des ganzen Landes dar, und selbst wenn man in Betracht zieht, daß alle großen Städte Konzession haben und infolgedessen Verbrechen dort wahrscheinlicher sind als in kleineren Städten oder ländlichen Bezirken, ist doch der Unterschied zwischen Bezirken mit und solchen ohne Konzession sehr bedeutend.

Ferner ist zu berücksichtigen, daß ungefähr die Hälfte der Bezirke ohne Schankkonzession nicht gänzlich ländliche Bevölkerung haben, denn in Invercargill, Ashburton, Masterton, Oamaru, Ohinemuri, Wellington South, Eden, Grey Lynn usw. ist die große Masse der Bevölkerung nicht ländlich, sondern städtisch. Die Zahlen zeigen daher, daß die Anzahl wegen schwerer Vergehen verhafteter Personen, wenn man die Bevölkerung der konzessionslosen Bezirke nimmt, 72 hätte sein müssen; die wirkliche Zahl war jedoch nur 24, und ferner daß die Zahl der wegen leichterer Vergehen Überführten 1654 hätte sein müssen, während sie in Wirklichkeit nur 932 betrug. Was also die Zahl der Verbrechen anbetrifft, ist der Gewinn für die Allgemeinheit durch das Schankkonzessionsverbot sehr groß gewesen.

Hat die Verminderung der Gelegenheiten zum Alkoholgenuß auch noch andere Wirkungen als die der Verminderung der Verbrechen zur Folge gehabt? — Es ist klar bewiesen, daß die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung sich gebessert hat. Dies ist von den Armenämtern festgestellt worden. In Oamaru erklärte der Vorsteher, daß die Anzahl der um Unterstützung Ansuchenden abgenommen habe; in Invercargill wurde eine ebensolche Erklärung abgegeben. Die Spareinlagen in den Postsparkassen haben zugenommen, und die überwiegende Mehrheit der Ladenbesitzer und kleineren Kaufleute sagt aus, daß der Handel gefördert worden ist.

Auch die Tatsache, daß kein Bezirk, in dem das Konzessionsverbot durchgeführt wurde, wieder zur Konzessionserteilung zurückgekehrt ist, ist bei der Beurteilung der Wirkung des Systems von Wert.

An Sonntagen ist der Verkauf von Getränken nirgends, auch in den Bezirken, welche Schankkonzession haben, gestattet, und daß der offene Verkauf zur Trunksucht führt, wird durch die Statistik der wegen Trunkenheit am Sonntag vorgenommenen Arretierungen bewiesen. Die Gesamtzahl der Arretierungen in den vier größeren Städten Neuseelands betrug im Jahre 1911 6409 oder 17 pro Tag. Der Durchschnitt für Sonntagsarretierungen war nur etwa 2 oder genauer, 107 Personen wurden an 52 Sonntagen verhaftet. Wenn der Durchschnitt der anderen Tage der Woche derselbe wie an Sonntagen gewesen wäre, würden nur 884 Personen arretiert worden sein.

Manchmal wird gesagt, daß, obwohl das Schankverbotsystem in Kraft ist, immer noch bedeutende Mengen alkoholischer Getränke ihren Weg in die konzessionslosen Bezirke finden. Dies ist wahr, da die Bewohner solcher

Bezirke berauschende Getränke, die sie sich außerhalb eines solchen Bezirks verschafft haben, nach Hause bringen können. Diese Menge ist jedoch im Verhältnis zu den in Bezirken mit Schankfreiheit konsumierten Quantitäten gering. Im Jahre 1910 zeigten die Ausweise, daß der Wert der in Bezirken mit Konzessionsverbot eingeführten berauschenden Getränke (Liköre, Wein, Bier usw.) 16,50 Mk. pro Kopf, der Wert der in Bezirken mit Schankkonzession verkauften Mengen dagegen 85 Mk. pro Kopf der Bevölkerung betrug.

	Im Jahre 1910 betrug der Kon- sum in ganz Neu- seeland	wurden in Be- zirken mit Kon- zessionsverbot eingeführt	Hätten die konzessions- losen Bezirke relativ dieselben Mengen wie das übrige Land kon- sumiert, so würde ihr Konsum betragen haben
Bier .....	9 671 030 G.*)	261 442 G.	1 527 005 G.
Liköre aller Art	767 620 „	35 716 „	121 256 „
Weine .....	153 430 „	3 233 „	24 225 „
Zusammen..	10 592 080 G.	300 391 G.	1 672 486 G.

Vorstehende Zahlen zeigen, daß der Konsum der Bezirke mit Schankverbot im Verhältnis zur Bevölkerung nicht einmal den vierten Teil des Konsums des übrigen Neuseelands erreichte.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die augenscheinlichen Wirkungen der Alkoholverbotsgesetzgebung in Neuseeland folgende sind: Das sittliche Niveau der Gesellschaft hat sich gehoben, die Zahl der Verbrechen hat abgenommen, die Spareinlagen haben zugenommen, der Handel ist gefördert worden und der Wohlstand ist gewachsen. Dies sind alles Dinge, die greifbar vor uns liegen, die man sehen kann, aber die „unsichtbaren Dinge“, wie der große Bastiat in einem seiner Essays sagte, sind vielleicht von noch größerer Bedeutung. Viele Familien sind glücklicher geworden; in manchen Fällen hatte der Familienvater einen großen Teil seines Verdienstes für Alkohol ausgegeben und so nicht nur sich selbst verarmt, sondern auch seine Frau und Kinder geschädigt und den häuslichen Frieden zerstört. Nachdem die Versuchung durch die offene Bar beseitigt ist, ist er ein besserer Gatte und Vater geworden. Die Uneigennützigkeit ist durch die Bewegung für das Verbot der Konzessionen gefördert worden, die Bewohner haben einsehen gelernt, daß das, was einen schädigt, alle schädigt. Das menschliche Leben ist wertvoller und geheiligter, Liebe und Aufopferungsfähigkeit für andere sind gestärkt worden. Alles in allem sind die Resultate mannigfache und wohlthätige gewesen.

Gewiß können alle sozialen Übel der Menschheit nicht durch diese eine Reform, die Abschaffung des Alkoholverkaufs, beseitigt werden. Von einer einzigen Reform kann man nicht erwarten, daß sie angeborene oder ererbte Neigungen und alte Sitten und Gebräuche mit einem Schlage ändert. Dies darf jedoch alle diejenigen, welche im Kampf gegen den Alkoholismus stehen, nicht entmutigen. Bereits ist manches Gute erreicht worden, und das, was getan worden ist, hat die Möglichkeit anderer Reformen nahegerückt und den Weg dafür geebnet. In einer vom Alkoholübel befreiten Gesellschaft werden weitere, neue Reformen leichter durchgeführt werden können.

\*) 1 Gallone = 4,54 l.





## DR. VON URSIN, EHEM. VIZEPRÄSIDENT DES FINNISCHEN LANDTAGS: DIE ERFOLGE DER FINNISCHEN BESTREBUNGEN FÜR EIN GESETZLICHES ALKOHOLVERBOT.



R. SCHARFFENBERG, der ausgezeichnete Forscher und Kenner der norwegischen Antialkoholbewegung, die ja ziemlich fortgeschritten ist, äußert sehr treffend: „Die wichtigste Lehre, die uns die Erfahrung Norwegens gibt, ist, daß der Kampf gegen den Alkoholismus zum besten Resultat führt, wenn er mit einer prohibitiven Alkoholvergesetzgebung und privater Mäßigkeitsagitation gleichzeitig einhergeht. Die Mäßigkeitsagitation *allein* hat wenig Einfluß auf den Alkoholverbrauch des ganzen Volkes, wenn sie nicht von einer strengen Alkoholvergesetzgebung unterstützt wird. Und zwar muß zuerst das platte Land vom Alkohol gereinigt sein.“ Die Antialkoholbewegung Finnlands bestätigt vollauf diese Ansicht.

Aber jede politische Tätigkeit, d. h. jede Beeinflussung der Gesetzgebung, bedeutet einen Kampf um mehr oder weniger unvereinbare *ökonomische* Interessen. Wie auch sonst die Gruppierungen liegen mögen, die ökonomischen Interessen bilden immer den *Hauptfaktor* jeder politischen Bewegung. Auch diese Tatsache wird von der finnischen Antialkoholbewegung bestätigt.

Schon im 18. Jahrhundert zeigte sich der Einfluß der ökonomischen Interessen auf die Herstellung geistiger Getränke. Zu dieser Zeit war sie ein freies Gewerbe, das fast ausschließlich in den Händen der Bauern lag. Aber die schon damals aufdämmernde großkapitalistische Produktionsweise wollte an der offenbar lohnenden Alkoholerzeugung (zu jener Zeit fast hauptsächlich Branntweinerzeugung) auch ihren Teil. Die „Hüte“ (wie sie genannt wurden), die eigentlichen Vertreter des bürgerlichen Kapitalismus, drangen auf die Übertragung der Alkoholproduktion auf größere kapitalistische Fabriken; die „Mützen“, die Verteidiger der kleinbürgerlichen und Bauerninteressen, hielten am „Hausbedarfsbetrieb“ fest. Endlich erklärte Gustav III. eigenmächtig das Brennen des Branntweins für ein Staatsmonopol. Es war unvermeidlich: die Staatsfinanzen endigten jährlich mit einem Defizit. Sogar Gustav Adolfs Schlafstube im Kalmarer Schloß wurde zum Aufbewahrungsort von Trebern degradiert. Aber vergebens. Trotz aller Härte bei Durchführung des Monopols (Zerschlagens der Brauereigeräte, Festungshaft usw.) mißlang der Staatsstreich, das Brauen der Bauern wucherte im geheimen weiter. Es bildeten sich massenhaft Vereine gegen das Monopol der Krone: Die Erlaubnis zum Hausbedarfsbrennen wurde den Bauern wieder erteilt und durch ein Reichsgesetz im Jahre 1800 geregelt.

Als nun Finnland im Jahre 1809 von Schweden getrennt wurde, schien das Recht der Bauern zum Hausbedarfsbrennen bereits geheiligt. Es verbanden sich damit viele nationalistische, von den Vätern überkommene *Erinnerungen*, es hatte sich so in die Sitten und Gedankenkreise der gemeinen Leute eingepreßt, daß es wie „Fleisch von ihrem Fleische“ war. Die Hacke, der Pflug und der Spaten waren manchem Bauern kaum so lieb, wie „die Branntweinpfanne“. Natürlich — weil das Brennen zu Hause für den Bauern einen großen Gewinn abwarf. Der Bauer fand, daß, wenn

er sein Getreide und seine Kartoffeln in natura verkaufte, er nur wenig dafür bekam; wenn er es hingegen zu Branntwein brannte, so „veredelte“ er die Gaben der Natur, verdiente viel mehr und behielt noch die Treber für das Vieh. Nach einer glaubwürdigen Berechnung zog er aus einem Verkauf von Branntwein zu 800 Frcs. einen Reingewinn von 400 Frcs. Das war freilich nicht übel. Allerdings trank man im Jahre 1859 in Finnland 20—25 Mill. Liter Branntwein (d. h. ca. 15 Liter pro Person), der Getreideverbrauch hierzu war wenigstens  $\frac{1}{5}$  aller Ernte und die Geldausgabe machte für alle Trinker zusammen fast 15 Mill. f. M. Doch was ging das den brennenden Bauern an? Er verdiente tüchtig. Vergebens versuchte ein großer Patriot (A. Meurman), ein sehr gründlicher Kenner auch der ländlichen Verhältnisse, zu zeigen, daß, „wenn das Nationalvermögen (durch Aufhebung des Hausbedarfsbrennens) wachse, sich auch das Vermögen jedes Einzelnen vergrößere.“ Er schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Wenn das Brennen zu Hause aufgehoben wird, kriegst der Käufer den Branntwein billiger als jetzt, der Staat macht Einnahmen, um seine Ausgaben zu decken und weniger Getreide wird zu Branntwein vergeudet“. Vergebens suchten ebenso die nach Fabriksgewinn lüsternen Kapitalisten darzulegen, daß aus demselben Maß Getreide sich zu Hause nur 55 Liter Branntwein herstellen ließen, das im Großbetrieb 70 Liter ergäbe.

Die Regierung war diesen Bestrebungen, eine alkoholische Fabriksindustrie zu schaffen, nicht abgeneigt \*). Die Bauern ließen sich jedoch durch nichts irremachen. Schließlich wußte sich die Regierung keinen Rat mehr; denn auch die Fabrikslustigen forderten immer ungestümer: eine höhere Betriebsform suchte eine niedere zu verdrängen. — Die Regierung mußte die Stände zusammenrufen, die seit 55 Jahren nicht zusammengetreten waren: Die Alkoholfrage ward eine der wichtigsten Ursachen der Wiederbelebung unseres verfassungsmäßigen Lebens....

Die Verhandlungen des Landtages im Jahre 1863 waren in dieser Frage außerordentlich stürmisch. Die Bauern forderten als Ersatz die Aufhebung der Grundsteuer und anderer schwerer Lasten, und erst als der Adel und die Bourgeoisie, denen an den Fabriken gelegen war und denen sich die Geistlichkeit aus ideologischen Gründen angeschlossen hatte, sie mit einem Verfassungskonflikt bedrohten und indirekt bestachen, gaben sie nach mit 22 Stimmen gegen 20, jedoch unter den beiden Bedingungen, daß keine Fabriken auf dem platten Lande ohne Erlaubnis der Gemeinde angelegt würden und daß der festgestellte Anteil der Gemeinden am Gewinn des Fabrikbrennens bis zur Aufhebung der Grundsteuer unverrückt bleiben sollte.

Der Sieg der „Fabrikfreunde“ war errungen. Es mußte ja schließlich dazu kommen: die kapitalistische Produktion besiegt immer die handwerksmäßige. Die erste kleine Mäßigkeitsgesellschaft, die hauptsächlich gegen das Brennen zu Hause gewirkt hatte, schwieg von jetzt an fast vollständig — man sah die Alkoholgefahr als beseitigt an — man fürchtete nicht die allmählich wachsende neue, im Gemeininteresse des Kapitalismus gelegene.

Aber zuerst irrten sich sowohl die Bauern als auch die Herren. Die Fabrikfreunde fanden im Brennen keine Goldgruben, denn die Bauern brannten in dem letzten Jahr bedeutend über den Bedarf für mehrere Jahre im

\*) Vgl. das Verhalten der Regierung in den Jahren 1841 und 1854.

voraus und dann auch im geheimen weiter. Noch im Jahre 1867 erforderte der Fabrikbedarf nur die Produktion eines  $\frac{1}{13}$  des erlaubten Maximums. Andererseits nahm offenbar die Trunksucht bedeutend ab; auch wenn man die heimliche Produktion in Betracht zieht. Wegen dieser geheimen Produktion und der furchtbaren Notjahre, wo Tausende von Menschen Hungers starben, kann erst das Jahr 1871 als ein Normaljahr angesehen werden. In diesem Jahre kamen nur 3,5 Liter Branntwein (à 50 %) auf jeden Einwohner — was gegen 15 Liter zur Zeit des Hausbedarf-brennenseine gewaltige Abnahme bedeutete. Die Beseitigung des Brennens zu Hause mußte also als ein großer Fortschritt zur Mäßigkeit angesehen werden. Daß auch Verbrechen, Selbstmorde und Sterblichkeit nach Beseitigung des Brennens zu Hause bedeutend abgenommen haben, kann ungefähr durch Zahlen belegt werden, obgleich freilich unsere Statistik jener Zeit recht mangelhaft ist.

Mit Recht behauptete z. B. Dr. Holitscher auf dem ersten österreichischen Alkoholgegnertag im Jahre 1908, daß nur „angebliche Freunde des Bauernstandes“ vor einiger Zeit in einem österreichischen Kronlande dafür eingetreten seien, den Landwirten das Brennen von Schnaps aus ihrem Obst und ihren Feldfrüchten zu bewilligen. Bei uns hat die von Jahr zu Jahr gründlichere Abschaffung der Hausbrennerei auch manche andere gute Folgen gezeitigt, vor allem die erhöhte Aufmerksamkeit der Bauern auf die Viehzucht, die Förderung des Ackerbaues durch Einführung besserer Düngmethoden usw.

Die Kapitalisten suchten ihrerseits ihren Alkoholabsatz immer mehr zu steigern, und es gelang ihnen auch, die ursprünglich auf 5 Jahre angesetzte „Versuchszeit“, in der sie Alleinherren des Alkoholmarktes sein sollten, auf 10 Jahre auszudehnen. In den schwierigen ersten Jahren mußte die ursprüngliche Minimalgrenze der Produktion bald fast um ein Zehntel herabgesetzt werden, später, als jedoch das Geschäft zu gehen begann, wurde die Maximalgrenze aufgehoben und im Jahre 1892 erreichten es die Alkoholfreunde sogar, daß die damals festgelegten Bestimmungen nicht mehr auf eine Frist, sondern für unbegrenzte Zeit angenommen wurden, was sie, wie früher und auch nachher, mit grundgesetzlichen Floskeln verbrämten.

Die Adeligen und Bürgerlichen hatten die Bauern im Jahre 1863 besiegt und die Fabriken begründet, um allein und ausschließlich die Schnäpse auszuschenken, aber es war jetzt nicht so leicht, den weit geöffneten Spund zuzustopfen. Die Trunksucht nahm erschreckend zu: im Jahre 1875 kamen schon 5,8 Liter Schnaps auf eine Person. Dazu kam das Bier in Mode (von Bayern her) und als sogar die Regierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung ein Biergesetz im Jahre 1872 zustande zu bringen versuchte, wurde es von den bierfreundlichen Ständen des Adels und der Bürgerschaft zurückgewiesen.

Aber gleichzeitig wuchs auch die Temperenzbewegung mächtig empor \*). An Stelle der überlebten ursprünglichen „Mäßigkeitsgesellschaft“ trat im Jahre 1883 eine lebenskräftige Abstinenzgesellschaft unter Führung des noch lebenden Abstinenzveteranen A. Granfelt \*\*). Die Gesellschaft, die von

\*) Minna Canth, die größte Schriftstellerin in finnischer Sprache veranstaltete eine sehr große Konferenz, um den Branntweinfluß einzudämmen und Fräul. Hilda Hellmann gründete den ersten absoluten Abstinenzverein Finnlands zu Vasa im Jahre 1897.

\*\*) Granfelt hatte Voionmaa und Heleius-Seppälä zu Nachfolgern.



Anfang an eine A b s t i n e n z -, keine Temperenzgesellschaft war und sich vor allem aus den tiefen Schichten des Volkes rekrutierte, entfaltete eine wahrhaft großartige Tätigkeit. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig ca. 30 000, aber die ganze Abstinenzarmee zählt ca. 64 000 Köpfe. Es gibt nämlich auch sog. „Bündnisse der Hoffnung“, wo Kinder (10—15 Jahre) u. a. Unterricht in der Abstinenz erhalten (jetzt ca. 12 000) und eine recht lebenskräftige „Gesellschaft der finnischen lernenden Jugend“ (Studenten, Studentinnen und Schüler: über 7000—8000 Mitglieder), außerdem den schwedischen Abstinenzbund, die großen Abstinenzvereine der Eisenbahnangestellten u. a.

Es ist ein eigentümlicher Zug in der finnischen Abstinenzbewegung, daß sie gleich von Anfang an die Gesetzgebung zu beeinflussen suchte. Auch die Frauen gingen hier mit. Frauen aller Schichten wandten sich schon im Jahre 1877 direkt an die Regierung und forderten eine verbesserte Alkoholverordnung, nicht ohne Erfolg.

Es war wirklich ein Glück, daß die Bauern im Jahre 1863 durch die Aufhebung des Brennens zu Hause allen ökonomischen Alkoholinteresses so völlig verlustig gegangen waren, wie schon früher in Norwegen und Schweden. Denn das war der Weg, die nordischen Länder zu Mustern der Abstinenz zu machen: die Bauern hieben nachher recht weidlich auf die adeligen und bürgerlichen Fabrikbrenner ein.

Als das Fabriksbrennen auf seinem Höhepunkt stand, wurden im Landtag des Jahres 1885 im Bauernstand sogar 19 Petitionen um Verbesserung der Alkoholverhältnisse eingereicht; einige forderten vollständiges Verbot. Die Rollen waren jetzt vertauscht: die Bauern nahmen die Verbotsvorlagen an; die übrigen Stände, wenigstens der Adel und die Bürger, verwarfen sie. Die antialkoholische Bewegung wuchs jetzt lawinenmäßig an; die Ideen der Abstinenz verbreiteten sich in alle Schichten der Bevölkerung. Im Jahre 1898 forderten zwei einfache Arbeiter (in der Stadt Kotka) ihre Genossen auf, in einen Riesenstreik gegen den Alkohol zu treten: 70 000 Menschen erklärten sich schriftlich und feierlich bereit, dem Alkohol zu entsagen. Die zielbewußte Arbeiterschaft Finnlands, die schon auf ihrem ersten Kongreß im Jahre 1893 in ihrem Programm gegen den Alkohol entschieden Front gemacht und auf dem zweiten die Lokaloption angenommen hatte, erklärte im Jahre 1899, wo sie sich als eigene Partei organisierte, ausdrücklich als einen Hauptpunkt das vollständige Alkoholverbot, schon ehe dies von den eigentlichen Abstinenzern in ihr Programm aufgenommen worden war. Dies war eine Tat! — ich erinnere mich noch sehr lebhaft, mit welcher Begeisterung dieser Antrag schon in dem vorbereitenden Komitee begrüßt wurde und welche Bewunderung der anwesende Führer der schwedischen Sozialdemokratie Hj. Branting dem Beschluß zollte. Im Jahre 1900 brach der Sturm los. Von 305 Gemeinden aus 500 kamen Protokollauszüge und von 165 000 Personen Namensunterschriften zu einer Massenpetition, die das allgemeine Verbot verlangten. Auch die große Mehrzahl der Vertreter des Bauernstandes reichten eine Petition um allgemeines Alkoholverbot ein. Als nun bekannt wurde, daß der vorbereitende Ausschuß, in dem die Alkoholfreunde reichlich vertreten waren, sowohl das allgemeine Verbot als auch das kommunale Veto verworfen hatte, ergriff die niederen Schichten eine ungeheure Erregung. Große Volksversammlungen überall im Lande sprachen ein sehr strenges Urteil über diese Maßregel aus.

Aber nun trat etwas Unerwartetes oder richtiger: etwas ganz Natürliches ein. Alle bedeutenden Zeitungen, welcher Partei sie auch sonst angehörten, sprachen sich für den Ausschuß und gegen die Verbotsgesetzgebung aus. Besser als alles andere bezeugt dies, daß die Alkoholfrage im tiefsten Grunde eine ökonomische resp. kapitalistische Frage ist und bleibt: man hatte jetzt mit einer großen Massenbewegung zu tun, die entschieden das allgemeine Verbot forderte, aber die noch nicht so angewachsen schien, daß man sie zu hören brauchte. Überhaupt standen die tiefen Schichten mit ihren Vertretern auf der einen Seite, auf der anderen die mehr oder weniger kapitalistischen. Der Alkoholkapitalismus war das trennende Element. Und die Alkoholinteressen — siegten im Landtag. Die große Adresse der Alkoholfeinde wurde nicht angenommen, weil es „unpassend war, daß Außenstehende auf den Gesetzgebungskörper einzuwirken suchten“ (!). Jetzt schlossen sich auch die Geistlichen den kapitalistischen, alkoholfreundlichen Edelleuten und Bürgern an. Das kapitalistische Alkoholgift hatte auch sie bereits infiziert. Das Verbotgesetz mußte im Jahre 1900 vor dem Kapitalismus kapitulieren.

Aber die unausgesetzten Bemühungen der Abstinenten und der Massenbewegung hatten doch auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung Früchte gezeitigt. Unsere jetzige Alkoholgesetzgebung ist ein deutlicher Ausdruck dieser Bestrebungen. Jetzt können nicht nur keine Branntweinfabriken auf dem platten Lande gegründet werden, sondern es dürfen auch keine Fabriken für Malzgetränke weder auf dem platten Lande noch in den Städten ohne Erlaubnis der Gemeinden errichtet werden, was einem Verbote gleichkommt. Das Verbot des Handels und Ausschanks von Branntwein und Wein ist ebenso auf dem platten Lande gesetzlich durchgeführt; ebenso wenigstens faktisch (durch das Vetorecht der Gemeinden) dasselbe in bezug auf Malzgetränke. Wenn man von den Ausnahmen für Bäder, Hotels, Dampfer und Eisenbahnstationen absieht, wo nach Einholen der mehr oder weniger schwierigen Erlaubnis der Ausschank stattfinden kann, wenn man weiter das Recht der vorhandenen Bierfabriken „korbweise“ (jedesmal 24 Flaschen) zu verkaufen, ausnimmt, so kann das platte Land als ziemlich „trockengelegt“ gelten. Freilich können von den Städten her Alkoholgetränke eingeführt werden. Wie viel nüchterner das platte Land jedenfalls ist, sieht man deutlich daraus, daß hier im Jahre 1906 (Normaljahr) nur 395 Personen wegen Trunkenheit arretiert wurden, während sich die Zahl solcher Delinquenten in den Städten auf 6847 belief! Aber auch in den Städten können die Stadtverordneten den Handel und den Ausschank sowohl der Schnaps- als auch der Malzgetränke (freilich nicht der Weine und Weingemische) fast ganz verbieten \*); daß sie hiervon nur wenig Gebrauch gemacht, kommt von den, auf dem Zensus fußenden Wahlrechtsverhältnissen her, die den kapitalistischen Interessen das Übergewicht auch in diesen Sachen einräumen.

In allen Städten haben sich Gesellschaften nach dem „Gothenburgermuster“ (das eigentlich zuerst in Finnland erfunden wurde) gebildet. Fast 80 % von allem Verbrauch des Branntweins geht durch diese Ausschankgesellschaften. In den Jahren 1906—10 warfen sie den Stadtgemeinden durchschnittlich einen Gewinn von 1 700 000 f. M. ab. Dieser Gewinn ist

\*) Mit Ausnahme einer Verkaufsstelle jeder Bierfabrik.

zu mehreren gemeinnützigen Zwecken verwendet worden; freilich hat das System den Nachteil, daß dadurch reich gewordene Gemeinden sich weniger um das Zustandekommen eines Verbotsgesetzes bemühen. Das kommunale Gewinnmonopol ist verhältnißmäßig ebenso schädlich wie das staatliche Alkoholmonopol und in demselben Grade wie der jetzige Staat oder die jetzige Gemeinde, wenn sie ihre Macht mißbrauchen als Arbeitgeber gefährlicher sind als Privatkapitalisten. Man kann dies ja am besten aus den Folgen des Staatsmonopols Wittes in Rußland schließen, wo mehr als ein Drittel aller Staatseinnahmen hieraus fließen und die Trunksucht also eine außerordentlich wichtige Stütze des ganzen Staates ist. Das Gothenburgersystem kann nur dann einigermaßen nutzen, wenn der ganze Gewinn zu antialkoholischen Bestrebungen gesetzlich und direkt verwendet werden muß \*).

Auch das Beispiel Norwegens zeigt uns, daß nach Aufhebung des Hausbedarf Brennens (im Jahre 1845) bei strenger gesetzlicher Überwachung, die natürlich nur ein Resultat einer starken Abstinenzagitation sein kann, die Abstinenz und Mäßigkeit auffällig wachsen (in den Jahren 1851—55 6,3 Liter, in den Jahren 1896—1900 2,5 Liter pro Person). In Finnland ist aber der Verbrauch des Branntweins vom Jahre 1891 bis 1909 pro Person fast stabil gewesen. Was besagt dies? Offenbar, daß unsere Gesetzgebung in den letzten Jahren geruht und nicht viel mehr ausgerichtet hat als die englische mit ihren 300—400 Kleingesetzen. Hätten wir wenigstens ein kommunales Veto aller 25 jährigen Mitbürger, so wäre das Resultat sicher ein ganz anderes (und mit absolutem Verbotsgesetz ein noch besseres!). Dies hat man in der letzten Zeit schon lange eingesehen und eben deswegen immer mehr auf ein vollständiges Alkoholverbot hingearbeitet. Aber die schwarzen Jahre 1900—1905 vereitelten auch diese Hoffnungen und die Abstinenten richteten ihre Bestrebungen auf Lokaloption. Sie brachten auch die sozialdemokratischen Arbeiter ausnahmsweise (im Jahre 1903) zu dieser Ansicht und einen Augenblick sah es aus, als ob die Alkoholkapitalisten einen schweren Stand bekommen sollten. Da retteten sie sich noch einmal durch Vorschützen des Grundgesetzes! Aber der Adel und die Bürger hätten wohl kaum nachgegeben: somit hätte es nichts genutzt, die ursprünglichen Forderungen des allgemeinen Verbots herabzusetzen.

Aber die Revolution stimmte sie um. Der Generalstreik im Jahre 1905 war eine großartige Kundgebung des Volkswillens, die niemand vergisst, der sie mitgemacht hat. Es war eine schöne Morgenröte, die den Himmel unseres Volkes für eine kurze Zeit beleuchtete! Und es war auch in anderer Beziehung eine schöne Zeit, weil damals tatsächlich das vollständige Alkoholverbot herrschte. Alle Kneipen waren geschlossen, kaum ein einziger Betrunkener konnte angetroffen werden, verschwunden waren auch die Verbrechen! Und doch fungierte z. B. in der Hauptstadt im November die Straßenbeleuchtung nicht. Ein kleiner Knabe kam nach Ende des Ausstandes und erzählte mit vor Freude strahlenden Augen, daß der Vater eine ganze Woche gar nicht betrunken gewesen — was ja früher nie passiert wäre.

---

\*) Für eine derartige ausschließliche Anwendung von Gemeindeeinkünften zur Alkoholkämpfung kann bei uns aber jetzt nicht die Rede sein, wo immer neue positive Kulturbedürfnisse von den Gemeindeeinnahmen gedeckt werden müssen, weil die Staatskasse versagt.



So kam die neue Ordnung und neue Kräfte in Bewegung: das Einkammersystem wurde auf allgemeine, gleiche und direkte auch proportionale Wahl gegründet und schließlich die einstimmige Annahme des allgemeinen Alkoholverbotsgesetzes am 31. Oktober 1907 durchgesetzt. Es war ein feierlicher Akt! Der Präsident des Landtags erhob sich nach der Annahme des Gesetzes und seinem Beispiele wurde allgemein gefolgt. Was hier vor sich ging, hat weder vorher noch nachher jemals stattgefunden. Überall im Lande war der Tag der Annahme ein Feiertag, vor allem in den ärmsten Hütten. Nichts hatte man ja mit größerer Sehnsucht von der neuen Volksvertretung erwartet als jenes Verbotsgesetz. „Wenn wir nur einmal vom Alkohol loskommen könnten“ — so erscholl es in allen Gegenden des weiten Landes — und sicherlich war hier die Stimme der Frauen von nicht geringem Gewicht.

Im Gesetz wird verordnet, daß Herstellung, Einfuhr, Verkauf, Transport und Lagerung über 2 % Etylalkohol enthaltender Getränke nur zu medizinischen, technischen und wissenschaftlichen Zwecken erlaubt sei. Der Betrieb selbst ist ein Staatsmonopol, das nicht übertragen werden kann. Nur für das russische Militär und für den Kommunionwein der griechisch-katholischen Bevölkerung wurde eine Ausnahme aus politischen Gründen gemacht. Schwere Strafen und auch Haussuchung sind auf die Übertretung des Gesetzes, wie z. B. in dem isländischen Verbotsgesetz, festgelegt. — Außerdem nahm die Volksvertretung ein Gesetz an, das einen regelmäßigen Alkoholunterricht in den Schulen Finnlands einführen sollte, was sich freilich erst im Herbst des Jahres 1910 teilweise verwirklicht hat.

Die Freude über das Verbotsgesetz sollte nicht lange dauern.

Die Sanktion des Gesetzes durch den Monarchen wurde nicht erteilt.

Die Rücksicht auf Frankreich und dessen Weineinfuhr und andererseits die von vielen Juristen betonte Unmöglichkeit, die bestehenden Brennereien ohne hohe Entschädigung zu schließen, scheinen diesen Widerstand motiviert zu haben.

Trotz alledem nahm die Volksvertretung bald darauf ein neues Alkoholverbotsgesetz nach der Vorlage einer Frau an, das wesentlich das alte war — hauptsächlich mit einigen den Transitverkehr und den Import für das russische Militär erleichternden Verbesserungen — aber mit dem Zusatz einer ausdrücklichen Ablehnung aller Ersatzansprüche der Fabrikbesitzer. Man wollte weder von einer Aufschubspetition, noch von Lokaloption etwas wissen. Besonders rührend war die Rede, womit eine proletarische Frau für die „Elendesten unter den Elenden, die am meisten unter dem Alkohol gelitten, für die Proletariermütter“ in die Diskussion eingriff. Sie erzählte u. a., wie eine alte Frau gleich nach der ersten Annahme des Verbotsgesetzes mit ihrem letzten Geld ein kleines Licht kaufte und ihr gegen eine Wand geegenes Fenster festlich erleuchtete; wie sie den Kindern, die sie darauf aufmerksam machten, daß es ja niemand sehen würde, in aller Einfachheit antwortete: „Ich habe wegen des Alkohols so viel allein getrauert, jetzt kann ich mich auch darüber allein freuen.“

Es ist für ein ausländisches Publikum ohne Interesse, von allen Intriguen zu hören, die versucht worden sind, um das Verbotsgesetz zu Fall zu bringen. Wie viel unsere Alkoholkapitalisten getan haben, um den französischen Einfluß für sich zu gewinnen, ist noch nicht recht klar, aber ganz sicher ist, daß sie beim russisch-finnischen antinationalen Senat Anfang des Jahres 1910

antichambrierten, um ihn zu veranlassen, bei dem Regenten die Nichtbestätigung der vom Landtag beschlossenen beträchtlichen Erhöhung der Malzsteuer zu bewirken. Eine Zeitlang wurde ihrem Wunsche willfahrt und schwere konstitutionelle Konflikte dadurch heraufbeschworen. Etwas später wurde das Verbot des Transportes der Alkoholgetränke auf den Staatsbahnen, das man, um die öffentliche Meinung zu beschwichtigen, im Jahre 1907 eingeführt hatte, aufgehoben; auch zeigte sich die alkoholfreundliche Haltung der jetzigen Regierung darin, daß sie sich in ihrem Gutachten an den Regenten über die Branntwein- und Malzsteuer am Ende des vorigen Jahres sehr abfällig über „die Fürsprecher des Verbotgesetzes im Landtag“ äußerte. Aber eines mußte auch die Regierung zugeben: daß die fast doppelte Erhöhung der Branntweinsteuer allerdings ein Herabgehen der Konsumtion bewirkt habe.

Festzuhalten ist jedenfalls, daß die Regierung bis zum heutigen Tag nichts wesentliches getan hat. Die Situation ist mehr als peinlich, besonders da auch im Jahre 1911 der Landtag auf den Vorschlag der Sozialdemokraten hin eine Petition an den Monarchen einreichte, in der um die Bestätigung des Verbotgesetzes vom Jahre 1909 gebeten wird. Auf diesem Punkte steht jetzt die ganze Frage.

Der Kampf hat bisher ganz scheinbar mit einer Niederlage für das finnische Volk und besonders für die niederen Schichten desselben geendet. Aber wir werden nicht in unserem Kampf ermatten.

Wir sollten ja das erste Volk der zivilisierten Welt sein, das ein absolutes Verbotgesetz alkoholischer Getränke zustande gebracht hätte. Wir haben uns redlich bemüht, in dieser Frage der ganzen Menschheit voranzuleuchten. Daß wir den Ehrenplatz dem tüchtigen Volke der Insel Island haben abtreten müssen, hing von Faktoren ab, über die uns als Volk nicht zu bestimmen vergönnt war. Wir haben es jedoch soweit gebracht, daß wir Finnländer in einem Land, das durch Rauheit des Klimas förmlich zur Trunksucht hindrängt, weil auf beiden Seiten des Polarkreises gelegen, mit unserem Verbrauch von 1,2 Liter reinen Alkohols pro Person unter allen christlichen Völkern noch am nüchternsten sind. Das ist unser Stolz in allen unseren jetzigen Leiden und Betrübissen! Und wir werden auf dem begonnenen Wege fort-schreiten.

Im Jahre 1908 haben die Abstinenten eine eigene Unterrichtsanstalt gegründet, von welcher aus die Ideen, geklärt und vertieft, sich weiter verbreiten; die „Gesellschaft der lernenden Jugend“ hat ebenso neulich eine Anstalt für die wissenschaftliche Erforschung der Alkoholfrage errichtet und die Trinksitten schwächen sich immer mehr und mehr ab durch den Einfluß der Abstinenzbewegung. In meiner Jugend mußte jedes Fest mit Alkohol gefeiert werden; jetzt ist das Gegenteil der Fall; aus fast allen anständigeren Vereinen und Versammlungen ist der Alkohol beinahe ganz verbannt.

Aber was hätten wir nicht alles erreicht, wenn wir ein Verbotgesetz hätten durchsetzen können! Der Alkoholismus macht uns noch immer genug zu schaffen. 65 % aller Verbrechen verdanken wir ihm — um von anderem nicht zu reden. Wir werden uns immer des Ausspruchs Emile Vanderveldes, der die große proletarische und antialkoholische Bewegung wie in einem Brennpunkt in sich vereinigt, gewärtig sein: „Wenn das Elend den Alkoholismus fördert, so ist der Alkoholismus seinerseits eine Ursache von Elend und De-

generation“. Ja, wir wollen trotz aller Schwierigkeiten, sogar wenn sie noch wachsen \*), unsere Ehre darein setzen, wenn möglich, noch immer voranzugehen und dadurch die Achtung aller gebildeten Nationen zu verdienen.

An uns aber wird sich wohl endlich das Wort des Dichters erfüllen:

„Da sprangen reich die Brunnen auf des Lebens,  
Da streckte keine Schale sich vergebens,  
Da lag das ganze Volk auf vollen Garben,  
Kein Platz war leer und keiner durfte darben.“



## DR. QUERALTO, PRÄSIDENT DES SOZIALHYGIE- NISCHEN INSTITUTS VON CATALONIEN (BARCE- LONA): DIE SOZIALE BEDEUTUNG DER TUBER- KULOSE.



UF dem Barceloner Kongreß für Bekämpfung der Tuberkulose und bei so vielen anderen Gelegenheiten hat sich gezeigt, daß die üblichen Methoden, gegen sie zu Felde zu ziehen, durchaus unzureichend sind, und daß auch die natürliche Immunität gegen die Tuberkulose, die man bei starker Körperkonstitution und nach dem Überstehen gewisser Krankheiten vorausgesetzt hatte, in Wahrheit nicht existiert, daß heute niemand vor ihr gesichert ist.

Mehr und mehr bricht sich auch die Erkenntnis Bahn, daß die Massenverbreitung der Tuberkulose in unseren sozialen Verhältnissen ursächlich begründet ist, daß sie nicht wirksam bekämpft werden kann, so lange Massenelend und Unterernährung, luftlose Wohnungen und Alkoholismus in der bisherigen Weise die Widerstandskraft des Körpers bei den arbeitenden Millionen untergraben.

Auch die Kinder, welche vom Elternpaar eine solche Konstitution erben, in ihrem elterlichen Heim des Lichts und der Luft entbehren, fallen der Tuberkulose zum Opfer. Ein französischer Gelehrter, Professor Grancher, hat kürzlich die Zahl der Pariser Schulkinder, welche an Tuberkulose leiden oder vermöge ihrer Konstitution für den Beginn der Krankheit unmittelbar disponiert sind, auf 25 000 angegeben.

Ein anderer Gelehrter, Professor Comby, fand bei Sezierung von Kindern, die im Alter von 10 bis 15 Jahren gestorben waren, 63 %, welche Zeichen tuberkulöser Erkrankung aufwiesen. Ein anderer Gelehrter, Professor Barbier, stellte in gleicher Weise bei Kindern von 2—4 Jahren 50 %, bei solchen zwischen 4 und 7 Jahren 60 % und bei solchen zwischen 7 und 15 Jahren 70 % tuberkulöser Erkrankungen fest.

Ganz kürzlich konstatierte Professor Francis Hærbitz von der Universität Christiania, daß 75 % der Kinder zwischen 6 und 15 Jahren, deren Leichen er sezierete, Zeichen tuberkulöser Erkrankungen aufwiesen; bei Kindern zwischen 14 und 15 Jahren stieg der Prozentsatz auf 85 %.

\*) Man denkt in gewissen Kreisen sogar an ein Branntweinmonopol nach russischem Muster.



Ob die Verbreitung der Krankheit zurückgeht oder nicht, darüber gehen die statistischen Nachweise auseinander. Professor Fraenkel stellte im Oktoberheft 1911 der Zeitschrift „Tuberkulosis“ fest, daß die Tuberkulose in Preußen im Jahre 1910 gegenüber der Verbreitung des Jahres 1875 um mehr als die Hälfte zurückgegangen sei. Auch er zeigte jedoch andererseits, daß noch im Jahr 1910 die Zahl der Todesfälle an Tuberkulose in Preußen 60 479 betragen habe, und daß die Verbreitung der Tuberkulose unter der Schuljugend stationär geblieben sei. In Frankreich andererseits ist auch von einer relativen Abnahme der Tuberkulose nichts zu melden.

Die Hoffnung einiger Jahre, daß das Tuberkulin von Prof. Koch eine wirksame Bekämpfung der Krankheit gestatten werde, hat sich nicht erfüllt; die Illusion ist zerflattert.

Die hygienischen Vorsichtsmaßregeln, wie das Verbot des Ausspeiens und die Einführung von Spucknapfen, wie auch andererseits die Behandlung der Tuberkulosekranken in Sanatorien, haben gewiß, wie auch der Rückgang der Krankheit speziell in Preußen mit seiner besonders weitgehenden Ausbildung dieser Methoden zeigt, manchen Erfolg mit sich gebracht, aber eine Ausrottung der Krankheit vermöge dieser Schritte muß doch als eine Utopie erscheinen und wird auch allgemein als eine solche angesehen; ja es gibt sogar Schriftsteller, die, wie Prof. Le Dantec in seinem Buche: „La lutte universelle“ noch weitergehen und in der Tuberkulose einen Auslesefaktor von gewissem Wert und damit ihre Ausrottung für nicht wünschenswert erklären.

Ist dieser Versuch, sich mit einem scheinbar unvermeidlichen Übel philosophisch abzufinden, notwendig? Müssen wir wirklich zugeben, daß die 800 000 Tuberkulosekranken Deutschlands, die 800 000 Tuberkulosekranken der Vereinigten Staaten Nordamerikas allzu zahlreich sind, als daß die Heilstättenbehandlung ihnen gegenüber durchgreifen könnte? Wäre diese Methode die einzig mögliche, so müßten wir uns vielleicht geschlagen geben.

Anders liegt das Problem, wenn wir die Methode einer Reform der sozialen und hygienischen Mißstände, aus welchen die Tuberkulose erwächst, ins Auge fassen. Ein erster Schritt dazu ist die Feststellung, daß in der krankhaften Enge der Proletarierwohnungen die nebeneinander in unzureichendem Luftraum gelagerten Körper der Menschen, welchen bereits Unterernährung und Überarbeit so böse mitgespielt, im Schlafe noch weiter geschwächt werden, daß ein Kranker in solcher Wohnung all seine Zimmergenossen ansteckt.

Aus dieser Feststellung ergibt sich dann als zweiter Schritt die Forderung, billige und dabei hygienische Volkswohnungen zu bauen, die Slums der Großstädte niederzureißen, Häuser, in denen eine spezielle Sterblichkeit an Tuberkulose festgestellt wurde, abzubauen. In Paris hat die Behörde tatsächlich im Verlauf der letzten Jahre 2000 Häuser mit 210 000 Bewohnern nach dieser Richtung hin untersucht, das Wohnverbot für Zimmer, deren Assanierung unmöglich scheint, ausgesprochen und für andere entsprechende bauliche Änderungen vorgeschrieben. 1012 dieser Häuser sind bereits entsprechend umgestaltet worden, und die allgemeine Sterblichkeit ist tatsächlich wohl in Beziehung auf diese Maßregeln im Jahre 1909 um 13 Todesfälle auf je 10 000 Einwohner, im Jahre 1910 um 16 auf je 10 000 Einwohner gesunken \*).

Was jedoch die eigentliche Sterblichkeit an Tuberkulose anlangt, so hat sie sich

\*) Les Documents des Progrès, Augustnummer 1910.

nur in einigen dieser Tuberkuloseherde erniedrigen lassen; in anderen ist sie gestiegen. Energischere Maßregeln werden sich als notwendig erweisen und werden bereits erwogen.

In Wahrheit ist es wenig zu verwundern, daß die Tuberkulosesterblichkeit in den Elendsvierteln der Großstädte so groß ist, eher ist es wunderbar, daß sie nicht noch größer ist. Wer immer die Lebensbedingungen in ihnen studiert, wird verblüfft dadurch, daß ihre Bewohner in Entbehrung und Schmutz trotzdem ihr Leben bewahren. Als Hoppe in Liverpool einige proletarische Häuserblocks dieser Stadt, in denen 140 000 Menschen wohnten, untersucht hatte, erklärte er, daß deren Leben einen großartigen Beweis für die Widerstandskraft der menschlichen Natur bilde. Die Ärzte der Pariser Tuberkuloseanstalt Jeuyé-Taniès \*) berichten furchtbare Details über den in den Tuberkulosenheimstätten herrschenden Schmutz und begreifen kaum, daß deren Inwohner nicht schon längst ausgestorben sind. Wenig nur wird getan, um diese Verhältnisse zu wandeln, während relativ beträchtliche Summen für die therapeutische Behandlung der bereits Erkrankten aufgewendet werden. Die Steuerleistung der breiten Massen liefert die Geldmittel dazu; sie müssen trotz schwacher Gesundheit ihre Nahrung einschränken, in den Werkstätten und Bergwerken eifriger arbeiten, um einen Teil der Mittel, die für die Sanatorien und Spitäler notwendig sind, aufzubringen. Sie werden der Krankheit geopfert, um anderen Kranken Linderung zu bringen. Sie übertragen ihre Keime auf die arbeitenden Genossen, und wenn der Tod sie endlich erlöst, folgen ihnen neue verelendende Scharen, die schon vom Mutter schoß an für diese furchtbare Existenz vorbestimmt erscheinen.

So läßt sich sagen, daß die Tuberkulose über die Wechselbeziehungen des sozialen Lebens der Armen regiert. Soziale Ursachen bestimmen sie, soziale Verkettungen tragen den verderblichen Keim aus der Hütte des Armen in das Haus des Reichen.

Die Tuberkulose, so sagte Strauß, ist ein Wertmaßstab der Zivilisation; nehmen wir das an, so muß unsere Kultur, die nach so vielen Jahrhunderten des Kampfes dem Bazillus nicht gewachsen ist, recht ärmlich erscheinen. Anzichul nannte die Tuberkulose den Erbfeind des Menschen; vielleicht ist dies nicht ganz exakt. Der Mensch ist es, der seit alter Zeit sich dem Bazillus verschrieb; er hat sich in seiner Verblendung immer wieder dazu hergegeben, ihm das Leben leicht zu machen.

Das Problem der Tuberkulose ist das Problem des sozialen Lebens. Gewiß hat es auch in Ägypten und Griechenland Tuberkulosekranke gegeben, aber sie waren wenig zahlreich und verloren sich in der großen Masse der Gesunden. Kraft und Schönheit war Charakteristikum der Freien von Hellas; von den Bewohnern unserer Industriestädte kann das Gegenteil behauptet werden, und darum verfallen sie der Tuberkulose.

Wieso kommt diese Wandlung? — Vielleicht von einer organischen Schwächung der Menschheit, die auf die perverse Auslese der Kriege und Schlachten zurückgeht; da die Besten und Stärksten in all diesen Jahrtausenden gefallen, mochte sich nur ein Stamm der minder Kampffreudigen, körperlich weniger Tüchtigen vererben. Präziser jedoch kann wohl gesagt werden, daß es die aufreibende moderne Fabrikarbeit und das in ihrem Gefolge einhergehende Umsichgreifen des Alkoholismus sind, welche die Tuberkulose als Massenübel verschuldet haben.

\*) In der Augustnummer der „Revue philanthropique“.

Dieser verzweifelten Situation gegenüber scheint es mir Pflicht der Ärzte zu sein, mit heiligem Ernst ihre Aufklärungsarbeit zu erfüllen, nicht bloß die ausgebrochene Krankheit zu heilen, sondern auf Veränderung jener Verhältnisse zu dringen, aus denen die Krankheit erwächst; ihnen auch liegt es ob, auf die Grundübel einer Gesellschaftsordnung hinzuweisen, welche die Krankheit begünstigt, und zu einem Studium der möglichen Wandlungen anzuregen.

Nicht der Verkauf von Rezepten ist höchster Beruf des Arztes, sondern die Anregung zur Regenerierung der Rasse.



## DR. RENETTA BRANDT-WYT, BERLIN-STEGLITZ: DER WILLE ZUM KINDE BEIM WEIBE, EIN VER- SUCH ZUR ERKLÄRUNG DES GEBURTENRÜCK- GANGES.

**D**IE Tatsache des Geburtenrückganges in Deutschland und in verschiedenen anderen Kulturländern darf als bekannt vorausgesetzt werden. In der umfangreichen Literatur wird die Erscheinung des Geburtenrückganges teils kritisch behandelt, teils werden zur Erklärung Theorien aufgestellt.

Wenn auch die nachfolgende Betrachtung sich weder auf ein zeitlich noch örtlich abgegrenztes Beobachtungsfeld stützt, oder statistische Unterlagen ge- oder mißbraucht werden, so scheint doch der Versuch gestattet, den vielen Komponenten, die bei der Erscheinung des Geburtenrückganges zusammenwirken, noch eine neue Erklärung hinzuzufügen. Die sogenannten objektiven Beweismittel, die bei der wissenschaftlichen Erforschung des Geburtenrückganges angewandt zu werden pflegen, sind einerseits häufig stark von subjektiven Auffassungen beeinflusst, andererseits leiden sie an dem entgegengesetzten Mangel, daß sie wohl die wirtschaftliche Lage und äußere materielle Gründe feststellen, jedoch die für diese Frage so wichtige seelische und individuelle körperliche Veranlagung nicht zu erfassen vermögen. Die nachfolgende Betrachtung ist nichts anderes und soll nichts anderes sein, als ein Hinweis, daß neben äußeren, materiellen Gründen auch andere ursächliche Momente bei der für unser Staats- und Gesellschaftsleben so wichtigen Erscheinung des Geburtenrückganges zu beachten sind.

Grotjahn hat den Ausdruck „Wille zum Kinde“ geprägt. Er gebraucht ihn, um damit den Gegensatz zwischen der primitiven Zeugung und der bewußten Paarung hervorzuheben. Der Wille zum Kinde schließt zwei Momente in sich: den Akt der Paarung, und den Willen, die Folgen dieser Handlung zu regeln. Der Wunsch, die Folgen des Geschlechtslebens zu regeln, ist uralte. Neu in diesem Problem ist, daß die Überlegung, ob Vermehrung oder Beschränkung der Kinderzahl erwünscht sei, nicht mehr für den einzelnen von schwer zu fassenden volkswirtschaftlichen und populationistischen Anschauungen, sondern, wie es den Anschein erweckt, von der Anwendung einer einfachen Präventivtechnik abhängig geworden ist. Nicht repressive, sondern vorbeugende Maßnahmen scheinen die Überhand gewonnen zu haben. Das Resultat der Überlegungen, ob ein Kind geboren werden soll,



ist heutzutage durch eine vervollkommnete Technik leichter wie einst in die Tat umzusetzen. Über den Umfang der Anwendung antikonzeptioneller Mittel liegt Material nicht vor. Es ist ebensowenig bekannt (und nach der Art des Ge- und Verbrauchs der Mittel auch nicht feststellbar), ob auf seiten des Mannes oder der Frau der Mehrverbrauch dieser Mittel liegt. Nur wissen wir, daß durch das Aufkommen des Kondoms, von dem Madame de Stael bereits sagte, „er sei ein Spinnweb gegen die Ansteckung und ein Panzer gegen das Vergnügen“, eine Einschränkung der Geburten nicht sofort zu verzeichnen ist. Das 19. Jahrhundert, in dem der Kondom das bekannteste Vorbeugungsmittel war, hat hohe Geburtenziffern aufgewiesen. Als aber zur Neige dieses Säkulums, auch andere Präventivartikel massenweis auf den Markt kamen, da nimmt die Geburtenzahl rapide ab. Es scheint, als ob die privatökonomischen Überlegungen, die eine Verringerung der Kinderzahl in der einzelnen Familie bezweckte, erst durch die Anwendung dieser neueren Technik sich in die Praxis umsetzen ließen. Diese neuere Verhinderungstechnik wendet sich an die Frau.

Wenn wir von der problematischen Fragestellung, ob die Präventivmittel tatsächlich die Rolle spielen, daß sie theoretischen Überlegungen zu ihrem Endziel, d. h. zur Beschränkung der Kinderzahl verhelfen, absehen, so müssen wir aber der Frage, die wir vorhin offen ließen, und die dahin zu präzisieren wäre, welches Geschlecht zur Aufnahme der vorbeugenden Technik prädestinierter sei, etwas näher treten. Der Kondom, der dem Organismus des Mannes vorübergehend anzupassen ist, beeinträchtigt, sowohl das Wollustempfinden, wie den Willen zur Tat beim Manne. Der Aufnahme dieses Verhinderungsmittels sind durch die körperliche Veranlagung des Mannes, der solche Hemmung als Störung empfindet, wie durch die geistige und moralische Stellung des Mannes im Gesellschaftsleben, wesentliche Hindernisse in den Weg gelegt.

Anders ist die Beanlagung, wie der Wirkungskreis und folglich auch die Akzeptierung der Verhinderungstechnik bei der Frau. Während im allgemeinen der Entschluß, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gründe zur Beschränkung der Kinderzahl gelten zu lassen, vom Manne auszugehen pflegt und durch die Frau dieser Entschluß nur übernommen wird, scheint es, als ob die Einwirkung des männlichen Einflusses bei der Anwendung antikonzeptioneller Mittel für die Frau mehr zurücktritt, als ob die Frau hier selbständig beschließt.

Im allgemeinen stößt erfahrungsgemäß jede Technik, die sich lediglich an den weiblichen Intellekt richtet, meist auf Widerspruch und Widerwillen. Die Verhinderungstechnik aber ist, wie wir dem Anschein nach annehmen müssen, sofort angenommen worden. Diese Technik wendet sich aber auch viel weniger an intellektuelle Überlegungen, als an primitive Instinkte der Frau. Die Mutterschaft ist eine Kraft, die in der Frau ruht, die von ihr nicht selbständig geweckt werden kann, deren Erfüllung aber von Kindheit an als Zukunftswunsch in ihr schlummert. Mutter werden, sorgen können, in dem Leben des Kindes aufgehen, dies ist das weibliche Ideal. Die Wirklichkeit entspricht nun aber diesem geträumten Zustande oft gar nicht. Zwar gehört der Frau der eigene Schoß, aber als Verwalter ist ihr der Mann darüber gestellt. Er erschließt den jungfräulichen Boden. Durch seine Kraft wird ihre Fruchtbarkeit geweckt. Er auch hat das Recht, das höhere, gesetzlich besser geschützte Recht an dem Ertrag, an dem Kinde. Das Geschlechtsleben wurde wegen des Platzes, den seine Folgen in dem Leben, Tun und

Treiben der Frau hatten, zum Mittelpunkt ihres Handelns und Denkens. Kommen Frauen zusammen, so reden sie vom Wochenbett, von der Entbindung, vom Stillen, von der Fehlgeburt. Nicht, wie der Mann, von den Genüssen der Liebe, nein, von den Leiden ihrer Mutterschaft spricht das Weib. Die Kinder, die körperlichen Mühsale, sie stehen bei der Hauptzahl unserer gebärfähigen Frauen im Vordergrund des weiblichen Interesses.

Jede Frau weiß mit großer Sicherheit: die vielen Geburten belasten sie schwer, ihre körperlichen Kräfte werden dadurch untergraben, ihre wirtschaftlichen Aufgaben erheblich gesteigert.

Die Frau, und nicht nur die Kulturfrau unserer Zonen, kennt bereits seit langem Mittel, die imstande sein sollen, den eigenen Schoß zu schützen. Nur waren diese Mittel an sich fast durchweg untauglich. Und dennoch erhofften die Frauen trotzdem von Fall zu Fall Hilfe von diesen Mitteln. Als nun bekannt wurde, „es gäbe auch bessere, sichere Mittel“, da war die *Vorbedingung*, durch die sich diese neue antikonzeptionelle Technik Eingang verschaffen konnte, bereits geschaffen.

Durch die Annahme solcher Technik wurde der weibliche Schoß von der Frau gewissermaßen zurückerobert. Die Frau kann jetzt, wenn auch im negativen Sinne, über ihn walten. Die für die Frau anwendbare Verhinderungstechnik knüpft an das instinktive Handeln der Frau an, die Annahme der Mittel ist zwar durch Reflektion erfolgt, aber diese Reflektion ist stark an den primitiven, weiblichen Sexualinstinkt gebunden. Versucht man diese Reflektion zu analysieren, so scheinen die Freude an dem Besitzrecht des eigenen Schoßes und das Verfügungsrecht über die Fruchtbarkeit oder Unfruchtbarkeit des Schoßes die wesentlichsten Momente zu sein. Von großer Wichtigkeit ist es für eine psychologische Untersuchung und für eine psychologische Bewertung des Weibes, daß der ganze Vorgang sowie die ganze Überlegung heimlich vor sich gehen kann. Die schöne Tugend der Frau, im Kämmerlein ihres Herzens ihre besten Schätze zu vergraben, kann hier in das Gegenteil umschlagen und zur Folge haben, daß ihr die größten und heiligsten Genüsse durch diese, ihr vielleicht in sexualen Dingen anerzogene Geheimnistuerei verloren gehen.

Frei in der Beschlußfassung, ob sie Mutter werden wollte oder nicht, ist die Frau nie gewesen, und kann sie auch nie sein, auch nicht bei der Anwendung antikonzeptioneller Mittel, sondern, von physischen Hemmnissen abgesehen, ist die Befruchtung stets von einem Willensakt des Mannes abhängig. Die Frau kann nur korrigierend einwirken: durch Abtreibung, durch Vorbeugung. Der Wille zum Kinde kann schließlich aber auch in negativem Sinne bis zum Widerwillen gegen Schwangerschaft und ihre Folgen gesteigert werden. Dieser Unwille geht aus zwei Ursachen hervor: erstens aus dem allgemein menschlichen Wunsch körperlichem Unbehagen und Leiden aus dem Wege zu gehen, und zweitens aus der etwas zu naiven Freude, Herrin über den eigenen Gebäpparat zu sein. Ohne Kenntnisse der Feinheit dieser Organe, sowie über den Umfang der Wirkungen von Schwangerschaft und der künstlicher Verhütung auf Gesamtkonstitution und Nervensystem übernimmt die Frau einen Teil der Selbstverwaltung über den eigenen Schoß. Für viele ist das Geschenk der schlummernden Mutterschaft, wie ein neues Spielzeug geworden, das aufzuziehen und in Bewegung zu setzen, in seiner Bewegung zu hemmen, ohne auf die Folgen dieser Hemmung für das hierdurch gefährdete Spielzeug zu achten, einen neuen Reiz hat. Der Ernst der negativen Handlung ist der Mehrzahl unserer Frauen nicht bewußt, sie ver-

stehen diesen Ernst nicht, weder ihrer eigenen Person gegenüber, noch in Beziehung zu den privaten oder den volkswirtschaftlichen Interessen.

Anstatt der fatalen, oft durch tödlichen Ablauf gekrönten Abtreibung tritt die Vorbeugung oder scheint diese wenigstens zu treten, denn auch die sofort nach der Konzeption vollzogene Keimvernichtung muß hierzu gerechnet werden. Manche Frau hat mit ihrem Gute, d. h. mit ihrer Fähigkeit zur Mutterschaft, gehandelt wie das Kind mit der Uhr, von der Feder und Werk gebrochen ward, und nur das Gehäuse übrig blieb. Nicht sachgemäßer Eingriff oder andauernde Reizung durch Präventivmittel hat schon mancher Frau die Gesundheit und die Gebärfähigkeit genommen. So scheint die Gefahr der körperlichen Schwächung durch Schwangerschaft vertauscht zu sein gegen die große Gefahr des Unterleibsleidens. Da die Sterblichkeit im Wochenbett glücklicherweise nachläßt, die überlebenden Mütter jedoch nicht durch neue Mütter, die den ungebrochenen Wunsch nach eigenen Kindern noch haben, ersetzt werden, so ist bei freiwilliger oder körperlicher Unfruchtbarkeit die Möglichkeit, die Kinderzahl in der Ehe zu steigern, bedeutend eingeschränkt.

Daher muß die Frau Klarheit über die tatsächliche Wirkung ihres Handels haben. Diese Klarheit kann sie aber erst bekommen, wenn ihre Überlegungen nicht mehr an die primitive Denkungsart gebunden sind, sondern die Wertung dieses Denkens durch höhere Gefühlsmomente, im Gegensatz zu den körperlichen Sexualinstinkten beeinflusst wird. Das rein physisch Geschlechtliche muß durch einen positiven Willen, schaffen, pflegen und hüten zu wollen, ersetzt werden. Von einem Äußersten, Nur-Gebärmaschine, zum anderen Äußersten, „nur-zwei-Kindern-das-Leben-geben zu wollen“, ist die Frau gefallen. Auf eine mittlere Linie wird sie sich stellen müssen, zum Wohle ihrer eigenen Entwicklung, ihres eigenen Milieus und nicht zuletzt zum Wohle der eigenen Volkswirtschaft, mit der ihre wirtschaftliche Existenz eng verknüpft ist.

Der Wille zum Kinde ist bei der heutigen Frau durch Wirkungen, die sie auf den eigenen Körper erzielen kann, und durch Einwirkungen ihres Milieus geschwächt. Können wir nun auch nicht die Konstitution als solche ändern, so können wir wohl durch Aufklärung darauf hinwirken, daß die Auffassung, als sei die geduldige Passivität des weiblichen Körpers unbegrenzt, bei der Frau nachläßt. Es ist möglich, daß die Erkenntnis über die verheerenden Wirkungen der sogenannten Vorbeugung abschreckend wirken wird. Es ist auch möglich, daß das mächtige Gefühl der Mutterschaft, das sich zwar zeitlich unterdrücken läßt, doch wieder das Glück des größeren Kinderreichtums von neuem fordern wird.

Die verantwortungsvolle Mutterschaft, die sich über krämerische Berechnungen, über den wirtschaftlichen Vorteil einer möglichst kleinen Familie erhebt, die sich im Genusse moralisch nicht vollwertiger Vergnügungen nicht erschöpfen kann, ist aber ein Milieuprodukt.

Die heutige, wenig ausgeglichene Lage der Frau bringt es mit sich, daß die Frau leicht sophistischen Lehren und selbsttäuschenden Ansichten zum Opfer fällt. Die Entwicklungsgeschichte der Gesamtheit der Frauen wie der einzelnen Frau hat ferner zur Folge, daß das weibliche Individuum, durch die Gebundenheit ihrer Mutterschaft weit länger in dem Stadium des Instinktlebens festgehalten worden ist als der Mann.

Weil die Anwendbarkeit der für die Frau verwendbaren Verhinderungsmittel an das instinktive Sexualempfinden des Weibes anknüpft, und der



größere Teil unserer Frauen diesem primitiven Empfinden weit nähersteht als dem rationalistischen Intellektualismus, könnte aus dieser Auffassung zum Teil eine Erklärung für eine Massenerscheinung, wie die des Geburtenrückganges, gefunden sein.

Aber auch der rationalistische Intellektualismus, dem die Frau so leicht verfällt, spielt bei der Entfaltung des Willen zum Kinde eine wichtige Rolle. Jede Frau, die ihr Leben kritisch zu beurteilen imstande ist, weiß, daß sie durch diesen geistigen Zeitabschnitt ihres Lebens hindurch muß. Daher ist nicht nur für die einzelne Frau, sondern für die Gesamtheit der Frauen die Gefahr in bezug auf ihren Willen zur Mutterschaft so groß. Denn die Phase des Lebens, wo das rationalistische Denken den Willen beherrscht, fällt im Frauenleben gar zu oft zeitlich mit dem Lebensabschnitt zusammen, in dem der Wille zum Kinde die entscheidende Rolle spielt.

Diese Entwicklungsstufe, die mit der geistigen Höhe des Emporkömmings viel Analoges bietet, und die für die Frau, aus Gründen, die vorhin erwähnt wurden, den negativen Willen zum Kinde gefördert hat, ist aber nichts anderes als eine Übergangsperiode, als ein Stadium in der Entwicklungsgeschichte der Frau.

Sollte sich die Entwicklung des Willens zum Kinde bei der Frau im Hegelschen Sinne fortbewegen, sollte physiologisch trotz der hemmenden Wirkungen des Präventivverkehrs die Möglichkeit dieser Entwicklung erhalten bleiben, so wäre in bezug auf die Entwicklung des Willens zum Kinde beim Weibe und auf die Entwicklung der Geburtenzahl eine günstige Prognose zu stellen.



## SCHW. AGNES KARLL-BERLIN, VORSITZENDE DER BERUFSORGANISATION DER KRANKEN- PFLEGERINNEN DEUTSCHLANDS, EHRENPRÄ- SIDENTIN DES WELTBUNDES DER KRANKEN- PFLEGERINNEN: DER EINFLUSS DER KRAN- KENPFLEGE AUF DEN SOZIALHYGIENISCHEN FORTSCHRITT IN DEN ANGELSÄCHSISCHEN LÄNDERN.



S wird späteren Zeiten vorbehalten sein, diesen Einfluß in seinem ganzen Umfang für die Kulturwelt festzustellen. Die Stellung der Frau ist heute im allgemeinen noch nicht so, daß sie ihre wichtigsten Aufgaben im Volksleben überall erkannt haben könnte oder gar im allgemeinen fähig wäre, sie zu erfüllen. Die Krankenpflege ist einer der Berufe, den man ihr in keinem Lande streitig macht, dessen persönliche Ausgestaltung man ihr allerdings noch in vielen Ländern bitter erschwert, trotzdem er der geeignetste ist, um sie für ihre wichtige Arbeit zum Volkswohl zu erziehen. Wo die Frau am freiesten ist, finden wir die hochentwickeltste Krankenpflege und die beste sozial-hygienische Ausgestaltung: in den Vereinigten Staaten Nordamerikas. In den übrigen germanischen Ländern

Großbritannien und Deutschland strebt man energisch trotz aller Widerstände dem gleichen Ziele zu. Aus ihrer Lebens- und Arbeitserfahrung heraus, muß jede denkende Krankenpflegerin Frauenrechtlerin werden und das Stimmrecht als höchstes Ziel betrachten, weil es ihr helfen wird, größere Rechte an Gesundheit und Wohlfahrt für die Ärmsten zu schaffen, für die zu sorgen ihr Lebenszweck ist. In den skandinavischen Ländern wird ebenfalls wacker gearbeitet und die geringere räumliche Ausdehnung erleichtert manches. In den romanischen Ländern sind hier und da Keime für die gleichen Ideen, kräftige Ansätze an mancher Stelle, in einigen Ländern noch nichts, gar nichts, und in der slawischen Welt ists ebenso.

Das Erwachen des sozialen Weltgewissens fand in Amerika Scharen von Frauen vor, die nur den gebildeten Kreisen entstammend, sich im Pflegeberuf eine gründliche, mehrjährige Schulung erworben und dann Augen hatten, zu sehen! Ihre Lehrmeisterin war Florence Nightingale gewesen, die sich wiederum ihre Fachschulung bei den Diakonissen in Kaiserswerth und den barmherzigen Schwestern in Paris geholt und den Frauen der ganzen Welt, der ganzen Menschheit nach ihrem körperlichen Zusammenbruch durch die Strapazen des Krimkrieges vom stillen Siechbett aus predigte: „Nicht nur Kranke gesund pflegen, nein verhüten, das Gesunde krank werden.“ Ihre Schriften sollte jeder Sozialhygieniker als Brevier betrachten, denn einleuchtender und schlichter können die Grundgedanken dieser Wissenschaft nicht wieder geprägt werden. Jahrzehnte sind hingegangen und wir fangen eben an, ein wenig von dem zu verwirklichen, was sie forderte!

Die amerikanische Krankenpflegerin hat die gründliche Schulung, die gute Allgemeinbildung und vor allem die persönliche Freiheit zur Initiative. Ihre Anregungen fanden williges Gehör bei den ausschlaggebenden Instanzen. Ihr danken wir die schnelle Entwicklung einer ganzen Reihe von Institutionen, die von größter Wichtigkeit für das Volkswohl sind und in einer kurzen Reihe von Jahren eine ungeahnte Bedeutung erhielten. Einzelne Frauen haben durchweg den Antrieb zum Inslebensreten derselben gegeben. Miß Lillian Wald, die Gründerin des Henry Street Nurses Settlement in New York stellte 4 Wochen eine Pflegerin für eine Schule zur Verfügung, um zu beweisen, daß die Arbeit des Schularztes nur durch eine solche von Wert sein könne. Es sei nichts damit erreicht, daß er Kinder mit Ungeziefer, ansteckenden Augen- und Hautleiden, usw. aus der Schule entferne, damit sie auf der Gasse nur um so mehr Unheil anstifteten! Das Resultat dieser vierwöchentlichen Arbeit im Jahre 1902 ist, daß heute 57 Schulkollegien 181 Pflegerinnen, 19 Sanitätsbehörden deren 297 und zwei private Schulen 2 Schulpflegerinnen angestellt haben. In London allein hat der L. County Council es seit 1904, wo er die durch einen Verein im Jahre 1898 begonnene Arbeit übernahm, auf einen Stab von 112 Schwestern unter 1 Oberin mit 2 Assistentinnen gebracht. Neben aller Fürsorgearbeit jeder Art, die das Settlement mit seinen Außenstationen direkt für New York leistet, ist es Miss Wald auch gelungen, die Metropolitan Life Insurance Company davon zu überzeugen, wie wichtig es für sie sei, Fürsorge zur Gesunderhaltung ihrer Versicherten zu treiben und heute hat sie zu diesem Zweck einen Stab von 210 Pflegerinnen angestellt. Im ganzen stellen 1042 verschiedene Institutionen bislang 2777 Pflegerinnen für soziale Arbeit zur Verfügung. Davon entfallen auf Tuberkulosefürsorge 443 Pflegerinnen, auf Kinderfürsorge 172. 24 Kirchen haben 28 Pflegerinnen angestellt. 311 allgemeine Vereine für Bezirkspflege (Visiting Nursing) stellen 922 Pflegerinnen an. 68 Hospitäler haben 168 Schwestern nur für soziale Arbeit oder

Bezirkspflege. Man fängt an, sich um die entlassenen Rekonvaleszenten auch noch in ihrer Häuslichkeit zu kümmern, ist sogar in 2 Hospitälern schon mit 5 Pflegerinnen bis zur „geistigen“ Hygiene gelangt. 29 Sanitätsbehörden haben 370 Pflegerinnen angestellt, davon für Kinderfürsorge 107. 92 staatliche „dispensaries“ verfügen über 112 Pflegerinnen, 20 private über deren 68. Von Fabriken sind 32 Pflegerinnen angestellt, von Warenhäusern 15, von Telephongesellschaften 2, von Versicherungsgesellschaften 2, alle unter dem Gesichtspunkt der Krankheitsverhütung. Der mit den Verhältnissen Vertraute kann aus diesen wenigen Zahlen leicht die Bedeutung dieser Arbeit konstruieren. Es ist durchaus nicht nötig, noch in Zahlen festzulegen, wie viel Besuche die Pflegerinnen machten, wieviel Personen durch ihre Hände gingen. Jede der in dieser Weise tätigen Frauen hat selbst das Arbeitsfeld gewählt, also Interesse und Verständnis für dasselbe mitgebracht, ist ein lebendiges Zentrum sozialer Hygiene mit aller ihrer Vielartigkeit geworden. Daß es diesen Frauen auch schnell zum Bewußtsein kam, wie wenig selbst die beste dreijährige Hospitalausbildung als Vorbereitung für solche Arbeit genüge, ist selbstverständlich. Allerdings erziehen viele amerikanische Hospitäler viel weitgehender zu sozialem Verständnis sowohl durch die Anschauungen ihrer Verwaltungen als auch ihrer Ärzte. Man fängt in einigen sogar schon an, besondere Trinkerabteilungen einzurichten, wo natürlich die beste Grundlage für die Trinkerfürsorgetätigkeit gewonnen werden kann. Aber das nötige theoretische Wissen für die soziale Arbeit kann beim besten Willen nicht noch neben der Hospitalarbeit und dem Studium fürs Krankenpflegeexamen erworben werden, selbst nicht in 3 Jahren und bei vernünftiger amerikanischer Dienstenteilung. Wie der Amerikaner alles intensiv treibt, so nutzt er die kürzeren Dienststunden eben auch derartig für die Arbeit aus, daß keine Zeit für andere nicht dazugehörige Dinge bleibt.

Seit Jahren hatten die Krankenhausoberinnen erkannt, daß sie für ihre Aufgaben einer besonderen Schulung bedurften. 9 Jahre lang kamen die bedeutendsten von ihnen nach New York um ihren Anteil an Kursen zu geben, damit diese für den Nachwuchs erreicht werde. 1907 war man soweit gekommen, daß durch eine große Schenkung ermöglicht dort am Teacher's College der Columbia Universität ein eigener Lehrstuhl für die Krankenpflege geschaffen werden konnte, auf den man die Oberin der bedeutendsten Krankenpflegeschule der Vereinigten Staaten Miss M. Adelaide Nutting berief, deren 15 jährige Erfahrung auf diesem Posten ihr die volle Einsicht in alles Erforderliche gegeben hatte. In 5 Jahren angespannter Arbeit hat sie aus dem „Department for Nursing and Health“ das gemacht, was die sozialhygienische Entwicklung am brennendsten braucht, eine Lehranstalt für Leiterinnen von Krankenhäusern und für Krankenpflegerinnen, die sich der sozialen Arbeit widmen wollen. Die praktischen Amerikanerinnen haben Theorie und Praxis aufs glücklichste vereint. Hochschule, Hospitäler, Haushaltungsschule, die sozialen Einrichtungen des Nurses Settlement sind so kombiniert, daß alle nötigen Arbeits- und Studiengebiete zur Verfügung stehen. Miss Wald hat auch dabei ihren anregenden und helfenden Einfluß zur Verfügung gestellt, aber leider hat die amerikanische Krankenpflege, eine der wertvollsten Persönlichkeiten auf dem Gebiet der Erziehung für ihren Beruf, Mrs. Isabel Hampton Robb, durch einen tragischen Unfall verloren. Ist sie auch nie zu ersetzen, so verfügt andererseits ein Beruf, der sich seit 40 Jahren aus den besten Frauenkreisen auf den besten Erziehungsgrundlagen entwickelte, über eine Fülle von Persönlichkeiten, die Hervor-



ragendes leisten und die Krankenpflege auf eine Höhe des Idealismus stellten, wie sie leider heute nicht mehr selbstverständlich ist. Sehr viel für die Entwicklung sozial-hygienischer Anschauungen tat Miss Annie W. Goodrich, die langjährige Oberin des Bellevue-Hospitals, jetzige Präsidentin des Weltbundes der Krankenpflegerinnen, welche diesen glänzend dotierten Posten für eine Staatsanstellung mit nicht einmal dem halben Gehalt aufgab, „weil sie auf diese Weise ihrem Beruf am besten dienen könne“. Sie ist Inspektorin der sämtlichen Krankenpflegeschulen des Staates New York, so daß ihre Einflußsphäre unendlich gewachsen ist, und sie wird sicher überall dazu helfen, das Verständnis für die sozial-hygienischen Pflichten der Pflegerinnen zu wecken, das sie in ihrem Hospital so glänzend bewährte. Als eines der wichtigsten Gebiete erschien einigen der amerikanischen Führerinnen die Kenntnis der Geschichte des eigenen Berufs. Miss Lavinia L. Dock und Miss M. Adelaide Nutting haben dieselbe nach jahrelangem Materialsammeln und einer 2jährigen Studienreise der ersteren durch fast ganz Europa geschrieben und damit Einblicke in Kulturgeschichte und Sozialhygiene oder besser Unhygiene früherer Zeiten geschaffen, die von größtem Interesse sind. Die zwei ersten reich illustrierten Bände „Geschichte der Krankenpflege“, welche von Urzeiten bis in die 70er Jahre des letzten Jahrhunderts reichen, erschienen 1907 bei G. P. Putnam's Sons, New York und London, 1910 und 1911 in deutscher Sprache bei Dietrich Reimer-Berlin. Für die soziale Arbeit der Pflegerin müssen sie ein mächtiger Antrieb werden, weil die Macht der Tatsachenreihen, die in ihnen redet, vielleicht noch wirkungsvoller sein kann, wie die nationalökonomischen, sozialpolitischen und pädagogischen Studien, die ihnen die Hochschule ermöglicht.

Frauen von diesem Ernst der Auffassung blieben natürlich auch nicht blind gegenüber dem fürchterlichsten sozialen Elend, den Geschlechtskrankheiten. Sie fordern eine Ausbildung der Pflegerin für dieses Gebiet, die bisher kaum existiert, wodurch die Pflegerin selbst der entsetzlichen Ansteckungsgefahr ausgesetzt ist und ihr vor allem Verständnis und Fähigkeit, diesem Übel entgegenzuarbeiten, viel zu spät erst aus der Praxis erwachsen kann. Das darf heute nicht mehr sein. Der in London 1899 gegründete Weltbund der Krankenpflegerinnen (Int. Council of Nurses), dem jetzt die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Irland, Deutschland, Holland, Finnland, Dänemark, Kanada, Indien und Neuseeland angegliedert sind, hatte diesen schlimmsten Schandfleck der Kulturwelt 1909 zur besonderen Verhandlung auf seine Tagesordnung gesetzt. Miss L. L. Dock schrieb darauf 1910 „Hygiene and Morality“, ein Lehrbuch für Krankenpflegerinnen und andere, ein Umriss der medizinischen, sozialen und gesetzlichen Verhältnisse der Geschlechtskrankheiten. Da Amerika in über 30 seiner Staaten bereits „State Registration“ für die Krankenpflege erlangt hat und die Frauen selbst die Handhabung derselben entweder beherrschen oder sie doch genügend beeinflussen können, ist auch die Gewähr geboten, daß dieser traurige Lehrstoff zu seinem Recht kommt und die amerikanische Pflegerin diesem heimtückischen Feind des Volkswohls bald ganz anders gewappnet gegenüberstehen wird, wie bis jetzt.

Und nun die alte Welt? In Großbritannien und Irland ist die Krankenpflege hochentwickelt und die sozial-hygienische Arbeit gleichfalls. Hochgebildete, gründlich geschulte und verständnisvolle Frauen gibt es in unserem

\*) Der III. u. IV. Band erscheinen soeben und führen die begonnenen Schilderungen bis in die neueste Zeit fort, gerade in sozialhygienischer Beziehung voll wertvollstem Material. Die deutsche Übersetzung folgt in den Jahren 1913 u. 14. \*

Beruf reichlich neben traurigem Wohltätigkeitsdilettantismus und den ärgsten beruflichen Mißständen. Seit 30 Jahren kämpfen die Zielbewußten um „State Registration“ und trotzdem schon 1904 die umfassenden Erhebungen eines „Select Committee“ des Unterhauses unzweifelhaft die Notwendigkeit dieser Maßregel ergab, das Oberhaus schon einmal eine große Mehrheit für dieselbe hatte, verweigert die Regierung dieselbe konsequent, da einige große Londoner Wohltätigkeitshospitaler, deren Schatzmeister den höchsten Kreisen angehören, dadurch mehrere 100 000 Mark aus den Einnahmen ihrer in Privatpflege gesandten Schülerinnen verlören, die sie nicht missen wollen. Daher benutzt man für die Fürsorge auf dem Lande an vielen Stellen lieber die „Cottage-Nurse“ mit 6 monatlicher Ausbildung, weil sie natürlich billiger und bequemer ist, wie die scharfblickende, gutgeschulte Pflegerin, die fordert, daß Mißstände beseitigt werden. Weder Organisation noch Resultate der sozialen Arbeit können also die gleichen sein. Die technische und praktische Vorbildung für dieselbe ist durchweg gut, die Möglichkeit zur höheren wissenschaftlichen Fortbildung fehlt noch vollkommen. Als „Isla Stewart Memorial“ hat die Schwesternschaft des altherwürdigen St. Bartholomäus-Hospitals, unter dieser Oberin eine Hochburg des Fortschritts, seit ihrem Tode der Reaktion ausgeliefert, eine aus ihrem Kreis zu einem Jahreskurs an die Hochschule nach New York geschickt. Eine andere ist ihr schon auf eigene Kosten gefolgt. Als Andenken der kürzlich verstorbenen Florence Nightingale wollen die Pflegerinnen Englands und des ganzen Weltbundes versuchen, mit der Zeit die Grundlagen zu einem Lehrstuhl der Krankenpflege in London zu schaffen. Sozialhygiene war ihre Hauptforderung, „Gesundheitsmissionare und Apostel der Hygiene“ sollten nach ihr die Pflegerinnen sein, und diesem Gedanken würde auch der nötige Nachdruck von diesem Lehrstuhl aus gegeben werden.

In Deutschland haben wir zwar eine „staatliche Prüfung“ in der Krankenpflege, aber nach einem Jahr. Der Eintritt in den Beruf ist mit 20 möglich, sogar mit 18 und jünger, die Prüfung kann mit vollendetem 21. Lebensjahr abgelegt werden. Die vorgenannten Länder verlangen 22—23 als Eintrittsalter bei durchweg 3 jähriger Ausbildung. Die weitschichtige Materie kann nie in einem Jahr genügend verarbeitet werden, am wenigsten auf Grundlage der Volksschulbildung. Die theoretischen Kurse werden außerdem stellenweise in 6 Wochen absolviert. Daß sie häufig nicht mehr wie oberflächlichen Examensdrill bedeuten können, liegt auf der Hand. Und diesem Standpunkt entspricht die sozial-hygienische Arbeit. Ansätze überall zu allem, aber wie stehts mit der Ausführung! Die erste Frage ist nicht nach persönlicher Eignung, Verständnis, Vorbildung für dies wichtigste aller Teilgebiete des Pflegeberufs, sondern von zufälligen persönlichen Verhältnissen und Beziehungen hängt die Anstellung der betreffenden Schwestern ab, in manchen Fällen gehts auch nach der Billigkeit, statt nach der Tüchtigkeit. Mutterhäuser sind oft gezwungen, einen Platz mit der Schwester zu besetzen, die gerade zur Verfügung steht, ob sie sich nun eignet oder nicht. Eine 23 jährige wurde als erste Schulpflegerin eingestellt in einer unserer an der Spitze der Sozialpolitik marschierenden Großstädte. In der Tuberkulosefürsorge, wie auch in anderen Gebieten stellt man zuweilen auf Posten, die unbedingt gründliche Krankenpflegeausbildung und Erfahrung fordern, Laien oder Dilettanten. Eine Initiative der Krankenpflegerin auf den wichtigen Fürsorgegebieten, wie die Vereinigten Staaten und auch England sie aufweisen, ist bei unserem System undenkbar. Die Selbständigkeit der deutschen Frau ist noch viel zu gering entwickelt, wird im Pflegeberuf durch



Überbürdung und mangelhafte Schulung noch besonders verhindert. Es wird noch lange dauern, bis darin ein erheblicher Wandel möglich ist. Was unsere großen religiösen Institutionen auf diesem Gebiete seit lange geleistet haben, darf nicht unterschätzt werden, wie das häufig geschieht, schon weil man von ihrer Zahl und Arbeit zu wenig Positives weiß. Aber ihre Eigenart, in der ihr großer moralischer Wert liegt, bedeutet doch zugleich große Einschränkungen, die breite Lücken schaffen. Wie kann die Nonne, die ihr dunkles Wollgewand nicht ablegen darf, deren eigene Körperpflege durch religiöse Vorschriften schwer gehindert wird, der es verboten ist, eine gesunde Wöchnerin zu pflegen, volles Verständnis für die moderne Sozialhygiene bekommen, wie soll sie für Tuberkuloseverhütung sorgen, wenn die Reihen ihrer Genossenschaften durch dieselbe in unerhörtem Maße dezimiert werden, weil man neben allem übrigen die Desinfektionsnotwendigkeit völlig außer acht läßt! Wir haben viel zu lernen, ernst an uns zu arbeiten! Eine Schiffsschwester, dieses modernste Resultat der Sozialhygiene, ist nur für die I. und II. Klasse, nicht für das Zwischendeck da, wohin sie zu allererst gehörte. Bei ihrer waschbaren Kleidung ist die Gefahr der Krankheitsübertragung weit geringer wie beim Arzt im wollenen Anzug! Die Hotelschwester wird nicht darnach gewählt, daß sie mit dem höchsten geistigen Niveau den Anforderungen des Personals und der hochzahlenden Gäste gleichmäßig gewachsen sei. Man muß im einen wie im anderen Fall schon deshalb von den besten Persönlichkeiten absehen, weil man ihnen in räumlicher Unterbringung, in ihrer ganzen Stellung nicht gerecht werden will, falls es sich nicht um eine Protektionspersönlichkeit handelt, bei der die Erfahrung dann wieder nebensächlich behandelt wird. Bei dem richtigen geistigen Niveau würde die Warenhausschwester sehen, welche erziehlichen Aufgaben ihr z. B. in der Nahrungsmittelabteilung obliegen. Seit Oktober hat Deutschland aber seine Hochschulkurse für Krankenpflegerinnen an der Leipziger Frauenhochschule mit den gleichen Zielen, wie die New Yorker, zu denen sie aber noch einen langen mühsamen Weg hat. Und Stipendien hat sie noch keine und deutsche Krankenpflegerinnen haben selten Mittel! Aber Schritt für Schritt werden sie ihren Weg erkämpfen, denn auch die deutsche Krankenpflegerin fängt an aufzuwachen, seit sie vor 10 Jahren begann, sich zu organisieren und 1904 im Weltbund den Blick in die weite Welt ihrer Arbeit gewann, den ihr die deutschen Verhältnisse mit ihren engen bureaukratischen Grenzen bis dahin versperrt hatten. Noch ein Weilchen, dann wird auch sie zur treibenden Kraft auf sozial-hygienischem Gebiet werden, so viel Hindernisse es auch zu überwinden geben mag, da man ihr den Raum für die nötige Initiative gewiß nicht bereitwillig geben wird, selbst wenn sie sich auch zu der Fähigkeit für dieselbe entwickelt hat!



## DR. MED. MAX MARCUSE, BERLIN: FORTSCHRITTE IM KAMPFE GEGEN DIE GESCHLECHTSKRANK- HEITEN.



Die Bezeichnung „Geschlechtskrankheiten“ ist konventionell. Man ist übereingekommen, darunter den weichen Schanker, den Tripper und die Syphilis zu verstehen, obwohl alle diese Leiden auch auf andere Weise als durch den Geschlechtsverkehr, und andererseits nicht sie allein auf diesem Wege erworben und übertragen



werden können. Immerhin ist jene Übereinkunft natürlich nicht willkürlich, sondern durch die Tatsachen begründet, daß, insbesondere unter den westeuropäischen Bedingungen von Reinlichkeit und Kultur, die Verbreitung des weichen Schankers so gut wie ausschließlich, des Trippers bis auf seltene, fast immer Kinder betreffende Ausnahmen und der Syphilis in der großen Mehrzahl der Fälle durch den Geschlechtsverkehr erfolgt; dazu kommt, daß diese Krankheitsgifte in der Regel an den Geschlechtsteilen in den Organismus eintreten und an diesen die ersten Erscheinungen hervorrufen.

Wo, wie an dieser Stelle, im wesentlichen an die soziale Bedeutung der Geschlechtskrankheiten gedacht wird, darf man den weichen Schanker aus der Betrachtung ausscheiden, weil dieser infolge seines rein örtlichen Charakters und seiner normalerweise leichten und raschen Heilbarkeit die Interessen der Gesellschaft kaum berührt. Um so mehr bedeuten Lues und Gonorrhoe für die Gesundheit und das Vermögen der Allgemeinheit. In welchem Maße und Umfange diese durch die Syphilis- und Tripperkranken gefährdet und belastet wird, muß hier als bekannt vorausgesetzt werden; darum ist auch nicht weiter über die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Geschlechtskrankheiten zu sprechen: sie versteht sich von selbst.

Das war nicht immer so, und erst vor etwa anderthalb Jahrzehnten setzte der Kampf gegen die Venerie ernsthaft bei uns ein. Vor allem galt es, über die Größe und Art der Gefahr Aufklärung zu verbreiten, deren nicht nur die Laien, sondern damals auch noch die Ärzte dringend bedurften. Die meisten von diesen hatten als Studenten eine Vorlesung über die Geschlechtskrankheiten niemals gehört, zu hören auch kaum je Gelegenheit gehabt, denn die Einführung derartiger Kollegs hat erst in neuerer Zeit stattgefunden. Und wenn auch in manchen mittleren und den meisten kleineren Universitäten solche Vorlesungen selbst heute noch nicht oder nur in ganz unzulänglicher Weise abgehalten und vor allem: besucht werden, und überhaupt die Venerologie weder im Lehr- noch im Prüfungsplan der medizinischen Fakultäten im allgemeinen schon die gebührende Würdigung findet, so ist doch auf diesem Gebiete die Vor- und mehr noch die Fortbildung der Ärzte, insbesondere der jüngeren Generationen, so viel besser geworden, daß unter den Verständigeren von ihnen der Aberglaube, den sie bis vor kurzem mit der Mehrzahl der Laien teilten, nämlich die Vorstellung von der Harmlosigkeit und Selbstverständlichkeit der Geschlechtsleiden, nicht mehr anzutreffen ist, und sie in Theorie und Praxis dem Ernst der hier an sie herantretenden Aufgaben immer mehr sich gewachsen zeigen. Dieser grundlegende Fortschritt in dem Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten konnte aber nur dadurch für die wirksame Bekämpfung der Venerie fruchtbar werden, daß mit der besseren Ausbildung der Ärzte die Belehrung des Publikums einherging, das allmählich dazu erzogen wurde, im Falle einer geschlechtlichen Erkrankung möglichst frühzeitig ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, statt wie bis dahin unter der Einwirkung eines falschen Schamgefühls ihr Leiden in der Regel entweder gar nicht oder zu spät oder aber — meist noch schlimmer! — durch einen Kurpfuscher behandeln zu lassen. Auch hier ist noch lange nicht alles erreicht, was im Interesse der sozialen, insbesondere sexuellen Hygiene gefordert werden muß, aber die fortschreitende Einsicht der Kranken ist immerhin einer der unbestrittensten Erfolge im Kampfe gegen die Venerie. Und nicht nur die Einsicht der Kranken, sondern auch die der Gesunden, die sich der Ansteckungsgefahr, die

mit jedem unehelichen, regellosen Geschlechtsverkehre verbunden ist, mehr bewußt geworden sind und deshalb in weit größerem Umfange als früher sich der Schutzmittel bedienen. In der zunehmenden technischen Vervollkommenung dieser und ihrer wachsenden Verbreitung liegt die sicherste Gewähr für einen schließlich entscheidenden Erfolg des Kampfes gegen die venerischen Leiden, von deren individueller Prophylaxe letzten Endes die Beseitigung der von ihnen ausgehenden sozialen Gefahren allein abhängt. Die hier eingeschlagene Richtung zielbewußt zu verfolgen, wird nun aber durch feministische und moralistische Mächte vielfach bis zur Unmöglichkeit erschwert. So wirft auch namentlich die von gänzlich verfehlten Sittlichkeitsvorstellungen beherrschte Rechtsprechung des Reichsgerichts aller die Empfehlung und Verbreitung der Schutzmittel erstrebenden Tätigkeit fortgesetzt Steine in den Weg und sucht geradezu eine Verhütung der geschlechtlichen Ansteckung beim außerehelichen Geschlechtsverkehre mit Hilfe des § 184 Nr. 3 StGB. zu verhindern. So bedeutet denn andererseits schon der Umstand, daß die deutsche Strafrechtskommission sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt und einer zu weitgehenden Auslegung jener Gesetzesbestimmung entgegenzuwirken unternommen hat, einen besonders erfreulichen Fortschritt in dem Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten. Vorläufig werden wir freilich noch weiterhin das seltsame Schauspiel erleben, daß, während der Staat mit Hilfe des Seuchengesetzes die Verbreitung und Übertragung ansteckender Krankheiten nach Möglichkeit zu verhüten bestrebt ist, im Gegensatz dazu die Rechtsprechung eine wirksame Bekämpfung der ganz besonders infektiösen und sozial-gefährlichen Geschlechtskrankheiten vereitelt. Geradezu groteske Folgen hatten der § 184, 3 und seine Auslegung dadurch gezeitigt, daß auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung 1911 in Dresden, die ja doch vor allem auch das Ziel hatte, ein größeres hygienisches Verantwortungsgefühl im Volke zu wecken und es zu lehren, die hygienischen Verpflichtungen des einzelnen gegen jeden anderen und gegen die Gesellschaft zu erfüllen, — daß, sage ich, hier eine Aufklärung über die Schutzmittel unterbleiben mußte und ihre Würdigung selbst in der Sonderabteilung der Gesellschaft für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nicht erfolgen durfte\*). Andererseits hat sich die Judikatur wenigstens insofern in den Dienst des Kampfes gegen die Venerie gestellt, als sie gegen diejenigen, die der wissentlichen Übertragung einer Geschlechtskrankheit überführt werden, auf Grund der Körperverletzungsparagraphen seit einiger Zeit mit besonderer Schärfe verfährt; aber wegen der verschwindend geringen Minderzahl der Fälle, die zur Anzeige gelangen, und der noch größeren Seltenheit der Möglichkeit, dem Beschuldigten die Kenntnis seiner Krankheit und ihrer Infektiosität nachzuweisen, kann der Nutzen, der aus jenen Urteilen im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten erwächst, immer nur sehr beschränkt bleiben; etwa schon eine fahrlässige Übertragung oder gar die bloße Gefährdung eines anderen zu bestrafen, wird aber durch das geltende

\*) Es ist unter diesen Umständen ein sachlich nur recht bescheidener, aber wegen seiner prinzipiellen Bedeutung doch sehr erfreulicher Erfolg, den die ärztlichen Sachverständigen und die Verteidiger neuerdings in einem Strafprozeß vor dem Landgericht III Berlin erzielten, indem sie durch den erwirkten Freispruch wenigstens die medizinische Fachpresse gegen den § 184, 3 schützten; daß es sich in diesem Falle nicht um Vorbeugemittel gegen venerische Infektion, sondern gegen Konzeption handelte, ist in diesem Zusammenhange ohne Bedeutung, weil beide Arten Prophylaktika bzw. ihre Ankündigung ganz derselben juristischen Beurteilung unterliegt: „zu unzünftigem Gebrauche bestimmt“! —

Recht zum Teil sehr erschwert, zum Teil sogar ausgeschlossen. Die Frage, ob eine Reform des Strafrechts nach dieser Richtung hin erwünscht und vor allem zweckmäßig wäre, wird neuerdings lebhaft umstritten. Keineswegs kann ein Zweifel darüber aufkommen, daß gerade auf diesem Gebiete die entscheidenden Fortschritte ganz sicher nicht von neuen Gesetzesparagraphen zu erwarten sind. An dieser Stelle ist auch an die Förderung zu erinnern, die der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten durch einige auf dem Verwaltungswege erlassene Verordnungen erfahren hat. Ich denke hier zunächst an die verschiedenen gesundheits- und gewerbe-polizeilichen Bestimmungen, wie z. B. diejenigen für den Gastwirtschafts- und den Bäckerei-Betrieb. In den Nahrungsmittelgewerben, in den Betrieben mit Nacharbeit, bei den Friseuren usw. wurde in sozial- und sexualhygienischer Beziehung lange Zeit viel und schwer gesündigt, und die hier eingeführten Reformen bedeuten zwar einen gerade für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nicht übermäßig hoch einzuschätzenden, aber in diesem Zusammenhange gewiß erwähnenswerten Fortschritt. Ähnlich sind an dem die Behandlung der Prostituierten regelnden Ministerialerlaß von 1909 vor allem die vertiefte Einsicht in das Problem und der entschiedenere Wille, zu bessern, sehr verdienstlich, und schon der hier unternommene Versuch, die verhängnisvolle Verbindung zwischen sanitäts- und sittenpolizeilichen Gesichtspunkten und Maßregeln zu lockern, darf als erfreulicher Fortschritt im Kampfe gegen die Venerie bezeichnet werden, wenn auch hier ein Erfolg in nennenswertem Umfange noch nicht erkennbar ist. Überhaupt wird m. E. die Art, wie die Lösung des Prostitutionsproblems auch immer versucht werden sollte, an und für sich auf die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten einen erheblichen Einfluß kaum je ausüben; es handelt sich hierbei viel mehr um eine sozial-politische, -pädagogische, -moralische und eine humanitäre, als um eine sexualhygienische Frage; denn weder die Bordellierung noch die Kasernierung noch die einfache Reglementierung noch die Abolition hat irgendwelche Ergebnisse gezeitigt, die vernünftigerweise als Beweis für die hygienische Überlegenheit des einen oder des anderen Systems verwertet werden können. Und doch ist eine Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nicht denkbar ohne Rücksichtnahme auf die Prostitution, da diese die Hauptquelle der Venerie darstellt. Aber in diesem Zusammenhange, in dem nicht von Hoffnungen, sondern nur von Erfüllungen berichtet werden soll, ist die Frage nach der Assanierung der Prostitution nicht näher zu erörtern; denn bis jetzt sind hier wirkliche Fortschritte nicht gemacht worden. Den sinnfälligsten Erfolg hat dem Kampfe gegen die Venerie unser Krankenversicherungsgesetz gebracht, und umgekehrt hat der Kampf selbst diesem Gesetze vor mehreren Jahren eine entscheidende Verbesserung erwirkt, indem die bis dahin in Geltung gewesene Benachteiligung der Geschlechtskrankheiten, d. h. den Versicherten, die sich ihr Leiden durch „geschlechtliche Ausschweifungen“ zugezogen hatten, beseitigt wurde. Soeben hat bekanntlich die Reichsversicherungsordnung einen weiteren Ausbau erhalten, von dem aus eine erneute Förderung der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erwartet werden darf. Namentlich, daß nunmehr gesetzlich den Krankenkassen das Recht der Aufwendung von Mitteln auch zur Verhütung von Erkrankungen ihrer Mitglieder und zu den hierzu notwendigen Ermittlungen und Belehrungen gesichert worden ist, kommt dem Kampfe gegen die



Venerie zu Hilfe. Dies um so mehr, als die Krankenkassen dadurch die bisher nur auf dem Prozeßwege erstrittene Möglichkeit erhalten haben, ihre so verdienstlichen Erhebungen über das Wohnelend fortzusetzen und an der Besserung dieses Notstandes weiter mitzuarbeiten. Denn wenn auch der kürzlich von autoritativer Seite getane Ausspruch, die Geschlechtskrankheiten seien Wohnungskrankheiten, eine ganz außerordentliche Übertreibung bedeutet, so steht doch der Zusammenhang zwischen elenden Wohnverhältnissen, sexueller Zuchtlosigkeit und somit Verbreitung der venerischen Leiden fest. Daher stehen auch alle Bestrebungen zur Verminderung des Wohnelends, namentlich der Ledigen, im Dienste des Kampfes gegen die Geschlechtskrankheit. Ähnliches ist von den Maßnahmen und Organisationen zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauches zu sagen: jede Einschränkung des Alkoholkonsums ist ein Fortschritt im Kampfe gegen die venerische Gefahr. Diese Erwägungen führen zur Würdigung aller sozial-ökonomischen und -ethischen Reformen überhaupt als Mittel im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten. Es ist unnötig, auf Einzelheiten einzugehen, zumal die Summe des hier Erreichten im Hinblick auf das Ziel noch unmeßbar winzig ist und nur erst Hoffnungen auf die Zukunft zu erwecken vermag. Jugendfürsorge, Unehelichenschutz, Verbesserung der Möglichkeiten für zeitige Eheschließungen, ökonomische Verselbständigung der Frau — das sind einige von den Stichworten, welche die Richtungslinie andeuten, die über die dringlichsten wirtschaftlichen und sittlichen Reformen hinweg auch zu einer Linderung und Einschränkung der sexuellen Nöte, insbesondere der venerischen Gefahr führen wird. Eine ehrlichere und naturgemäßere Sitte und Moral, die sehr mühsam und allmählich nur, aber doch mit Entschiedenheit endlich sich durchzuringen scheinen, bedeuten einen besonders erfreulichen Fortschritt in dem Kampfe, der vergeblich bleiben würde, solange der Geschlechtstrieb für etwas Niedriges und Verächtliches ausgegeben, die kirchliche Vorstellung von den Gegensätzen zwischen Geist und Fleisch aufrechterhalten, der Geschlechtsverkehr im wesentlichen nur nach seiner sogenannten Legitimität oder Illegitimität bewertet und eine geschlechtliche Erkrankung nicht ganz ebenso als ein Unglück wie jedes andere Leiden, sondern als selbstverschuldete und „unsittliche“ Krankheit betrachtet wird. Daß namentlich auch in den Kliniken und Krankenhäusern die bis vor nicht langer Zeit unterschiedliche Behandlung der Geschlechtskranken gegenüber den anderen Patienten nicht mehr zu finden ist, bedeutet in diesem Sinne einen starken Ruck nach vorwärts. Ob dasselbe von der sexuellen Aufklärung der Kinder und der sexuellen Belehrung der Jugend, überhaupt von der gar zu ungezwungenen Erörterung des Geschlechtslebens im Verkehr mit den heranwachsenden Generationen wird behauptet werden dürfen, kann zweifelhaft sein, solange für alle diese Bestrebungen und Unternehmungen nicht diejenige Methode gefunden ist, die in gleicher Weise sowohl das Wissen fördert wie den Willen stählt, vorhandenes Interesse befriedigt, ohne Neugierde zu wecken, Vertuschungen vermeidet und von Übertreibungen sich fernhält, das Recht eines geregelten Geschlechtsverkehrs für den reifen und gesunden Menschen anerkennt und das Gefühl und Bewußtsein der Verantwortung dem Partner und der Gesellschaft gegenüber stärkt und festigt, sowohl die Gefahren aufdeckt wie die Mittel zur Abwehr zeigt und ihre Anwendung fordert. Aber von einer anderen Seite her ist dem Kampfe gegen

die Venerie noch ein mächtiger Bundesgenosse erstanden, indem die medizinische Forschung neue Erfolge errungen hat, die der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in weitem Umfange zugute kommen werden. Denn es ist klar, daß jeder Fortschritt namentlich in der Therapie der venerischen Leiden, der die raschere und sicherere Beseitigung eines Infektionsherdes ermöglicht, der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten entgegenwirkt. Auf dem Gebiete der Gonorrhoebehandlung ist die Ausbeute der wissenschaftlichen Forschung allerdings nur sehr spärlich geblieben, seitdem einmal von Neisser, dem Entdecker des Trippergiftes, auch die den Gonokokkus vernichtende Wirkung der Silbersalze erkannt und die örtliche Applikation von Silbersalzlösungen eingeführt, und seitdem diese Errungenschaft dann von Credé auch für die Behandlung und Verhütung der Augengonorrhoe der Neugeborenen nutzbar gemacht worden ist. Alles, was auf diese Großtaten später folgte, ist Kleinarbeit — zum Teil sehr verdienstlich, aber noch nicht bewährt genug und praktisch von zu geringer Bedeutung, um als wirklicher Fortschritt im Kampfe gegen die Gonorrhoe anerkannt zu werden. Viel fruchtbarer ist die syphilidologische Forschung der letzten Jahre gewesen. Den Weg, der hier zurückgelegt worden ist, markieren die Namen Roux, Metschnikoff, Neisser-Schaudinn-Wassermann-Uhlenhuth und Ehrlich: Daß die Übertragung der Lues auf die dem Menschen nächststehenden Säugetiere gelungen ist, hat die Möglichkeit gebracht, die so überaus vielgestaltige und wechselvolle Krankheit viel gründlicher zu studieren, als es möglich war, solange der Arzt nur die einzige Pflicht hatte, zu heilen, nicht aber das Recht, zu „beobachten“. Die Auffindung der *Spirochaeta pallida* hat endlich die eigentliche Ursache der Syphilis festgestellt und damit der bis dahin rein empirischen Therapie die wissenschaftliche Grundlage geschaffen. Die Entdeckung einer besonderen Eigenart des Blutserums Syphilitischer hat uns um ein sehr wertvolles diagnostisches Hilfsmittel bereichert und uns in den Stand gesetzt, in zahlreichen Fällen das Vorhandensein oder die Nachwirkungen einer Syphilis zu erkennen, in denen wir bisher sie nur vermuten oder nicht einmal annehmen konnten. Die Nutzbarmachung des Arsens für die Syphilistherapie hat uns in unserer Macht gegen das Luesgift nachdrücklich gestärkt, indem Salvarsan und Quecksilber vereint nun nicht selten Erfolge erzielen, die dem Quecksilber allein bisweilen nicht beschieden waren.

Nach alledem kann es nicht zweifelhaft sein, daß der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten uns schon viele wertvolle Siege gebracht hat; es kann aber noch weniger geleugnet werden, daß die Hauptmacht des Feindes noch nicht entscheidend geschwächt ist und es noch ganz ungeheurer Kraftanstrengungen bedürfen wird, um ihn zu vernichten oder doch wenigstens unschädlich zu machen. Aus dem bisherigen Verlaufe des Kampfes können und müssen wir lernen, wie und wo wir dem Feinde entgentreten und aus welchem Arsenal wir uns die Waffen holen müssen.



## DR. LUDWIG HEYDE, BERLIN: URLAUB FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE IN DEUTSCHLAND.

**D**IE Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz hat auf ihrer VI. Generalversammlung (Lugano 1910) beschlossen, der Frage des Arbeiterurlaubs näherzutreten und auch die Ferien der Privatangestellten und Unterbeamten in die Betrachtung einzuschließen. Das Gewicht, welches den Beschlüssen dieser hochangesehenen Vereinigung in allen Kulturstaaen und bei allen Parteien beigemessen wird, sollte für den Fall, daß das zu sammelnde Material über die Urlaubsfrage es ermöglichen und erfordern würde, zugunsten gesetzlicher Eingriffe in die Wagschale geworfen werden. Die VII. Delegiertenversammlung (Zürich 1912) mußte indessen die Behandlung der Urlaubsfrage vertagen, weil nur aus Deutschland und der Schweiz eingehende Berichte über den gegenwärtigen Stand der Feriengewährung eingegangen waren. Bei den Schwierigkeiten, die sich für die Materialbeschaffung allenthalben geboten haben mögen, ist es nicht verwunderlich, daß erst die Sektionen der genannten beider Länder abgeschlossene Gutachten vorlegen konnten, und es steht nur zu hoffen, daß auch in anderen Ländern die Sammelarbeiten bis zur nächsten Delegiertenversammlung soweit gefördert sein werden, daß eine Beschlußfassung über die Frage, ob ein gesetzgeberisches Vorgehen auf internationalem Wege angeregt werden soll oder nicht, dann ermöglicht wird.

Der Bericht der deutschen Sektion (Gesellschaft für soziale Reform) ist von dem Schreiber dieser Zeilen erstattet worden und liegt nunmehr im Buchhandel vor, verlegt bei Duncker und Humblot, München (207 S., Preis 4 Mk.). Da es in Deutschland amtliche Statistiken über den Stand der Urlaubsgewährung — im Gegensatze zur Schweiz, die seit 1910 derartige Statistiken führt —, nicht gibt, war es erforderlich, an Behörden, Arbeitgeber, Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, Handelskammern usw. heranzutreten, um von ihnen Auskunft zu erlangen. Daneben konnte eine Durchsicht der Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten aus den letzten 15 Jahren eine große Reihe einzelner Mitteilungen über Arbeiterferien zutage fördern. Es versteht sich aber von selbst, daß das auf diese Weise zusammengekommene Material irgendwelchen Anspruch auf Vollständigkeit nicht erheben kann. Erst amtliche Ermittlungen werden es einmal ermöglichen, auf die Frage, wie es mit der Urlaubsgewährung eigentlich steht, ziffernmäßig zu antworten. Für die Schweiz lautet die Antwort augenblicklich: ein Achtel aller Betriebe gewährt, ein Zwölftel aller Arbeiter erhält Urlaub. Ähnliche genaue Antworten sind in Deutschland noch nicht zu geben. Man kann nur sagen, daß sich die Urlaubsgewährung an Arbeiter schrittweise durchsetzt, daß aber in den einzelnen Industrien noch außerordentliche Verschiedenheiten bestehen. Wohl am besten sind die Verhältnisse im Braugewerbe. Es hängt das vor allem mit der technischen Entwicklung zusammen; die Mälzerei war ursprünglich reines Saisongewerbe, und geübte Mälzer wurden für die Zwischenzeit jeweils beurlaubt, oft natürlich ohne Entschädigung, nicht selten aber doch wenigstens mit einer Lohnzahlung für so viele Tage, als sie während der intensiven Saisonarbeit Sonn- und Feiertage durchgearbeitet hatten. Als dann technische Umwälzungen die regelmäßige Entlassung der Mälzer überflüssig machten, war der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter bereits stark genug, um die Gewohnheit der jährlichen



Ferien auch unter den veränderten Verhältnissen durchzusetzen. Er richtete seine Tarifvertragspolitik von vornherein auf diese Forderung ein, und der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, welches gerade zu jener Zeit in Kraft trat, wurde von der Arbeiterorganisation sofort in geschickter Weise aufgegriffen: schon Tarifverträge aus dem Jahre 1901 sehen eine Definition des in ihm vorkommenden Begriffes der „nicht erheblichen Zeit“, für die ein Lohnabzug nicht gestattet sein soll, vor; für Krankheitsfälle, militärische Übungen und auch für etwaige Urlaubstage sollte der Lohn fortgezahlt werden müssen. Nun war nur noch die Frage, inwieweit der Arbeitgeber auch wirklich Erholungstage gewährte, aber gerade diese Verpflichtung wird sehr bald ausdrücklich in den Tarif aufgenommen. In den letzten 10 Jahren hat es die Brauereiarbeiterschaft erreicht, daß der Urlaub bei jedem Tarifabschluß etwas Allgemeines und Selbstverständliches geworden ist. Am 1. Januar 1911 sahen bereits 536 Tarifverträge für 1237 Betriebe mit 44 744 Arbeitern unter bestimmten Karenzbedingungen die Urlaubsgewährung vor, und inzwischen soll die Zahl der Brauereiarbeiter, denen die Ferien vertraglich zustehen, bereits bei weitem 50 000 überschritten haben.

Auch im Buchdruckgewerbe bestehen günstige Urlaubsverhältnisse. 1910 wurden 1690 Betriebe mit Feriengewährung gezählt; 21 315 Gehilfen hatten Urlaubsanspruch. 1911 sind dann noch 127 Neubewilligungen hinzugekommen, doch meint der „Korrespondent“, das Gehilfenorgan, in Wahrheit sei die Zahl der urlaubgewährenden Firmen noch weit größer, da viele Buchdruckereibesitzer nicht wünschten, daß ihr Entgegenkommen bekannt würde. Auffallenderweise erfolgt die Feriengewährung bei den Buchdruckern im Wege des freien Einzelvertrags oder ist sogar reine Wohlfahrtseinrichtung sozialverständiger Arbeitgeber. In den Reichstarif des Buchdruckgewebes ist die Zusicherung von Ferien noch nicht eingedrungen. Deshalb erfolgen auch bisweilen Urlaubsentziehungen, und, während das früher nur äußerst selten vorkam, sind im verflossenen Jahre (1912) neben Neubewilligungen doch auch auffallend viele Entziehungen vorgekommen. Es hängt das mit den neueren Strömungen im Deutschen Buchdruckerverein (Arbeitgeberverband) zusammen, in welchem die sozialgesinnten Elemente nicht mehr so unbedingt wie früher die Oberhand haben; schon bei dem letzten Tarifabschluß (1911) hatte sich das gezeigt, und neben der Gründung eines „Fonds für besondere Zwecke“ hat wohl auch die Entziehung von Urlaub symptomatische Bedeutung: man will zeigen, daß die Bewilligungen des letzten Tarifs die äußersten Zugeständnisse darstellen, ja daß man freiwillige Leistungen jetzt bereits einstellen müsse. Ob diese Strömung dauernd die Oberhand behält, ist einigermaßen fraglich, wenn man auch nicht verkennen darf, daß der bevorstehende Konjunkturrückgang in dieser Richtung manches befürchten läßt.

Auch im Bäckereigewerbe findet sich verhältnismäßig nicht selten Urlaub. Durch Tarifverträge war es am 1. Oktober 1911 für 5753 Beschäftigte in 2251 Betrieben festgesetzt. Hier darf man freilich nicht vergessen, daß der Urlaub zumeist nur eine Entschädigung für Nacht- und Sonntagsarbeit darstellt.

In allen anderen Industrien ist die Urlaubsgewährung erheblich seltener. Durch eine größere Zahl bekannt gewordener Einzelfälle zeichnen sich unter ihnen aus der Bergbau (überall reine Wohlfahrtseinrichtung, bisweilen aber in der Arbeitsordnung gesichert), die Porzellanindustrie (19 Betriebe mit

über 6000 Arbeitern, doch erhalten oft nur Mitglieder einer „gelben“ Unterstützungsvereinigung Ferien), die Militärartikel-Industrie (1907 erhielten 5077 Arbeiter in 10 Betrieben Urlaub), die chemische Industrie (besonders Anilin- und andere Farbwerke, fast immer reine Wohlfahrtseinrichtung), die Textilindustrie (sehr häufig unter ausdrücklichem Ausschluß der Frauen), das Buchbindergewerbe (mindestens für 2388 Personen), die Gummiindustrie und die Konfektion.

Günstiger sind natürlich die Verhältnisse der Staats- und Gemeindearbeiter, unter letzteren besonders der Arbeiter in Gasanstalten; im allgemeinen ist die Urlaubsgewährung hier ganz üblich. Allerdings ist innerhalb der einzelnen Bundesstaaten und Gemeinden die Festsetzung im einzelnen überaus ungleich; bei den Unterbeamten kommt noch eine Mannigfaltigkeit je nach der Dienststellung hinzu, die in dem Erholungsbedürfnis keinerlei, in dem bedauerlichen Abstufungsbedürfnis der Bureaukratie nach Chargen aber wohl ihren einzigen Grund hat.

Nicht weniger unbefriedigend als hinsichtlich der Verbreitung der Urlaubsgewährung sind die Verhältnisse auch hinsichtlich der Dauer der Ferien. Im allgemeinen beträgt diese drei Tage bis eine Woche, so zwar, daß die untere Grenze weit häufiger berührt wird als die obere. Ein längerer Urlaub wird fast nur einzelnen alten und verdienten Arbeitern gewährt. Viele Ärzte stehen auf dem Standpunkt, daß ein Urlaub von weniger als acht Tagen irgendwelchen sozial-hygienischen Nutzen überhaupt nicht besitzt, und, unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, müßte man sagen, daß der deutsche Arbeiterurlaub bisher noch so ziemlich alles zu wünschen übrig läßt. Die Bemühungen der Arbeiterorganisationen werden in den nächsten Jahren sich ganz besonders auf die Verlängerung der Ferien zu richten haben.

Fast allgemein ist das System der Staffelung der Urlaubsdauer je nach der Beschäftigungszeit im Betriebe eingeführt. Die Karenz bis zur ersten Feriengewährung pflegt selten weniger als drei bis fünf Jahre zu betragen. Es kommen aber auch geradezu monströse Karenzen vor (20 und sogar 30 Jahre). Soll durch die Karenzen der Nebenzweck der Seßhaftmachung von Arbeitern verfolgt werden, so wird diese Absicht durch überlange Ausdehnung der Karenz bis zum ersten Urlaub schwerlich, weit besser schon durch eine angemessene Staffelung der Urlaubsdauer erreicht werden. Neben der Staffelung der Feriendauer gibt es auch Staffelungen des Lohnes: bisweilen wird zunächst nur ein Bruchteil und erst später der ganze Lohn gezahlt; selten sind besondere Zuschüsse für die Ferienzeit.

Erheblich günstiger liegen die Urlaubsverhältnisse bei den Privatangestellten. Einzelne Schichten von ihnen haben ganz regelmäßigen und auch einigermaßen ausreichenden Urlaub; so bestehen im Buchhandel und im Bankfach ausgesprochen günstige und auch bei den Anwaltsgehilfen ganz erträgliche Ferienverhältnisse. Eine Umfrage unter den letzteren ergab 1910, daß von 7321 Befragten 6077 Urlaub hatten. Weniger günstig sind die Apothekergehilfen gestellt; in diesem Berufe entsteht für die Kollegen der Beurlaubten zudem auch die Unannehmlichkeit, die ihnen als Ersatz für Nacht- und Sonntagsdienst in der Regel gewährte Freizeit an Nachmittagen und Abenden für die Vertretung der Beurlaubten opfern zu müssen.

Was die übrigen Handlungsgehilfen anlangt, so stellte eine Erhebung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes 1908 fest, daß 66,26 v. H. der von ihm befragten etwa 30 000 Handlungsgehilfen Urlaub erhielten, wobei die Zahl der Urlaub Erhaltenden meist um so größer war, je größer

die Stadt war. Eine Erhebung des Kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte erstreckte sich 1910 auf 1324 Betriebe Groß-Berlins, von denen nicht weniger als 92 v. H. Urlaub gewährten. Der Verband katholischer kaufmännischer Vereine stellte 1911 fest, daß von 67 Städten in sieben der Kleinhandel keinerlei Urlaub gewährte, in fünf auch der Großhandel nicht, während in vier weiteren Städten die Angestellten des Kleinhandels und in zweien auch die des Großhandels zu höchstens 20 v. H. Ferien bekamen. Bereits 1901 hatte außerdem eine amtliche Erhebung über die Arbeitszeit in Kontoren des Handelsgewerbes und nicht mit offenen Verkaufsstellen verbundenen kaufmännischen Betrieben stattgefunden, bei der 13 673 die Frage nach Urlaub beantworteten; 33,8 v. H. der Betriebe gaben regelmäßigen, weitere 6 v. H. auf Wunsch Urlaub. In Großstädten war der Urlaub fast doppelt so verbreitet wie in Landstädten, und zwischen Norddeutschland und Süddeutschland stellte sich ein erstaunlich großer Unterschied zugunsten des Südens heraus.

Gute Urlaubsverhältnisse bestehen in Warenhäusern und Konsumvereinen; 19 v. H. der ersteren geben sogar nach einjähriger Karenz bereits eine Woche, nach zweijähriger zwei und nach dreijähriger drei Wochen Ferien. Bei den Konsumvereinen haben etwa 3000 Angestellte tarifvertraglich sichergestellte Urlaubsverhältnisse.

Weniger günstig als die kaufmännischen Angestellten sind die Techniker gestellt. Der Bund der technisch-industriellen Beamten ermittelte 1907, daß von 3265 Berliner Technikern 23,67 v. H. keinen Urlaub erhielten; von denen, die Ferien bekamen, mußten sich 19,3 v. H. Krankheitstage und 22,48 v. H. militärische Übungen auf die Feriendauer anrechnen lassen. Privatdozent Dr. Günther stellte 1910 fest, daß von 3951 dem Deutschen Technikerverband angehörigen und von ihm befragten Technikern 1312, also 13,18 v. H., überhaupt keinen Urlaub erhielten, während von den übrigen ein Viertel nur bis zu 10 Tagen beurlaubt wurde, und 14 Tage zumeist die Höchstgrenze darstellten. Bei den Werkmeistern findet sich in vielen Industrien kein Urlaub, während allerdings Faktoren und Braumeister regelmäßige Ferien haben. Geradezu trostlos liegen die Urlaubsverhältnisse bei den technischen Schiffsoffizieren.

Alles in allem ist das Bild der Urlaubsgewährung auch im Privatangestelltenstande noch keineswegs befriedigend.

In jeder Industrie und bei allen Arbeitnehmerschichten setzt sich indessen jedenfalls der Urlaubsgedanke merklich durch; selbst für Heimarbeiterinnen hat eine Kölner Firma einen Weg gefunden, sie des Urlaubs teilhaftig werden zu lassen! Überall sind die Erfahrungen mit dem Urlaub auch vom Unternehmerstandpunkt aus vorzüglich gewesen, und die Gewerbeaufsichtsbeamten vollends loben den Segen der Ferien oft in geradezu begeisterten Worten: der Urlaub sei ein Stück billigster und von den Arbeitern am meisten anerkannter sozialer Versöhnungsarbeit, er gebe gesundheitliche Kräftigung, Minderung der durch Überanstrengung hervorgerufenen Unfälle und Erkrankungen, und er sei für die Volkswohlfahrt geradezu eine Notwendigkeit.





## CHRONIK

**M**UTTERSCHAFT: Aus dem Interesse für das Kind erwuchs in mir das Interesse für die Mutter, aus einer ursprünglichen „Kinderrechtlerin“ mußte ich schon vor mehr als einem Jahrzehnt eine „Mutterrechtlerin“ werden, oder vielmehr beides zugleich, denn unumstößlich ward mir die Überzeugung: „Was immer Ihr an der Mutter tut, das habt Ihr dem Kinde getan.“ So beschäftigt mich seit geraumer Zeit der Plan, meinem „Buch vom Kinde“, erschienen bei B. G. Teubner, Leipzig, als unentbehrliches Seitenstück ein Buch von der Mutter zuzugesellen. Im Laufe des letzten Jahres ist das nunmehr vorliegende Sammelwerk \*) entstanden, — ich bin mir bewußt, daß es noch mancherlei Lücken aufweist, aber das Thema von der Mutter ist unerschöpflich! Jeder Tag bringt neue Gesichtspunkte und unsere nie rastende wirtschaftliche und geistige Entwicklung schafft unablässig veränderte Perspektiven für das Problem der Mutterschaft. Ich sage absichtlich das Problem, denn darin liegt die Besonderheit unserer heutigen Auffassung, daß die Mutterschaft ein Problem geworden ist — vielleicht das brennendste der ganzen Frauenbewegung.

„Vor 50 Jahren hätte niemand auf den Gedanken verfallen können über den Begriff der Mütterlichkeit zu schreiben. Groß und stark wie die Sonne und das Meer, so wurde die Mütterlichkeit genannt, eine ebenso gewaltige Naturmacht wie diese, ebenso selbstverständlich und ebenso unerschöpflich.

\*) Mutterschaft, Ein Sammelwerk für die Probleme des Weibes als Mutter. Herausgegeben in Verbindung mit 52 Mitarbeitern von Adele Schreiber. Einleitung von Lily Braun, mit 371 Abbildungen. (Verlag Albert Langen, München.)

. . . Große Dichter, beispielsweise Björnstjerne Björnson, haben erkannt, daß die Mütterlichkeit nicht nur das die Menschheit gebärende mächtige Prinzip ist, sondern daß „alles Schaffen von Mutterart ist“. . . Als die Frauenbewegung um die Mitte des vorigen Jahrhunderts begann und viele die Befürchtung aussprachen, daß die Weiblichkeit darunter leiden könnte, fand man diese Behauptung ebenso unsinnig, wie daß die Sonnenwärme aufhören könnte. Im Gegenteil, damit die Sonne — die Mütterlichkeit — alle Gebiete des Lebens durchdringen könne, wollte man die Befreiung der Frau. Und jetzt? Jetzt sehen wir eine stets fallende Geburtsskala infolge der wachsenden Unlust zur Mutterschaft. Und dies nicht nur bei der von Kindern belasteten Arbeitssklavin, nicht nur bei den faulen Luxusgeschöpfen. Nein, auch die zur Mutterschaft ganz Tauglichen und Würdigen wählen entweder das Zölibat oder höchstens ein, zuweilen gar kein Kind. Und nicht wenige Frauen sind eifrige Anhängerinnen der außerhäuslichen Kindererziehung schon vom zartesten Alter an. . . .

Dies sind Stellen aus dem Aufsatz „Mütterlichkeit“, den Ellen Key zu dem Sammelwerk beigezeichnet hat. Aber, ich möchte die Frage aufwerfen: sollen wir ihren Pessimismus teilen? Ist wirklich ein Rückgang mütterlichen Fühlens, mütterlicher Wärme, eine Abschwächung der Muttersehnsucht zu verzeichnen? Findet nicht vielmehr, im Gegenteil, eine bewußte, notwendige Anpassung der Mütterlichkeit und der Mutterschaft an die veränderten Zeiten statt, und damit ein Aufblühen?“ Eine, die das am frühesten und schärfsten erkannte, Hulda Maurenbrecher, bringt solche Gedanken in ihrem Aufsatz „Die neue Auffassung von Mutterpflicht“ an anderer Stelle des Werkes zum Ausdruck.

„Die neue Jugenderziehung wird zweifellos ein neues Verhältnis der Mutter zu ihren Kindern schaffen. Die

Mutter wird dabei verlieren und gewinnen. Was sie preisgeben muß, ist: 1. die Eitelkeit, daß die Kinder bei ihr, weil sie die Mutter ist, am besten aufgehoben seien. 2. den Irrtum, daß der mütterliche Einfluß auf die Kinder sich nur geltend machen könne, wenn die Kinder den ganzen Tag und jeden Tag um die Mutter seien. Dem mütterlichen Einfluß wird an zeitlicher Ausdehnung genommen, aber an Intensität und Wucht kann er dabei nur gewinnen. 3. die Unbescheidenheit, sich besondere Besitzansprüche an das Kind beizumessen, weil sie es geboren hat. Die Mutter hat durchweg keine Rechte, sondern nur Pflichten an ihre Kinder, einzig aus strengster Pflichterfüllung heraus darf sie mit der Gewißheit sich trösten, daß ihre Kinder ihr freiwillig schenken, was doch nie zu erzwingen ist: die Ehrfurcht vor ihrer echten Mütterlichkeit. . . . Die Persönlichkeit der Mutter muß sich weit über ihr heutiges Hausmuttertum steigern, anders kann sie nicht bestehen vor ihren Kindern. . . . Es muß Sache ihrer Mutterliebe und ihres Mutterwillens sein, sich vor dem strengen Blick der Kinder zu behaupten. . . . Darüber müssen wir uns klar werden, mit dem Eintritt der Frauen in den volkswirtschaftlichen Prozeß der Differentiation der Arbeit ist die alte Tagesfamilie gesprengt, tragen wir mutig ihre Trümmer ab und helfen wir bewußt einer neuen, reicheren, innigeren und würdigeren, kurz sozialen Form ans Licht der Geschichte.“

So ist den verschiedensten Meinungen in dem Sammelwerk Raum gegeben, sofern sie nur im Dienst des ehrlichen Suchens nach einer Lösung all der Konflikte stehen, die eine neue Zeit zugleich mit reicheren Freuden, reicherm Lebensinhalt der Frau gebracht hat. Lily Braun zeigt in ihrer Einleitung, wie gerade in der Mutterschaft die Ströme der bürgerlichen und der proletarischen Frauenbewegung zusammenfließen müssen, Rosa Mayreder rückt in ihrem Essay über „Mutterschaft und doppelte Moral“ die Ächtung der unehelichen Mutterschaft in das Licht psychologischer Motive, die in den tiefsten Wurzeln des Vaterschaftsinteresses verankert sind. In einer ganzen Reihe anderer Abhandlungen erleben

wir das Abbröckeln dieser alten Moral mit, wie sehen die wachsenden Ansätze neuer Sittlichkeitsbegriffe im Hinblick auf die Mutterschaft, das Werden eines veränderten Frauenideals beim Manne, ausgehend von einer veränderten Erziehung beider Geschlechter, einer Erziehung, die schon früh im Dienste der künftigen Rassenaufgaben stehen muß und die Dr. Hedwig Bleuler-Waser und Dr. Julian Marcuse eindringlich — schildern. Mitarbeiter aus den verschiedensten Kulturländern zeigen (Charles Drysdale, Julius Ofner, Rosika Schwimmer, Anna Wicksell, Gertrud Woker, Alfred Manes, Henriette Fürth, Alfons Fischer u. a.), wie sich allmählich die Stellung der Frau und Mutter aus schwerem Druck emporrichtet, wie allenthalben gleichzeitig mit dem geistigen und wirtschaftlichen Voranschreiten des weiblichen Geschlechts, unter dem Druck weiblicher Mitarbeit am öffentlichen Leben, die Gesetze anfangen, den wirtschaftlichen Notwendigkeiten nachzuhinken. Bessere Rechtsnormen für eheliche und uneheliche Mütter, Arbeiterinnenschutz obligatorische Mutterschaftsversicherung, wachsende Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen, Bekämpfung der Kindersterblichkeit durch Schutz der Mutter, sind unverkennbare Richtungslinien der Entwicklung und stehen allenthalben in direktem Verhältnis zu der allgemeinen Wertung der Frau. Wir sehen aber auch, wieviel noch überall zu fordern ist, sowohl im Recht wie in der sozialen Fürsorge, in der Mutterschulung und in der öffentlichen Auffassung. Die Unterstützung von 52 Mitarbeitern gestattete mir ein umfangreiches, wertvolles Material zusammenzutragen. Mögen die Leser aus den verschiedenartigen Meinungen Berufener ihre eigene Ansicht ableiten, mögen sie aus dem Rückblick in die Vergangenheit, dem Tiefblick in die Abgründe der Gegen-



wart, dem Vergleich der Stellung der Mutter im Entwicklungsleben der Völker, in der Religion, in der Dichtung und in der Kunst mit den tragischen oder unsagbar mühseligen, alltagsgrauen Wirklichkeiten den richtigen Ausblick in die Zukunft gewinnen. Das Werk will durch reichen Tatsacheninhalt, durch juristische, statistische, medizinische, soziale Aufsätze (z. B. von Prof. Eulenburg, Prof. Flesch, Prof. Weygandt, Prof. Kohler, Prof. Silbergleit, Dr. Waldstein usw.) ein Handbuch für jene sein, die sich ernsthaft mit der Frage der Mutterschaft beschäftigen, ein Ratgeber für Frauen und Männer, die, in unserer Zeit verantwortlicher Fortpflanzung, Antwort auf viele Fragen auch ihres persönlichen Lebens suchen. Es bietet aber zugleich nicht nur eine Sammlung feinsinniger Essays aus der Feder von Frauen wie Hedwig Dohm, Anselma Heine, Bertha von Suttner, Marie Stritt, von Männern wie Maurenbrecher, Müller-Lyer, Krauss, Paul Bartels usw., sondern, Dank dem Entgegenkommen des Langenschen Verlages, eine bildliche Darstellung der Mutterschaft in kunst- und kulturgeschichtlicher Beziehung, die in nahezu 400 Reproduktionen Kunde gibt von der Unerschöpflichkeit des Themas Mutter und Kind. Die Auffassung aller Zeiten und Länder, der größten Künstler des Mittelalters und der Moderne sind wiedergegeben, in zwei besonderen Abschnitten „Die Mutter in der bildenden Kunst“ und „Die Mutter in der Karrikatur“ ist auch im Text ausführlich auf den vieltausendfältigen künstlerischen Vorwurf der Mutterschaft eingegangen.

Das Sammelwerk „Mutterschaft“ will den Suchenden ein Helfer sein, freilich ein Helfer, der sich nicht anmaßt, Lösungen zu bringen, sondern Vorschläge, nicht Dogmen, sondern Anregungen.

*Adele Schreiber.*

#### **Grundriß der sozialen Hygiene \*):**

Die sozialhygienische Forschung und Betätigung haben in den letzten Jahren einen so großen Umfang angenommen, daß es wohl an der Zeit sein dürfte, einmal das Wichtigste auf diesem Gebiet zusammenzufassen und systematisch zu gruppieren. Diese Aufgabe hat sich der „Grundriß“ gestellt. Obwohl es an Bausteinen zu einem solchen System wahrlich nicht mangelte, so mußte der Verfasser dennoch erst mancherlei an Material hinzutragen, um an dem Gebäude wesentliche Lücken zu vermeiden.

Zunächst war es wichtig, einen soliden Untergrund, eine klare und umfassende Definition, zu schaffen. Der Verfasser erklärt den Begriff folgendermaßen: „Die soziale Hygiene ist die Wissenschaft von den Beziehungen zwischen den gesundheitlichen und den sozialen Verhältnissen der örtlich, zeitlich und gesellschaftlich zusammenhängenden oder sonst praktisch zusammenfaßbaren Individuen und deren Nachkommen; sie ist zugleich ein praktisches Betätigungsfeld, indem sie den jeweils gegebenen Umständen entsprechende Forderungen zur Erhaltung und Vermehrung der Gesundheit von den genannten Bevölkerungsgruppen aufstellt und zu verwirklichen sucht.“

Auf die Erörterung über die Begriffsdeutung folgen dann eine Darstellung der von der sozialen Hygiene benutzten Methoden und eine kurze geschichtliche Übersicht. Der zweite Teil ist den Faktoren des sozialen Gesundheitswesens gewidmet; dies sind: die Vorgänge bei der Bevölkerungsbewegung, die Arbeitsverhältnisse, das Nahrungs-, Wohnungs- und Kleidungswesen, das Volksbadewesen, die Maßnahmen für die Erholung und die mit der Fortpflanzung verbundenen Erscheinungen.

\*) Alfons Fischer: „Grundriß der Sozialen Hygiene“; Verlag von Julius Springer, Berlin 1913.



Im dritten Teil werden die sozialhygienischen Zustände bei den einzelnen Alters- und Personenklassen (Mütter, Säuglinge, Kinder im Spielalter, Schulkinder, Jugendliche, Gestellungspflichtige und Soldaten sowie Arbeiter, Heimarbeiter, Dienstboten, Handelsangestellte, Beamte) geschildert. Der vierte Teil befaßt sich mit den Beziehungen der wirtschaftlichen Verhältnisse zu den einzelnen Krankheitsarten (Tuberkulose, Nerven- und Geisteskrankheiten, Geschlechtskrankheiten, Alkoholismus, gewerbliche Krankheiten, Krebs usw.).

Der Schlußteil, der eine Übersicht über die allgemeinen sozialhygienischen Maßnahmen bietet, enthält folgende Kapitel: 1. Maßnahmen zur Kräftigung der Gesundheit, 2. Maßnahmen zur Verhütung von Krankheiten, 3. Maßnahmen zur Behandlung von Krankheiten, 4. Maßnahmen zur Verhütung der Invalidität und Fürsorge für Invalide, 5. Fürsorge für Greise und 6. Fürsorge für Arme.

*Dr. med. Alfons Fischer,*  
Karlsruhe.



**Alkoholverbot in Fabriken:** Immer mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß auch geringe Mengen von Alkohol geeignet sind, die Klarheit des Denkens zu beeinträchtigen

und so während der Arbeit unter Umständen Unfälle hervorzurufen. Bei besonders verantwortungsvollen Posten (Lokomotivführern, Chauffeuren usw.) fordert man daher grundsätzlich volle Enthaltung von alkoholischen Getränken vor Aufnahme des Dienstes und während desselben. Es erscheint daher im Interesse der Unfallverhütung dringend erwünscht, das Biertrinken während der Arbeitszeit in den Betrieben allgemein abzuschaffen. Die Weltfirma Krupp in Essen hat dies bereits getan und in ihren Gußstahlfabriken das Einbringen und Trinken von Bier gänzlich untersagt. Eine deutsche Berufsgenossenschaft empfiehlt die Einführung der Milch auf der Arbeitsstätte. In vielen norddeutschen Fabriken wird gegen geringes Entgelt Kaffee während den Pausen verabreicht. In der Schweiz hat die Schuhfabrik Bally in Schönenwerd einen gut organisierten Milchausschank. Täglich werden dort etwa 500 Liter gekochte Milch zum Selbstkostenpreis an Arbeiter abgegeben. Die bekannte Maschinenfabrik Firma Gebr. Sulzer in Winterthur liefert Tee und macht damit die besten Erfahrungen. Mögen diese dem Berner „Bund“ entnommenen Mitteilungen dazu Veranlassung geben, daß das Alkoholverbot während der Arbeitszeit in recht vielen Betrieben eingeführt werde.

*Dr. J. M.*



# RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROFESSOR DR. R. BRODA-PARIS

---

## DIE KULTURAUFGABEN DES JAHRHUNDERTS.

### I. Das Alkoholproblem und seine Lösung.



WOLLTE man eine statistische Aufstellung all der Fälle individuellen Leidens und Verderbens auf Erden veranstalten, bei all den Familien, die verwahrlosen und verelenden, den Ursachen dieser Zersetzung nachforschen, so würde man zweifelsohne in der Mehrheit der Fälle die Trunksucht des Familienoberhauptes als wichtigste Ursache des Niederganges nachweisen können.

So schwer auch niedrige Löhne und hohe Arbeitszeiten an sich auf den Proletariatsmassen lasten, eine gewisse Anpassung der seelischen Stimmungen an die äußeren Daseinsbedingungen hat sich doch überwiegend vollzogen, ein gewisses Gleichgewicht hergestellt; soviel Möglichkeiten von Glück und Kultur auch noch fehlen und einer anderen sozialen Epoche als befruchtender Energie warten mögen, der direkte Schmerz kommt doch wohl weniger von diesen allgemeinen, sich gleichbleibenden Faktoren – als vom Zwischenfall, der Regel und Anpassung durchbricht.

Einerseits kann er in Erkrankung liegen, und das ist ja mit in gleicher Reihe wie die großen kollektiven Faktoren des Elends: Seuche, Krieg, Hungersnot, der klassische Fall der Vergangenheit gewesen. Heute kann man sagen, daß die epidemischen Krankheiten der medizinischen Wissenschaft unterlegen sind, daß sie in den großen Kulturstaaten keine der Pest vergangener Jahrhunderte irgendwie vergleichbare Rolle spielen, daß die Hungersnot als Folge schlechter Ernte sich wohl noch in Indien und Rußland zeigen mag, in Westeuropa jedoch verschwunden ist, daß selbst die Kriege wesentlich seltener geworden sind, im Leben der einzelnen nicht mehr eine so regelmäßige Störung hervorrufen wie einst.

Krankheiten gibt es naturgemäß heute wie früher, aber die sozialen Versicherungen sowie die unentgeltliche Krankenhausbehandlung haben ihnen in den Augen der Armen die bittersten Schrecken genommen; die typische Tragödie von ehemals, die Hütte, in welcher der Todkranke und seine Angehörigen vom Hunger gemartert werden, ist kein Bild von heute mehr.

Nur ein größerer Elendsfaktor ist geblieben, nur er hat den Kreis seiner Verheerungsmöglichkeiten geweitet: der Alkoholismus.

Jeder Beobachter des Arbeiterlebens kann aus seiner persönlichen Erfahrung die Beweismomente dafür anführen. Wer diesen Lebenslinien fernersteht, mag sie im Spiegel der Kunst, in den naturalistischen Romanen Zolas studieren; er wird darin finden, daß der Dichter in seinem Bestreben, ein unmittelbares, wahrheitsgemäßes Bild des Lebens zu entwerfen, stets wieder die Trunksucht des Vaters als entscheidungsvolles Moment des Niederganges und der Auflösung der Familien hervorgehoben hat.

Die Trunksucht bringt aber nicht bloß Leid, zerstört nicht nur jenen bescheidenen Sonnenschein, der so häufig auch über dem Leben der Gatten, der Eltern und Kinder in den niedrigsten Hütten, in denen der Geist ruhiger Arbeit nicht der alkoholischen Verwüstung hat weichen müssen, ruhte, sondern sie zerstört auch die Keime seelischer und geistiger Kultur. Die feineren Empfindungen, die zwischen den Mitgliedern des Arbeiterhaushaltes aufkeimen mögen, werden durch den Alkoholismus ertötet; das Bildungsbestreben, das dem modernen Proletariat einen so schönen Ruhmestitel verleiht, gedeiht nur bei den Nüchternen. Die Freude an den höheren geistigen Genüssen, an Theater und Kunst, an öffentlichem Leben und Vereinen, ja selbst am Sport, wird zugleich mit all den körperlichen und geistigen Kräften durch die zur Gewohnheit werdende Trunkenheit vernichtet.

All dies ist bekannt, und bedarf es ja bloß eines Hinweises, keines Beweises.

Forschungen der letzten Jahrzehnte haben jedoch, was früheren Generationen nicht in dieser Weise bewußt war, aufgedeckt, daß nicht nur der Trunksüchtige selbst degeneriert, sondern auch seine Kinder als Degenerierte zur Welt kommen, daß sie jedweder Krankheit gegenüber weit empfänglicher als die Kinder nüchterner Eltern sind, daß ein erschreckend hoher Prozentsatz derselben wieder der Trunksucht oder aber der Tuberkulose, der sittlichen Verwahrlosung, dem Idiotismus und Verbrechen anheimfällt. Die Trunksucht gehört somit zu den entscheidungsvollsten Faktoren, welche der Höherzüchtung der Rasse entgegenarbeiten, welche somit vom Gesichtspunkte aus, daß die Selbstvervollkommnung der menschlichen Rasse ihren höchsten sittlichen Imperativ bilde, auf das allerschärfste bekämpft werden muß.

Andere Forschungen und Statistiken wieder haben nachgewiesen, daß der Alkoholismus einen großen Teil aller Verbrechen verschuldet, daß Prostitution und Zuhältertum ohne die Massenerscheinung des Alkoholismus nur in unvergleichlich bescheideneren Formen als heute existieren könnten. Die vergleichenden Statistiken, in Ländern, in denen der Alkoholausschank in gewissen Bezirken gestattet, in anderen untersagt ist, wie in Neuseeland, haben dieses Verhältnis von Ursache und Wirkung zahlenmäßig in ganz klarer Weise erkennen lassen \*).

Im Lichte all dieser Gesichtspunkte, denen noch viele andere zur Seite gestellt werden könnten, muß die Alkoholverseuchung als die schwerste aller Volkskrankheiten, welche die breiten Massen bedrohen, erkannt werden, und damit erhebt sich für den Freund der physischen und geistigen Volksgesundheit die Frage: Was kann, was soll, was muß geschehen, um diese Krankheit zu heilen? — Die üblichste Antwort auf diese Frage lautet: „Der Trunksucht gegenüber muß die Mäßigkeit im Alkoholgenuß, die Selbstdisziplin des einzelnen gepredigt werden.“ Wenige Irrtümer der sozialen Wissenschaft sind menschlich entschuldbarer, ja sympathischer, wenige aber auch sind verhängnisvoller als dieser — aus einem Grunde, der so einfach ist, daß man sich fast wundern muß, ihn wiederholen zu sollen: Die Predigt der Mäßigkeit, mag sie nun von der Kanzel aus gehalten werden (was noch am wirksamsten ist), mag sie von der Tribüne eines Vereins, mag sie von einer wohlmeinenden Schrift ausgehen, wird nur in den allerseltensten Fällen jene Personen erreichen, die der Trunksucht anheimgefallen sind; denn diese

\*) Siehe die Statistiken im Aufsatz von Sir Robert Stout, Lord-Oberrichter von Neuseeland, auf Seite 8 dieses Heftes.



Entarteten gehen selten in die Kirche und noch viel weniger in humanitäre Vereine, noch denken sie daran, deren aufklärende Schriften zu lesen. Man mag einwenden: Die bereits der Trunksucht Verfallenen sind aufzugeben, aber durch entsprechende Aufklärung kann man die anderen davon abhalten, in den gleichen Abgrund zu sinken. Gewiß, in bescheidenem Grade; einige wenige Personen, welche mangels entsprechender Aufklärung Trunkenbolde geworden wären, mögen durch die sonntägliche Predigt in ihrer Selbstsucht hinreichend gestärkt werden, um dem Übel zu entgehen. Es werden dies aber nur ganz wenige sein, denn ins solange der einzelne nicht der Trunksucht verfallen ist, nimmt er an der ganzen Frage nur geringes Interesse, meint, daß die Predigt gar nicht für ihn bestimmt sei; im konkreten Falle sagt er sich, daß er ja doch nur einige wenige Glas Bier oder Branntwein trinke, und daß er darum noch kein Trinker sei; allmählich verfällt er der Leidenschaft, ohne daß er sich am Wendepunkt noch irgendwie an theoretische Mahnungen zu erinnern vermöchte.

Wirksamer bereits ist die Schulunterweisung über die Gefahren des Alkoholismus, weil sich das Kind so Grundsätze einprägt, die zu Instinkten werden können; allzu oft jedoch werden diese sich gegenüber den Versuchungen des späteren Lebens nicht als stark genug erweisen.

Damit soll nicht gesagt werden, daß die Predigt gegen den Alkoholismus, vor allem der beharrliche Kreuzzug, der von den Kanzeln aller protestantischen Kirchen Englands, Amerikas und Australiens gegen das Alkoholübel als schlimmste Quelle aller Versuchung und aller Immoral geführt wird, ganz vergeblich wäre. Es ist in der Tat wertvoll, ja unentbehrlich, daß diejenigen Personenkreise, die vermöge ihrer gesellschaftlichen und sittlichen Stellung an und für sich auch ohne die gegen den Alkoholismus gerichtete Predigt demselben gewiß nicht verfallen würden, aus dem Indifferentismus gegenüber dem Laster und Leid ihrer Mitmenschen herausgehoben und zu bewußter Abwehr der Trunksucht, zu planmäßigem Kampf gegen dieselbe erzogen werden. Nur darf man nicht meinen, daß die individuelle Einwirkung auf den einzelnen, den man gegen die Trunksucht feien will, Selbstzweck sei; man muß sich vor Augen halten, daß damit nur kampffähige Massen zusammengeballt werden, welche dann gegenüber den von der Trunksucht wahrhaft Bedrohten einschreiten können, und zwar nicht mehr mit Mitteln der Überredung, die ihnen gegenüber wirkungslos wären, sondern mit den Mitteln der Staatsgewalt. Der Rechtstitel dafür gibt es viele: Nicht nur der Trunksüchtige selbst verfällt in Elend und Not, und das Argument, daß der Staat sehr wohl berufen sei, auch den einzelnen gegen die Folgen seiner eigenen Verblendung zu schützen, ist gar nicht unentbehrlich; auch die schuldlose Frau des Trunksüchtigen versinkt in Verzweiflung, seine Kinder werden aus gesichertem Heim auf die Straße hinausgetrieben, den Versuchungen von Laster, Verbrechen und Prostitution ausgeliefert, ja, die Neugeborenen erben bereits die Veranlagung zur physischen und geistigen Degeneration. Im Namen dieser Unschuldigen, im Namen der künftigen Generation, im Namen seiner eigenen Zukunft hat darum der Staat das Recht und die Pflicht, einzuschreiten.

Genügt es in diesem Kampfe, Mäßigkeit zu fordern? Wäre sie als solche hinreichend scharf zu erfassen, könnte sie erzwungen werden, so würde dies vielleicht genügen und einen entsprechenden Mittelweg zwischen den Gesichtspunkten des gesellschaftlichen Wohles und der individuellen Freiheit darstellen. Dort, wo eine ins einzelne gehende Überwachung mög-

lich ist, so bei der Einflußnahme des Vaters auf seine Kinder, mag es in der Tat hinreichend sein, daß er denselben ein genau vorgeschriebenes Quantum alkoholischer Getränke gestattet, jedes Mehr aber versagt. Viele Forscher wenden demgegenüber ein, daß auch kleinste Alkoholmengen bereits nachweisbare Schädigung der körperlichen und geistigen Kräfte des Menschen mit sich bringen. Prof. Lehtonen in Helsingfors, Prof. Forel in Yverne haben scharfsinnige Untersuchungen hierüber veröffentlicht, und in der Tat zeigt ja das Beispiel der Personen, welche sich für irgendwelche sportlichen Leistungen trainieren und sich in diesem Falle immer des Alkoholgenusses enthalten, daß sie sich auf Grund ihrer unmittelbaren Erfahrung sehr wohl der Schwächung der Kräfte durch den Alkohol bewußt sind. In der Tat scheint es ja klar bewiesen, daß die augenblickliche Anstachelung der körperlichen und geistigen Kräfte durch den Alkohol stets mit einer umso nachhaltigeren Erschlaffung derselben erkaufte wird; aber es mag zugegeben werden, daß hier nur ein strittiges wissenschaftliches Problem vorliegt, und daß den Schädigungen des Alkoholismus, die ja bei beschränkten Mengen nicht sehr weitgehende sind, individuelle Genüsse gegenüberstehen, und daß ein eigentlicher Wertmaßstab, um die einen mit den anderen zu vergleichen, fehlt. Auf all dies haben die Verteidiger des mäßigen Alkoholgenusses immer wieder hingewiesen, sie haben jedoch übersehen, daß das Kernproblem gar nicht in der Frage der Schädigung der Nüchternen durch geringen Alkoholkonsum liege, sondern in der sozialen Erscheinung der Trunksucht, und daß dieses soziale Übel nicht wirksam bekämpft werden kann, solange man den Alkoholkonsum in bescheidenem Ausmaß zuläßt.

Gewiß ist in den Gesetzgebungen der meisten Staaten vorgesehen, daß man dem bereits Trunkenen keine weiteren alkoholischen Getränke verabreichen darf. Würde dieser Gesichtspunkt erzwingbar sein, so dürfte es ja überhaupt keine schweren Trunksuchtsfälle geben; die tägliche Erfahrung jedoch beweist das Gegenteil. Das individuelle Interesse des Ausschenkenden an der Erweiterung seines Absatzes, sein Bewußtsein, daß gerade der schon Trunkene der allersicherste Konsument eines reichlichen „Nachgusses“ sei, die Schwierigkeit der Kontrolle und Überwachung endlich machen diese Maßregel illusorisch.

In Wahrheit kann der Staat nur dann wirksam eingreifen, wenn er den Alkohol — was im übrigen durchaus der Logik entspricht — den anderen Giften gleichstellt und seinen Verkauf nur in ganz speziellen Fällen auf Grund ärztlicher Anordnung gestattet. Das Alkoholverbot, wie es in Finnland und Island, Nordamerika und Neuseeland ganz oder teilweise durchgeführt ist, bildet die einzige vollständige Lösung der Frage.

Trotzdem soll ohne weiteres eingeräumt werden, daß dieser Gedanke weiten Schichten noch utopisch erscheint und sich in Europa nur in schwersten Kämpfen durchsetzen ließe. Immer wieder würde ihm entgegengehalten werden: „Wir wollen uns gar nicht betrinken, wir sind gar keine Trunksüchtigen, aber um andere vor einem Übel, vor dem sie sich nicht selbst zu bewahren verstehen, zu schützen, wollen wir uns nicht die unschuldige Freude an unserem Glase Bier (Wein, Likör, Absinth) nehmen lassen.“ Im wesentlichen ist es also ein Argument des Egoismus, welches dem sozialen Gesichtspunkt entgegengehalten wird. Die Zahl derer, die den Gesichtspunkt der Rassenzukunft über den Gesichtspunkt persönlichen Vergnügens stellen, ist heute wohl noch allzu klein, um in den Großstaaten Europas den Kampf aufzunehmen, welchen die Avantgardevölker bereits siegreich beendet haben.

Vom taktischen Standpunkt muß darum und wird zweifelsohne ein Weg der Etappen eingeschlagen werden, für den sich wieder zwei Möglichkeiten öffnen, erstens die allmähliche Verminderung der Ausschankgelegenheiten und zweitens das Verbot zunächst der besonders schädlichen alkoholischen Gifte (Absinth), dann des Branntweins, während die Frage der minder schädlichen Getränke geringeren Alkoholgehalts (Wein und Bier) einer späteren Zukunft überlassen bleibt. Untersuchen wir zunächst, wo und wie sich die erstere Methode der Verminderung der Schenken bewährt hat.

In Deutschland und Österreich hat man bereits einen ersten Schritt in dieser Richtung getan, indem die Konzessionierung von Alkoholschenken von der Frage des Bedürfnisses abhängig gemacht und einer bedeutenden Steuer unterworfen wird; die schrankenlose Vermehrung der Versuchungen für den Trunk wird damit in gewissem Grade gehemmt. In Frankreich wurde eben diese Maßregel vor kurzem in der Deputiertenkammer beantragt, jedoch mit starker Mehrheit abgelehnt. Hier bleibt auch der erste Schritt noch zu tun.

In England ist man bereits weiter vorgeschritten. Der wahrhaft unermüdliche Kampf der protestantischen Prediger hat große Massen zu zielbewußtem Kampf gegen den Alkoholismus zusammengefaßt, und die liberale Regierung hat bekanntlich vor einigen Jahren im Parlament ein Gesetz annehmen lassen, welches in mehreren Etappen bis zur Berechtigung der Gemeinden, durch Mehrheitsbeschluß alle Alkoholschenken in ihrem Bezirk zu schließen, hätte führen sollen. Das Oberhaus, das zu jedem Zeitpunkte noch sein absolutes Veto besaß, hat das Gesetz zum Scheitern gebracht, aber es ist wohl nur eine Frage der Zeit, daß die Regierung es in neuer Form wieder einbringen werde, und nunmehr, da das Oberhaus seines absoluten Vetos entkleidet ist, wird der Durchsetzung der Maßregel nichts Wesentliches mehr im Wege stehen.

In Schweden und Norwegen hat man vermöge einer anderen Methode sich gleichem Ziel zu nähern versucht; man hat den Alkoholausschank zum Staatsmonopol erklärt und ihn ausschließlich (im Sinne des „Gothenburger Systems“) gemeinnützigen Gesellschaften übertragen, welche keinerlei Gewinninteresse besitzen und nur ganz wenige Ausschankstellen unterhalten. Gerade dieser letztere Gesichtspunkt ist von sehr großem Wert, ist für die Verminderung der Trunksucht als statistisch erfaßbare Massenerscheinung weit wichtiger als Ermahnung und Überredung. Sehr viel Arbeiter in Zentraleuropa gehen nämlich, wenn der Feierabend angebrochen ist, in die nahegelegene, mühelos erreichbare Schenke, um noch ein wenig mit Bekannten zu plaudern und, ohne es eigentlich zu wollen, machen sie allmählich den Alkohol zum Mittelpunkt der Unterhaltung und enden ihren Abend in der Gosse. Ist in unmittelbarer Nähe der Arbeitsstätte keine Ausschankgelegenheit vorhanden, so vertagt man den Besuch auf eine bequemere Gelegenheit; ist die Ausschankstelle eine Stunde weit entfernt, nur mit Mühe oder Kosten zu erreichen, nimmt man sogar mit dem alkoholfreien Café oder Gasthaus quer über der Straße vorlieb, geht ins Gewerkschaftshaus, ins Kinematheater oder — nach Hause. Tatsächlich hat sich in Norwegen, in Neuseeland, in Finnland statistisch nachweisen lassen, daß mit der zahlenmäßigen Verminderung der Ausschankstellen auch die Trunksucht sehr wesentlich zurückgegangen ist.

In Ländern des Gothenburger Systems kommt dann noch hinzu, daß die Verkäufer nicht bloß vom Gesetz dazu angehalten werden, dem Trunkenen



weiteren Trunk zu versagen, was, wie oben ausgeführt, ergebnislos zu bleiben pflegt, sondern daß sie selbst keinerlei Gewinninteresse an dem Umfang ihres Ausschanks besitzen. Der Verkäufer selbst erhält seinen Tagelohn unabhängig von den Mengen, die er verkauft, ebenso der Leiter des Hauses, die Gewinne müssen von den Gesellschaften an die Städte resp. Krankenhäuser, Stiftungen für Volkswohnungen usw. abgeführt werden. Diese Summen, so wohlthätig sie auch verwendet werden mögen, zu vergrößern, hat niemand ein egoistisches Interesse, und darum wird das Geschäft vom kaufmännischen Standpunkte aus überaus schlapp, ohne jeden Eifer geführt. Niemand wird angelockt, in die Schenkstuben zu kommen; nur wer ausdrücklich zu trinken verlangt, bekommt das Verlangte, aber nur unter der Voraussetzung, daß er noch nüchtern ist und das gesetzlich vom Alkoholgenuß ausgeschlossene Jugendalter überschritten hat. So ist tatsächlich das Geschäft seit Übernahme durch die sogenannten „Samlags“ stark zurückgegangen; der Alkoholkonsum und damit die Trunksucht haben sich wesentlich vermindert.

Weiter noch geht das Gemeindebestimmungsrecht, wie es in Norwegen, Finnland und Neuseeland eingeführt ist. Es besteht darin, daß die Bewohner (zumeist auch die Bewohnerinnen, da ja der erfolgreiche Kampf gegen den Alkoholismus stets auf die Frauen als wirksamste Helferinnen, weil unglücklichste Opfer, zu rechnen hat) jeder Gemeinde in regelmäßigen Zwischenräumen Volksabstimmungen zu veranstalten haben und in denselben entscheiden, ob 1. die Zahl der Ausschankstellen zu vermehren oder zu vermindern und 2. der Ausschank alkoholischer Getränke für eine Reihe von Jahren gänzlich zu untersagen resp. alle bestehenden Lizenzen zu unterdrücken seien. Speziell in Neuseeland hat unter dem Einfluß des Frauenstimmrechts ein Bezirk nach dem anderen sich für das absolute Alkoholverbot ausgesprochen \*). War damit auch die Möglichkeit, sich Alkohol aus benachbarten Bezirken, in denen der Ausschank noch freistand, zu besorgen, nicht ganz abgeschnitten, so trat eben doch der oben erwähnte Trägheitsgrundsatz in seine Rechte. Derselbe Arbeiter, der sich gerne in einer unweit seiner Arbeitsstätte gelegenen Schankstube mit seinen Kameraden vergnügt und vielleicht betrunken hätte, war nicht geneigt, sich in planvoll überlegter Weise und gegen erhöhte Kosten einen Vorrat von Flaschen aus der entlegenen Stadt kommen zu lassen. Der Alkoholkonsum ist auf ein Minimum zurückgegangen und mit ihm hat sich die Kriminalität sehr wesentlich vermindert \*\*).

Der Schreiber dieser Zeilen konnte selbst im Jahre 1906 in Invercargill in Neuseeland beobachten, wie die Einführung des Alkoholverbots in der genannten Stadt im Verlaufe weniger Tage den Umfang der Gesetzesübertretungen und Exzesse jeder Art um ein sehr Wesentliches reduzierte und wie die lokalen Zeitungen mit einer gewissen Bonhommie schreiben konnten, der Bezirk von Invercargill sei von einem neuartigen Phänomen der Arbeitslosigkeit bedroht, weil die Polizeileute, die ehemals mit der Einbringung der Alkoholexzeden beschäftigt waren, nun nichts mehr zu tun, die Richter nur einen Bruchteil der früher vorgeführten Subjekte abzuurteilen und die Wächter der Arreste nur mehr einen kleinen Bruchteil ihrer früheren Schützlinge zu bewachen hätten.

Mit dem Wegfall der Trunksucht selbst mußten ferner all die am Eingang des Aufsatzes geschilderten Folgewirkungen (Verelendung und Zersetzung

\*) Siehe Artikel von Sir Rob. Stout auf Seite 8 dieser Nummer.

\*\*) Siehe gleichfalls die Nachweise von Sir Robert Stout in dieser Nummer.

der Familien, Beschmutzung ihres Seelenlebens, Gefährdung der Nachkommenschaft) wegfallen. Wenn speziell die Finnländer, Norweger und Neuseeländer heute zu den sittlich reinsten, aufrechtsten, stolzesten Völkern der Erde gehören, so geht dies gewiß auch in wesentlicher Linie auf die Freiheit von der relativen Alkoholbeschmutzung zurück.

Trotzdem läßt ja das Gemeindebestimmungsrecht, wie oben bemerkt, an sich die Möglichkeit bestehen, sich Alkohol von anderen Bezirken zu verschaffen. In Neuseeland hat diese Möglichkeit nicht sehr viel Schaden angerichtet, weil das Gesetz wohl den individuellen Ankauf des Alkohols duldete, jedoch irgendwelche kollektiven Unternehmungen, irgendwelche Umgehungen des Gesetzes durch Eröffnung geheimer Ausschankstellen unerbittlich unterdrückte. In Amerika, dem klassischen Gebiete des partiellen Alkoholverbots, aus dem Gegner und Freunde immer wieder ihre Argumente zu holen pflegen, lag die Sache anders. Einerseits wurde dort nicht sowohl das eigentliche Gemeindebestimmungsrecht, sondern durch entsprechende Volksabstimmungen in einer ganzen Reihe von Staatsgebieten das Alkoholverbot eingeführt, in Gebietsteilen, die von mehreren hunderttausend Menschen bewohnt waren und häufig 10 000, ja hunderttausende von Quadratkilometern umfassen; trotzdem ist der Gewinntrieb in Amerika so ausgebildet, daß sich den gesetzlichen Bestimmungen zum Trotz zahlreiche Personen fanden, welche durch die steigenden Alkoholpreise resp. die Bereitwilligkeit des Publikums, für die schwer erlangbare Ware höhere Preise als im Nachbarstaat mit unbeschränktem Ausschank zu zahlen, angelockt, den Import alkoholischer Getränke gewerbsmäßig betrieben und in Klubs, Apotheken und geheimen Ausschankstellen Mittel und Wege fanden, dieselben ans Publikum abzusetzen. Möglich war dies natürlich nur infolge der weitverbreiteten Bestechlichkeit der amerikanischen Polizeiorgane, die ja auch die vom Gesetze verbotenen Spielhöllen, Bordelle usw. gegen entsprechende monatliche Leistungen seitens der Inhaber dieser zweifelhaften Orte zu dulden pflegen \*). So wurde das Gesetz vielfach umgangen und die Trunksucht nur in bescheidenem Maße zurückgedrängt. Auch konnten sich die günstigen Folgewirkungen der Länder mit einschneidendem Alkoholverbot nur vermindert einstellen.

Trotzdem hat sich auch in manchen Staaten Amerikas, in denen das Alkoholverbot von einer lebhafteren Volksstimmung getragen und nur einigermaßen wirksam durchgeführt wurde, sein segensreicher Einfluß gezeigt \*\*). Es ist eben einfach eine Frage leistungsfähiger oder leistungsunfähiger Verwaltungen geworden. In Europa, wo Korruption im amerikanischen Umfange wohl nur auf russischem Boden besteht, in Westeuropa jedoch unbekannt ist, würde mit diesem Hemmnis nicht zu rechnen sein.

Bis zum absoluten Alkoholverbot ist das ferne Island im nordischen Meere gegangen, dort hat das Parlament vor mehreren Jahren das absolute Alkoholverbot beschlossen und seine Durchführung begegnete keinen Schwierigkeiten, da sich die Grenze des Verbotsgebietes mit den Grenzen des Zollgebietes deckte, die Zollorgane selbst somit den Alkoholimport verhindern konnten, während eben in Amerika die einzelnen Staatsgebiete in einem gemeinsamen Zollverband stehen, der Import von einem Staat in den anderen daher in keiner Weise gehemmt werden konnte.

\*) Ein grelles Schlaglicht hierauf warf der jüngste New-Yorker Prozess vom Polizeilieutenant, der einen Spielhöllenbesitzer ermordete, von dem er Geld zu erpressen pflegte.

\*\*) Siehe den Aufsatz über das Alkoholverbot im Staate Arkansas in der Januarnummer 1912.

In Finnland besteht seit mehreren Jahrzehnten das Verbot des Branntweinausschanks auf dem platten Lande \*), und segensreiche Wirkungen sind damit Hand in Hand gegangen. Das weitgehende Verbot der Einfuhr, der Fabrikation und des Ausschanks sämtlicher alkoholischer Getränke, wie es vom Landtage zweimal mit großer Mehrheit beschlossen war, ist jedoch vom Zaren nicht gutgeheißen worden; immerhin zeugen die beiden Beschlüsse vom ernststen Willen eines ernststen Volkes, das schwere Übel durch eine großzügige Tat zu bekämpfen.

In Neuseeland besteht seit einigen Jahren ein Staatsgesetz, demzufolge das allgemeine Alkoholverbot von dem Tage an in Kraft zu treten haben wird, an dem die im Sinne des Gemeindebestimmungsrechts regelmäßig vorgenommenen Bezirksabstimmungen im ganzen Lande eine Dreifünftelmehrheit zugunsten des völligen Alkoholverbots ergeben werden. Bei der letzten Abstimmung hat sich wohl die einfache, jedoch noch nicht die geforderte Majorität für das Alkoholverbot gefunden; es verblieb also beim Alkoholverbot in einer Reihe von Bezirken, während andere noch das Recht des Alkoholausschanks bewahrt haben \*\*).

Immerhin geht auch Neuseeland den Weg zum absoluten Alkoholverbot, und da sich das neuseeländische Volk des Segens der Selbstverwaltung erfreut, da kein Selbstherrscher seinem Willen entgegenzuhandeln berechtigt ist, wird es zweifelsohne bald jener Segnungen teilhaftig sein, nach denen Finnland bis jetzt vergeblich gestrebt hat.

Der zweite Weg zum Alkoholverbot führt, wie früher bemerkt, über das Verbot der schädlichsten Getränke allmählich zum Verbote auch der weniger schädlichen. Dieser Weg wurde von der Schweiz eingeschlagen, welche sich vor zwei Jahren durch allgemeine Volksabstimmung zunächst des Absinths entledigte, seine Erzeugung und seinen Verkauf im ganzen Gebiet der Schweizer Eidgenossenschaft durch Staatsgesetz untersagte \*\*\*). Eine Zeitlang wogte noch der Streit darüber, inwieweit die Absinthfabrikanten zu entschädigen seien, aber auch diese Frage wurde gelöst, und heute steht das Verbotsgesetz uneingeschränkt in Kraft. Die Führer der Bewegung jedoch waren sich sehr wohl dessen bewußt, daß damit nur eine Etappe erreicht sei, daß die Möglichkeit offenstehe, den Kampf gegen den Alkohol fortzusetzen. Die nächste Etappe, das verkünden sie offen und freimütig, ist das Branntweinverbot.

Vielleicht ist dieser letzte Weg sogar der für Europa praktischere, weil eben die fein verzweigten Verkehrsmittel das absolute Alkoholverbot in einzelnen Gemeinden immer wieder mit der Einschmuggelung aus Nachbargemeinden bedrohen würden und für ein Alkoholverbot in ganzen Staaten zunächst die nötige Stimmung im Volke kaum zu finden wäre; wohl aber neigen weite Kreise zur Einführung des absoluten Absinthverbotes; in Frankreich, Holland und Belgien sind die Parlamente bereits unmittelbar mit der Lösung der Frage befaßt. Was aber der Absinth an Gefahren für die Bevölkerung der romanischen Gebiete mit sich bringt, das und noch viel Schlimmeres bedeutet der Branntwein für Mittel- und Osteuropa; ihm gilt der nächste große geschichtliche Kampf, und so wird es trotz alledem möglich werden, ein Ziel zu erreichen, das vielen noch als Utopie gilt: den Alkoholismus durch planmäßiges Eingreifen des Staates zu vernichten.

\*) Siehe den Artikel von Dr. af Ursin auf S. 12.

\*\*) Siehe den früher erwähnten Artikel von Sir Robert Stout.

\*\*\*) Siehe Artikel von Dr. Hercof in der Januarnummer 1908.





# KORRESPONDENZEN

---

## POLITISCHE ENTWICKLUNG

EMIL VANDERVELDE, PRÄSIDENT DES INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN BUREAUS, BRÜSSEL: WIESO IST DIE INTERNATIONALE ARBEITERPARTEI DIE EINZIGE UNBEUGSAME FRIEDENSPARTEI?

Brüssel, Anfang Dezember 1912,

**D**ER Baseler Kongreß gegen den Krieg war selbst für die Bourgeoisie ein packendes Ereignis. Man sah zum erstenmal, daß ein Regierungsoberhaupt — wenn auch nur das eines sehr kleinen Staats — die Vertreter der internationalen Sozialdemokratie offiziell empfangt. Man hörte von der Kanzel der Kathedrale, in der 1431 ein päpstliches Konzil getagt, die bedeutendsten Führer des Sozialismus in Europa mit neuen Worten das uralte Evangelium predigen: „Friede auf Erden den Menschen, die eines guten Willens sind.“ Das war sehr schön, aber es war nicht der wesentliche Inhalt der Basler Tage. Das Hauptinteresse mußte sich dem bescheidenen Saale im Gasthof „Zu den drei Königen“ zuwenden. Hier saßen eine ganze Nacht Jaurès, Bebel, Kautsky, Keir Hardie, Victor Adler und noch andere zusammen und entwarfen ein festes Programm für die internationale Aktion, einen unbedingten Wegweiser für die nationalen Sektionen der internationalen Partei, deren Anhänger nach so vielen Millionen zählen.

Die Blätter haben die Resolution, die diese Männer dem Kongreß unterbreiteten, und die der Kongreß einstimmig annahm, veröffentlicht. Vielleicht wirft man ihr vor, etwas langatmig zu sein; aber „man hatte nicht Zeit, sich kürzer zu fassen“, und jedenfalls liegt ein Dokument von weittragender Bedeutung vor. Es zeigt, daß, vor der Einheit des offiziellen Europas ein einiges sozialistisches Europa sich gebildet hat. Während die offizielle Diplomatie sich noch in fruchtlosen Versuchen erging, Situationen umzukrempeln, die sie weder zu schaffen, noch zu verhindern, noch auch bloß vorherzusehen vermochte, proklamierten die Vertreter der Arbeiterschaft aller Länder ihre politische Einigkeit. Sie besprachen Mittel und Wege, sie zu erhalten; sie unterrichteten die einzelnen nationalen Sektionen der Internationale von der besonderen Aufgabe, die ihnen im Kampf gegen den Krieg zufiel; sie verkörperten die Übereinstimmung aller Sozialisten ohne Unterschied der Nationalität in der Beurteilung der brennenden Fragen der Stunde.

Freilich ist diese Übereinstimmung keine neue Tatsache.

Es ist bezeichnend, daß in allen den Konflikten dieser letzten Jahre die verschiedenen Sektionen der Internationale eine einige Haltung, eine einige Politik verfolgten.

Im „Burenkrieg“ haben alle Sozialisten einschließlich der englischen, die imperialistische Politik Englands verdammt. Während des russisch-japanischen Krieges haben alle Sozialisten, inbegriffen die russischen, den Fall des Zarentums heiß gewünscht. Ebenso verurteilten alle der Internationale angeschlossenen Sozialisten, inbegriffen die italienischen, den italienischen Feldzug nach Tripolis, diesen ungerechtfertigsten aller Angriffskriege, aufs schärfste.

Aber man konnte sich fragen, ob angesichts eines so verworrenen Problems, wie des Balkankrieges, noch diese einstimmige Auffassung herrschen werde. Und in der Tat ließen sich zu Beginn einige Schwankungen feststellen, Meinungsverschiedenheiten z. B. zwischen unseren französischen Kameraden und den Genossen Englands und Österreichs.

Gewiß waren alle mit den Balkansozialisten einig, als diese im Januar 1910 auf einer Konferenz zu Sofia die Konföderation der Balkanvölker, und zwar der Serben, Bulgaren, Montenegriner und der muselmanischen Bestandteile der europäischen Türkei, auf dem Wege friedlicher Entente forderten.

Bald stellte sich leider heraus, daß die Verwirklichung des Endziels anders als durch den Krieg außerhalb der geschichtlichen Möglichkeiten lag: Die sozialistischen Parteien dieser Länder mit noch wenig entwickeltem Kapitalismus waren zu schwach; die Hoffnungen, die man in die jungtürkische Revolution gesetzt hatte, erwiesen sich als eitel; die Ungeschicklichkeit oder das Übelwollen der Mächte führte den Bankrott der Reformpolitik herbei; die Anarchie nahm in der Verwaltung der europäischen Türkei noch mehr überhand; die Aufrechterhaltung des territorialen Statusquo wurde unmöglich. Man hatte von der Föderierung aller Balkanvölker geträumt; es bildete sich indes eine griechisch-slavische Militärallianz und bei der ersten Gelegenheit brach ein Krieg aus, trotz des mutigen aber ohnmächtigen Einspruchs der serbischen und bulgarischen Sozialisten \*).

Der Donnerschlag der Ereignisse hat in vielen meiner Freunde die Frage angeregt, ob es im Allgemeininteresse der Demokratie und des Sozialismus liege, den Türken oder ihren Feinden den Sieg zu wünschen. Während die Wiener „Arbeiterzeitung“, z. B., ihre unbedingte Solidarität mit den Balkanvölkern aussprach, war die „Humanité“ in Paris mehr auf türkischer Seite.

Mag es Sympathie für das türkische Volk gewesen sein, das ja an sich unschuldig ist an den Untaten der Regierung, war es ein unbewußtes Wandeln in altfranzösischen Fußstapfen, die ja immer zum Sultan hinübergravitierten — möglich. Aber gewiß waren andere ernstere Ursachen maßgebend.

Erstens fürchtete man, daß der Krieg sich nicht werde lokalisieren lassen. Man zürnte den kleinen Balkanvölkern, daß sie den Frieden Europas erschütterten; man sagte sich, nicht ohne Egoismus, daß wohl das sicherste Mittel, um gefährliche Komplikationen zu verhüten, der sofortige Sieg der Türkei wäre.

Ferner meinte man, hinter den Serben und Bulgaren das verhaßte Gespenst des Zarismus dräuen zu sehen. Man erinnerte sich, daß in schon recht weit zurückliegenden Zeiten Marx in der türkischen Oberhoheit auf dem Balkan die notwendige Abwehr gegenüber dem russischen Ungeheuer erblickt habe, und man wiederholte seine These, ohne viel zu fragen, ob die Umstände noch dieselben seien.

\*) Man findet die Dokumente und Manifeste bezüglich des Balkankonfliktes im regelmäßigen Bulletin des Internationalen sozialistischen Bureaus, 3. Jahrgang, Heft 9 (Brüssel, C. Huysmans, 17, rue Josef-Stevens).

Aber von diesen beiden Gründen, um die Türkei siegreich zu wünschen, mußte natürlich der erstere hinfällig werden, sowie die Siege von Kumanowo und Lüle Burgas eine Aufrechterhaltung des Statusquo unmöglich erscheinen ließen. (Wäre es übrigens anders gekommen, so wären die Schwierigkeiten niemals ausgeschaltet, nur hinausgeschoben worden.) Was den zweiten Grund betrifft, so wollen wir keineswegs bestreiten, daß der Zarismus heute wie ehemals der Erbfeind des Sozialismus ist, der furchtbarste Gegner der Völker, die sich befreien wollen, der aufstrebenden Klassen, die einen Platz an der Sonne suchen.

Könnte hierüber der leiseste Zweifel bestehen, so genügt — ganz abgesehen von seiner inneren Politik — ein Blick auf das ungeheure Feld internationaler russischer Tätigkeit: in Finnland, in Armenien, in China (wo gemeinsam mit Japan alles getan wird, um die junge Republik ihrer Stützen zu berauben und zugrunde zu richten). Das packendste Beispiel aber ist vielleicht Persien; das eben erschienene Buch von W. Morgan Schuster \*) schildert, wie hier mit allen Mitteln, mit England um die Wette, die russischen Machthaber zuerst die parlamentarischen Freiheiten erstickten, um allmählich die Unabhängigkeit des Landes selbst völlig zu untergraben.

Aber wenn heute mehr denn je die Sozialisten gegen den Zarismus Front zu machen sich gezwungen sehen, ist es berechtigter, die türkischen Waffen zu segnen und die Niederlage der Balkanvölker gutzuheißen?

Unsere österreichischen Genossen — besser geeignet, die Situation richtig zu erfassen, als irgend jemand — haben so nicht gedacht, und sie überzeugten auch jene, die vorher anders geurteilt hatten. Sie wiesen darauf hin, daß die Balkanvölker, und besonders die Bulgaren — wenn nicht vor allem die Montenegriner —, nicht mehr unbedingte Schwerträger des Zarismus seien; daß sie um die Freiheit unterdrückter Völkerschaften kämpfen, unglücklicher, von einer brutalen und habsüchtigen Feudalherrschaft ausgesogener Rajas; daß es überdies vielleicht das beste Mittel wäre, um sowohl die österreichischen territorialen Ansprüche als auch die drohende Kosakenpolitik unschädlich zu machen, wenn sich an der zerbröckelnden Grenze des türkischen Reiches ein mächtiger Balkanbund erhebe; daß folglich die Internationale ohne Einschränkung auf ihre Fahne schreiben müsse: „Der Balkan den Balkanvölkern“.

Angenommen jedoch — wir teilen diese Meinung nicht —, daß diese These noch in Frage gezogen werde, so würde doch die gegenteilige Meinung jedenfalls alles praktische Interesse verlieren nach dem militärischen Zusammenbruch der Türkei; von jenem Augenblick an mußte die Internationale notwendig und einstimmig den sozialistischen Parteien des Balkans die einzig mögliche Haltung einschärfen: „nach geschlossenem Frieden alles aufzubieten, um zu verhindern, daß die so blutig errungenen Resultate nicht ausgetilgt, abgeschwächt werden möchten durch eine Dynastie, durch den Militarismus, durch die Bourgeoisie des Balkans; sich mit Stärke entgegenzustellen einer Rückkehr zur Uneinigkeit der Serben, Bulgaren, Rumänen und Montenegriner untereinander, wie jeder Unterdrückung eines Balkanvolkes, fände es sich auch in einem anderen Lager — wie die Türken und Albaner; aller Vergewaltigung, die den Rechten dieser Völker geschieht, entgegenzutreten und aller entfesselten nationalen Leidenschaft zum Trotz die Brüderschaft

\*) The strangling of Persia, by M. Morgan Schuster, Zx. Treasurer general of Persia. London Fisher Unwin 1912 (2) regelmäßige Schriften des B. S. I. 3. Jahrgang, Nr 9, S. 8.



der Balkanvölker, inbegriffen Albaner, Türken und Rumänen, geltend zu machen“.

Ebenso wie alle Sektionen der Internationale sich über die Politik einig wurden, die auf dem Balkan zu verfolgen sei, ebenso stimmte man auch über die Wahl der Mittel überein, durch die ein Ausarten der lokalen Konflikte zu einem europäischen Weltkrieg zu verhindern ist.

Hier das diesbezügliche Manifest, das der Kongreß annahm:

„1. Es wird den Sozialisten von Österreich, Ungarn, Kroatien und Slawonien, von Bosnien und Herzegowina zur Pflicht gemacht, ihre entschiedene Opposition gegen jeden Angriff von seiten der Donaumonarchie auf Serbien fortzusetzen. Sie dürfen nicht zugeben, daß Serbien durch die Gewalt der Waffen verunglimpft, zu einer österreichischen Kolonie herabgewürdigt und einer dynastischen Laune zulieb das ganze österreichische Volk und mit ihm das ganze übrige Europa in nicht abzumessende Gefahren gestürzt werde.

2. Die Sozialisten Österreich-Ungarns wie auch Italiens wenden der albanischen Frage ihr besonderes Augenmerk zu. Der Kongreß anerkennt das Recht des albanesischen Volkes auf Autonomie, aber diese Autonomie ist kein Vorwand für die österreichisch-ungarischen und italienischen Machtansprüche.

3. Das Proletariat der russischen, finnländischen und polnischen Städte opponiert gegen jeden kriegerischen Vorstoß der Zarenmacht, gegen jede Unternehmung, sei es gegen die Armenier, sei es gegen Konstantinopel — und wird alle Kräfte in einem erneuten Befreiungskampf gegen den Zarismus konzentrieren.

4. Die Arbeiterschaft Deutschlands, Frankreichs und Englands hat von ihren Regierungen völlige Enthaltung von jeglicher Hilfeleistung vis-à-vis Österreichs-Ungarns und Rußlands zu fordern, strengste Fernhaltung von den Konflikten des Balkans und Bewahrung absoluter Neutralität.

5. Die Arbeiterschaft Frankreichs und Deutschlands erklärt, daß sie ungeachtet irgendwelcher geheimen Staatsverträge sich jeder Teilnahme an den Konflikten des Balkans entgegenstellen werde.“

Es gibt, wie man sieht, keinen krasseren Unterschied, als einerseits diese Einmütigkeit, welche durch Interessengemeinschaft die proletarische Politik bestimmt, und andererseits der widerspruchsvollen Politik der Regierungen, denen es unmöglich ist, die einander entgegengesetzten Interessen der Klassen, die sie vertreten, zu befriedigen.

Aber es genügt keineswegs, daß die Sozialisten einig seien über die zu verfolgende internationale Politik. Diese Übereinstimmung ist nur von Bedeutung, wenn in ihren Dienst die nötigen Mittel gestellt werden können.

Ist man so weit?

In Frankreich ist ein Teil der Radikalen allerdings dieser Ansicht; man sieht in der internationalen Arbeiterschaft das festeste Bollwerk des Friedens in Europa. Andere Gegner wieder, wie sie das große französische Blatt „Le Temps“ repräsentiert, wollen diesen Ruhmestitel für sich ganz allein in Anspruch nehmen oder sie behaupten schlankweg, daß keine Kriegsgefahr vorhanden gewesen sei. Die Regierungen seien friedlicher als die Völker, und das Heil komme von den Diplomaten, den Finanzleuten, den Staatsoberhäuptern, die im Heiligtum der Banken und Botschaften ihre Anstrengungen ver Hundertfachen, um die Interessengegensätze auszugleichen.

Wir wollen dieser Anschauung nicht alle Richtigkeit absprechen. Es

müßten denn in der Tat alle Staatsoberhäupter Tollhäusler oder Verbrecher sein; denn sonst würde doch wohl weder dasjenige von Deutschland, noch das von Frankreich, noch von England, noch auch von Italien die nicht auszudenkenden Greuel eines Weltkrieges heraufbeschwören wollen, damit die Serben nicht einen adriatischen Hafen oder einen Landstreifen im Süden Montenegros erhalten. Wenn also sowohl Reichskanzler, Kiderlen-Wächter, als auch Minister Poincaré als auch Sir Edward Grey, als sogar auch der Italiener San Giuliano uns ihrer friedlichen Absichten versichern, so sind sie vollkommen glaubwürdig. Aber aus ihrer Erklärung selbst erhellt, daß die westeuropäischen Staaten — selbst gegen ihren Wunsch — zum Kriege gezwungen werden könnten. Verträge oder geheime Verbindungen knüpfen sie an andere Mächte. Sie sind gewissermaßen die Gefangenen ihrer Alliierten. Während der Weltfrieden vor einem Jahr durch den deutsch-französischen Zwischenfall bedroht war, ist heute nicht der freie Wille der Völker und Regierungen Westeuropas, sondern die Tatsache, ob in Rußland oder Österreich die Kriegs- oder die Friedenspartei die mächtigere sein wird, maßgebend — oder wird doch für maßgebend angesehen.

Wir wissen wohl, daß im Grund die Verträge den Wert besitzen, den man ihnen beimißt, und daß weder der Zar in Rußland noch der Kaiser in Österreich soviel zu sagen haben, als es aussieht.

Welches auch heute die Macht sei, der der Form nach das Recht zusteht, über Krieg und Frieden zu entscheiden, in Wahrheit entscheiden die Völker; auch ist es unmöglich, den Frieden aufrechtzuerhalten, wenn sie den Krieg wollen, so gefährvoll er auch den Regierungen erscheinen möge, die den Frieden wollen. Und die Ereignisse, die sich eben abspielen, beleuchten schlagend die beiden Seiten dieser Wahrheit.

Was den Balkankrieg unvermeidlich machte, war seine Popularität; er war in den Geist der Massen eingedrungen, indem diese, durch eine kluge nationalistische Kampagne seit langem bearbeitet, bereit waren, alles zu opfern, um entweder den nur zu wirklichen Leiden ihrer Rassen- oder Religionsbrüder ein Ende zu setzen oder einem stolzen Expansionsgelüste zu fröhnen.

Was mich hingegen immer glauben gemacht hat, daß noch einmal das jüngste Gericht Europas vermieden werde, ist, daß in Ländern, wo der Sozialismus tiefe Wurzeln geschlagen hat, die Regierungen bei allen etwaigen kriegesischen Anwandlungen wissen, daß im Falle eines Angriffskrieges ein großer Teil der Bevölkerung nur widerstrebend und gezwungen marschieren würde: angenommen, daß die Mobilisation an sich keine ernststen Schwierigkeiten bereitete, wäre doch die Sache moralisch höchst bedenklich gewesen.

Man halte hierzu das sich stets schärfer ausprägende Gefühl der leitenden Männer selbst, den unaussprechlichen Schrecknissen und rasenden Schädigungen gegenüber, die ein europäischer Krieg heraufführen würde. Es war höchst aufrichtig, als M. Winston Churchill in einer Rede kürzlich sagte: „Bräche ein solcher Krieg aus, so würde die Geschichte erklären, daß er von einer Generation von Verrückten gemacht worden sei.“

\* \* \*

Wir sehen also klar, daß im Augenblick England, Deutschland, Frankreich und vielleicht auch andere Staatsleitungen den Frieden wollen, weil ihn die Völker wollen, aus denen sie zum Teil hervorgehen, und deren Gefühle sie teilen. Auch könnte man völlig ruhig sein — bis zum nächsten Waffenruf —,

wüßte man nicht, daß diese friedliebende Strömung allzu jung ist, um nicht fürchterlich unsicher und gebrechlich zu sein.

Man sah es in Frankreich beim Agadirkonflikt: Gewiß, man wollte nicht den Krieg, aber im Kriegsfall wäre man von Herzen und wie ein Mann marschiert. Noch mehr trat es in Italien zutage, wo doch nicht einmal die nationale Freiheit bedroht war: Im Süden wenigstens war die imperialistische Raserei so groß, daß sie sogar die mehr oder wenig sozialdemokratisch angehauchten Massen ergriff. Und man kann nicht ohne Grauen daran denken, daß es in allen Ländern so und so viele Leute gibt — Berufsmilitaristen, koloniale Finanzmänner, Lieferanten von Kriegszubehör, bezahlte Zeitungsschreiber —, die ein persönliches und unmittelbares Interesse daran haben, Vorurteile, Mißtrauen, Eitelkeits- und Gewaltinstinkte unter den Menschen wachzuerhalten und zu nähren und damit solche atavistische Rückschläge möglich zu machen.

Dieser permanenten Kriegspartei wagen wir die internationale sozialistische Aktion gegenüberzustellen, ohne von ihr fürchten zu müssen, daß sie einen Augenblick lang versagen könne.

Die Staatsleitungen können bedingungsweise den Frieden ehrlich wünschen, nämlich den bewaffneten, verderblichen Frieden, den Bismarck den „unbeweglichen Krieg, den Krieg der klingenden Münze“ nannte.

Finanzmänner, Geschäftsleute — wenigstens soweit sie in Europa gebunden sind — haben genau so wie die Sozialisten den Krieg zu fürchten, dessen Zerstörungen unberechenbare wären; M. Caillaux sagte daher mit Recht: „Die Hochfinanz und der internationale Sozialismus sind die beiden hauptsächlichen Kräfte, die für den Frieden eintreten“; aber der kapitalistische Friede ist der gebrechliche, ungewisse Friede, der immer von neuen Zufälligkeiten bedroht werden kann, der allerdings unentbehrlich ist für erfolgreiche Börsenspekulationen, der aber die Furcht nicht einschlafen läßt, daß aus dem ewigen Zündeln nicht doch endlich die Feuersbrunst entstehe.

Die bürgerlichen Friedensfreunde endlich — deren geleistete Dienste und gute Absicht gewiß nicht verkannt werden sollen — geben allerdings auch ihrerseits zu, daß ein europäischer Krieg ein „Verstoß gegen die Vernunft, die Menschheit und die Zivilisation“ wäre.

Wenn es nun immerhin viele Kräfte gibt, die abseits von ihm zur Abwehr des Krieges beitragen, so ist der Sozialismus die einzige Friedenspartei, da er allein unbedingt, ihrem Wesen nach und unwidersprechlich auf friedliche Beziehungen unter den zivilisierten Nationen gegründete Interessen vertritt.



ALFRED H. FRIED, WIEN: STURMZENTRUM  
ÖSTERREICH.



ÜR national-einheitliche Staatengebilde konnte die Erstarkung der Nationalidee wohl Auswüchse zeitigen, aber jenseits von diesen sich dennoch zu einer mächtigen Förderung des Staatsganzen gestalten. In national-gemischten Staaten konnte der Nationalismus nur unterminierend wirken. Seinen Auswüchsen ist keine Schranke gesetzt;



seiner Wucherung konnte nicht Einhalt geboten werden von einer mächtigen, am Staatswohle interessierten, demokratischen Opposition. Was dort als einigendes und stärkendes Moment wirkte, wird hier zum zersetzenden und schwächenden mit all den Gefolgschaften, die ein so prädestinierter Staatskörper über sich ergehen lassen muß.

Hier haben wir das österreichische Problem, das durch die letzten Ereignisse aufgehört hat, ein inneres zu sein und zu einem europäischen wurde. Der Nationalitätsgedanke, der das deutsche Volk zur Einheit führte, hat das Volk der Monarchie in der Zerrissenheit bewahrt. Der Nationalitätsgedanke, der im Reich ein freies und in den Staatsangelegenheiten mitbestimmendes Bürgertum schuf, hat im Donauaustaate den Absolutismus wieder eingeführt; hat das Bürgertum sogar zu der Rolle bestimmt, den Absolutismus zu maskieren. In der Sorge um seine kleinen und kleinlichen Nationalinteressen hat das österreichische Bürgertum die größeren Gesichtspunkte aus den Augen verloren. Es hat seine Ideale vergessen und verleugnet und die freiheitlichen Errungenschaften von 1848 und 1866 preisgegeben. Das Parlament der allgemeinen Wahlen, das in den innerpolitischen Angelegenheiten durch den immer bedenkenloser hervorgeholten oder angedrohten § 14 beschränkt und in der außerpolitischen durch die den Absolutismus verkörpernden Einrichtungen der Delegationen überhaupt aufgehoben wird, hat längst aufgehört, eine Vertretung der Volksrechte zu sein und ist zu einer Börse der Nationalitäten geworden, wo die Wohlfahrt des Staates auf den Markt geworfen wird, um gegen nationale Konzessionen und Vorteile eingetauscht zu werden. Die Expansionslust von acht Nationen, ihr Begriff eines ungesunden Übernationalismus frißt am Staate. Die nationale Inzucht der Staatsgruppen hindert das Aufkommen einer starken Demokratie und überläßt auf der einen Seite den Extremen der proletarischen Bewegung, auf der anderen Seite jenen destruktiven Elementen, die im Klerikalismus und Militarismus verkörpert sind, uneingeschränkt den Platz.

Darin liegt nun die große Gefahr, die das österreichische Problem zu einem internationalen, die die Monarchie zu einem Sturmzentrum für Europa gemacht hat. Diesen beiden Erscheinungen (man könnte eigentlich auch von einer einheitlichen sprechen, die nur in verschiedenen Formen zutage tritt) wohnt ein Betätigungsdrang inne, der über die Grenzen des Staates greift, wenn ihm von innen heraus keine Schranken gezogen werden. Der Klerikalismus ist ein Teil einer internationalen Macht und treibt das von ihm beeinflusste Land dazu, im Dienste dieser Macht internationale Politik zu treiben. Diese Taktik Roms ist so sehr erwiesen durch die Geschichte, daß es Raum verschwenden hieße, hier den Einfluß der päpstlichen Macht auf die Haltung der auswärtigen Politik Österreichs klarzulegen; überflüssig, erst nachzuweisen, wie die italienische, wie die Balkanpolitik der Monarchie in der Richtung ultramontaner Grundsätze liegt. Was nun den Militarismus anbelangt, besitzt er in allen Militärstaaten die Neigung, von einem Mittel zum Selbstzweck zu werden. Während er nun in den entwickelten Demokratien der anderen Mächte Europas einen segensreich wirkenden Gegenpart findet, vermag er in Österreich diesen Gegenpart nicht zu finden. Die nationalistische Demagogie hat es da verhindert, daß eine zur Gesundung des Staatslebens notwendige Demokratie sich entwickeln konnte. Der Militarismus hatte den Weg frei, und bei der rapiden Entwicklung des militärischen Wettbewerbs in Europa mußte er sich in diesem Lande immer mehr zu jener Stärke entwickeln, die ihm die Macht gab, so zu handeln, als

ob der Staat zum Schutze der Armee da wäre, und nicht das Umgekehrte das Normale wäre. So hat der mißverständene Nationalismus die Militärherrschaft gezeitigt, die vorläufig noch unter dem Hinweis auf einen ihren Zwecken entsprechend zurechtgemachten Patriotismus die Volksvertretung und die öffentliche Meinung gefügig macht; die aber sicherlich keinen Augenblick zögern würde, auch weniger einschmeichelnde Mittel geltend zu machen, wenn sie in ihrem Bestreben, sich durchzusetzen, irgendwie auf Hindernisse stoßen würde.

Die Gefahr, die darin liegt, ist eine doppelte. Man weiß, daß Österreich-Ungarn kein reiches Land ist. Schwer trägt das Land an seiner Staatsschuld und ihren Folgen. Handel und Industrie befinden sich keineswegs auf einer Stufe, auf die eine „Großmacht“ stolz sein könnte, wenn Großmachtstellung im Bürgerwohlstand ihren Ausdruck fände. Die Initiative ist gelähmt durch allerlei die Trägheit und den Cliquengeist begünstigende Gesetze, die Jugend trachtet, irgendwo in einer, ihr eine Sinekure bietenden, öffentlichen oder privaten Amtsstellung „unterzukommen“, nur um den Kampf ums Dasein nicht aufnehmen zu müssen; Großzügigkeit wird überall vermißt und der „Etatismus“, d. h. das Erwarten der Hilfe vom Staate, treibt hier seine ärgsten Blüten. Die Volksbildung liegt im Argen, der Analphabetismus weist eine erschreckende Prozentzahl auf, die Bildungsinstitute, die ebenfalls unter der nationalen Zerklüftung leiden, reichen ebensowenig aus, die Bedürfnisse einer Kulturnation zu erfüllen, wie die sanitären Verhältnisse, die in den großen Städten wie am Lande zu jenem Zustand geführt haben, den man als „Spitalsschande“ treffend bezeichnet. Wo man hinblickt, zeigen sich Blößen, zeigen sich Bedürfnisse.

Inmitten dieser Zustände macht der zum Selbstzwecke erhobene Militarismus in erschreckender Weise seine Ansprüche geltend. Jahr für Jahr steigert er seine Erfordernisse, als deren einziger Maßstab ihm die Ausgaben solcher Länder dienen, die sich diese vom Standpunkt eines hohen Nationalreichtums und eines betriebsamen Bürgertums auch leisten können. Zu dem Landmilitarismus kam der Wasser- und zuletzt sogar der Luftmilitarismus, und immer neue Milliarden werden so für die produktive Arbeit lahmgelegt und den Regenerationsbedürfnissen des Landes entzogen. Mit Ausnahme der Sozialdemokratie nimmt das gesamte Bürgertum diese steigenden Lasten ruhig hin. Es sucht nicht einmal, wie dies in anderen Ländern geschieht, mit den Militärbehörden zu feilschen und „mildernde Umstände“ zu erzielen. So wurde die neue Wehrvorlage, die dem Volke eine ungeheure Last auferlegt, ohne Debatte von beiden Häusern des Reichsrats genehmigt, so wurden in den Delegationen die letzten Hundertmillionenforderungen für die Neubewaffnung der Artillerie, für die ins uferlose gehenden Flottenpläne durchgebracht. Jede Kritik wird als ein Verbrechen am Patriotismus stigmatisiert, oder sie wird im vorhinein lahmgelegt durch eine do-ut-des-Politik seitens der Regierung gegenüber den die Mehrheit bildenden Nationalitätenmaklern in den Vertretungskörpern. Die Intelligenz, sofern sie sich nicht bereitwilligst in den Dienst der Regierung stellt, verhält sich diesem Treiben gegenüber gleichgültig. So fehlt es hier vollständig an Kräften, den Raum freizuhalten. Ich sage vollständig: denn die Opposition der Sozialdemokratie ist in dem Maße ohnmächtig, als ihre Organisation großartig ist. Ihr klassentrennendes Prinzip verdammt sie zu einem mächtigen Triebbrade, dem der Transmissionsriemen fehlt. Allerdings fehlt es auch im Bürgertum an der festen fortschrittlichen Partei, bei der das andere Ende dieses Transmissionsriemens befestigt sein könnte.

Die andere Seite der Gefahr, die der ausschließliche Militarismus zeitigt, greift in die internationale Politik ein. Ein derartig entwickelter Organismus muß notwendigerweise den Willen zur Betätigung besitzen, soll er nicht in sich selbst zusammenfallen. Und die Macht dieses Willens wächst mit dem Zuwachs der Organisation. Das Schlagwort des „Si vis pacem para bellum“, das auf dem neuen Palast des Wiener Kriegsministeriums (etwas verschämt auf der rückwärtigen Front) angebracht wurde, ist ja auch bei seinen Verteidigern schon längst als schöne Phrase gewertet worden. Es ist nämlich die Tatsache nicht von der Hand zu weisen, daß, je mehr die Welt sich internationalisiert, je zahlreicher die Beziehungen von Land zu Land werden, je mehr die Technik sich entfaltet, der Handel wächst, auch die internationalen Beziehungen sich vermehren und dementsprechend die Zahl der Konflikte sich vergrößert. Eine weise, auf der Höhe der Zeit stehende Politik wird darin nichts Erschreckendes finden; denn das höchste Übel hat auch hier sein notwendiges Gegenmittel gezeitigt. Früher war man genötigt, wegen jedes Konfliktes einfach loszuschlagen und ihn kurzerhand durch das Schwert zu lösen. Die höhere Verantwortung, die heute mit diesem Mittel verbunden ist, die große Schädigung, die dadurch der gesamten Menschheit infolge ihres verwickelteren Zusammenhanges bereitet wird, und schließlich das erhöhte Risiko, das bei der heutigen Bewaffnung und bei der Kompliziertheit des modernen Wirtschaftslebens auch für den mächtigsten Staat dabei entsteht, haben die friedliche Beilegung internationaler Konflikte zu einer Art System erhoben, das sich dauernd entwickelt und die hoffnungsfreudigsten Ausblicke für die Zukunft bietet. Da man täglich verwickelten Konflikten gegenübersteht, keineswegs aber mehr täglich darum Krieg führen kann, hat man einfach gelernt, sich auch ohne Gewalt auseinanderzusetzen, und hat dabei eingesehen, daß man auch in den verzweifeltsten Fällen zu einer sehr annehmbaren friedlichen Lösung gelangen kann. In dem letzten halben Menschenalter hat die europäische Menschheit die Möglichkeit der gewaltlosen Streitlesung bei ernstesten Konflikten entdeckt und schon zu einer bedeutenden Entwicklung gebracht. Den aus der Natur der Dinge sich ergebenden Gefahren ist ein natürliches Hilfsmittel erwachsen. Dieses wird aber ausgeschaltet in einem Lande mit hypertrophem Militarismus, in dem die Demokratie jene Stärke nicht erlangen konnte, die notwendig ist, um einen legitimationsbedürftigen Militarismus, den die Konflikte der internationalen Politik nur so entgegenströmen, in den Schranken zu halten. Hier vermag sich die geschulte Friedensdiplomatie, die wir in Westeuropa und in Amerika erfolgreich an der Arbeit sehen, noch nicht zu entwickeln, während eine vom Militarismus abhängige Altdiplomatie noch immer mit ihrem Schlagworteschatz von „Prestige“ und „Großmachtsstellung“, mit ihren eingebildeten Perspektiven für die Aufrechterhaltung gewisser Interessensphären, politischen Testamenten und zu befürchtenden Beschränkungen des Atmens und der Ellbogenfreiheit laboriert.

In diesem Dilemma befindet sich heute die Donaumonarchie. Statt mit allen Mitteln der friedlichen Verständigung und des Ausgleiches die neuen Verhältnisse am Balkan zu ihrem Vorteile zu gestalten, läßt sie sich von ihrem legitimationsbedürftigen Militarismus zu einer Politik der stark gepanzerten Faust hinreißen. So kraftvoll, so romantisch unmodern, so kriegsgewillt übt sie diese Politik, daß der Tisch im eigenen Hause zu zerspringen droht, auf den sie mit ihrer Faust aufschlägt, daß die Drohung mit dem Kriege das Wirtschaftsleben des Staates fast mehr erschüttert, als es früher ein wirklich geführter Krieg vermochte.



Man wird in diesen Darlegungen eine Erklärung der Verhältnisse finden, die etwas überraschend über Europa gekommen sind. Erfreulich ist diese Erkenntnis nicht; aber es liegt kein Grund zur Verzweiflung vor. Auch hier trägt das Übel bereits das Heilmittel in sich. Es gibt heute schon ein Europa, das nicht lediglich ein geographischer Begriff ist, sondern eine politische Macht darstellt, wenn es sich darum handelt, die bedrohte Ruhe und Ordnung der auf dem alten Erdteil ansässigen Staatenfamilie zu stützen. Nicht der Form nach, aber durch einen starken organisierten Friedenswillen, der sich automatisch auflehnt gegen jede Störung, äußert sich dieses neue Gebilde. Wenn aus den hier geschilderten Gründen in der Donaumonarchie ein neues Sturmzentrum sich entwickelt, so wird der Friedenswille Europas, wenn er erst konzentriert der Gefahr gegenübersteht, auch dieses überwinden. Der tatenlustige Militarismus, der im Lande selbst kein Hemmnis findet, wird es außerhalb des Landes finden. Nicht etwa durch eine Koalition; auch das wäre alte Methode. Die freundschaftliche Einwirkung der heutigen Bündnis-systeme vermag mehr, als früher die Kanonen vereinigter Armeen vermochten. Ein Staat, der ein Unruhezentrum geworden ist oder zu werden droht, vermindert seine Bündnisfähigkeit, und hier ist der Punkt, aus dem mir die Rettung zu kommen scheint. Die „Nibelungentreue“ des Deutschen Reiches dem verbündeten Österreich-Ungarn gegenüber dürfte sich hier in ganz anderer Weise betätigen, als die Säbelraßler zu glauben scheinen. Das Bedürfnis Deutschlands nach einem starken Bundesgenossen — nicht nur stark an Rüstungen, sondern auch stark an diplomatischer und vor allen Dingen an wirtschaftlicher Fähigkeit — wird auf den Betätigungsdrang des hemmungslos wirkenden Militarismus in Österreich wohlthätig beschränkend einwirken. An der Besonnenheit und dem Takt der Staatsmänner im Reiche wird es liegen, die Donaumonarchie auf die Wege einer zeitgemäßen Politik der internationalen Verständigung zu bringen, auf der allein dem Lande neuer Wohlstand und neue politische Stärke, dem Erdteil selbst die unbedingt erforderliche Ruhe und Ordnung gesichert werden kann.



## FRANS VAN KALKEN: DIE MAZEDONISCHE FRAGE.

**D**AS Problem, das durch viele Jahrzehnte im Vordergrunde der Fragen, welche Europa beschäftigen, gestanden hat, die mazedonische Frage, geht ihrer endgültigen Lösung entgegen; aber gerade an diesem Wendepunkt mag es interessant sein, die letzte Entwicklungsphase dieser Frage, die jetzt erst als ein Ganzes erfaßt werden kann, zu überblicken.

Der Auflösungsprozeß des türkischen Reiches, der Freiheitsdrang der unterjochten Bulgaren, Serben und Griechen Mazedoniens hat sie geschaffen, aber ihre äußeren Wandlungen und Geschehnisse wurden in erster Linie von ortsfremden Faktoren, vom Kampfe russischen und österreichischen Einflusses, beherrscht. Die beiden Großmächte suchten die Balkanvölker in ihre Einflußsphäre zu ziehen und den mazedonischen Christen gegenüber eine Schützerrolle, die zu wahrer Beherrschung des Landes führen konnte, an-

\*) Dieser Artikel wurde bereits am 12. Dezember geschrieben. Die Red.

zunehmen. Der Vertrag zu Mürzsteg am 21. Februar 1903 schien diese Politik zu präzisieren, die Reorganisation der Gendarmerie im Jahre 1904, die Einsetzung einer internationalen Finanzkommission und die moderne Umgestaltung der Verwaltung schienen eine Lösungsmöglichkeit des Problems, das ja in erster Linie durch die türkische Mißherrschaft und Unfähigkeit zu moderner Verwaltung geschaffen worden war, anzuzeigen. Wäre die Politik Rußlands und Österreichs eine wirklich uneigennützig gewesen, so hätte sie auf diesem Wege fortschreiten können. Da beide Mächte jedoch, weniger von dem Wunsche einer Besserung der mazedonischen Verhältnisse, vom Standpunkt der Bewohner des Landes, als von der Begierde einer Erweiterung ihres politischen Einflusses geleitet waren, so glaubte Österreich im Jahr 1908 die Schwächung Rußlands durch den Krieg mit Japan zur Erlangung direkter Vorteile benutzen zu sollen. Und gerade im Augenblicke, da die Einigkeit der Mächte zur Erzwingung der letzten wichtigsten mazedonischen Reformen unerlässlich gewesen wäre, zog es Freiherr von Aehrenthal vor, in direkter Verhandlung mit der Türkei österreichische Eisenbahnwünsche auf Verbindung der bosnischen Bahnen mit der Linie Saloniki—Mitrowitzka der Verwirklichung näherzubringen. Die Türkei war glücklich über diese Wandlung ihres trotzigen österreichischen Vormundes in einen lächelnden Bittsteller.

Enttäuscht bezüglich der Möglichkeit eines Zusammengehens mit Österreich, wandte sich Rußland damals England zu, und mit ihm im Bunde drang es nunmehr auf eine wahrhaft internationale Kontrolle Mazedoniens. Sie sollte eben eingeführt werden, als im Juli 1908 die türkische Revolution allen diesen Unternehmungen ein Ende zu bereiten schien. Österreich ging kurze Zeit nachher mit der Annexion Bosniens vor, und es ist noch in allgemeiner Erinnerung, daß die darauffolgenden diplomatischen Verhandlungen mit einer schweren Diskreditierung Rußlands in den Augen der Balkanvölker endigten. Seither hat sich Rußland ruhig und planmäßig um die Wiedererlangung seines Einflusses auf die Balkanstaaten bemüht; unter seinem Schutze bildete sich der Balkanbund, ward dessen glücklicher Krieg mit der Türkei geführt, ward Mazedonien von den christlichen Heeren erobert.

Die große neue Tatsache, welche diese Lösung der Frage ermöglichte, lag im Bund der Balkanmächte, die einander ehemals mit so großer Leidenschaft befehdeten; man erinnere sich des serbisch-bulgarischen Krieges vom Jahr 1885, der Kämpfe in Mazedonien zwischen griechischen und bulgarischen Banden in den Jahren 1902 und 1903, des konfessionellen Kampfes zwischen Anhängern des bulgarischen Exarchats und des griechischen Patriarchats. Diese jungen Völker haben sich aber trotz alledem einigen können, weil die hoffnungslose Auflösung der Türkei ihnen die Möglichkeit großen gemeinsamen Erfolges vor Augen führte und der Egoismus der europäischen Mächte, deren vorgeblicher Wunsch, den christlichen Bevölkerungen zu helfen, immer wieder von der Verfolgung ihrer eigenen Interessen verdunkelt wurde, ihnen klar anzeigte, daß nur Selbsthilfe ihren unterdrückten Brüdern in Mazedonien die Freiheit geben könne.

Eine gewisse innere Reorganisation der Balkanstaaten ging ihrem Bunde voran; die Bulgaren haben als erste seit der Begründung ihres Staates an der Ausbildung eines starken Heeres, einer Militärmacht, die sich auf eine straffe Verwaltung, vorzügliche Schulen und zielbewußte Pflege materiellen Wohlstandes zu stützen vermochte, gearbeitet. Serbien ward lange von inneren Kämpfen zerrissen, aber die Demütigung des Jahres 1908, die ihm von Österreich zuteil wurde, ließ alle Parteien in dem Wunsche nach einer

Stärkung der nationalen Kraft sich einen. Griechenland, noch vor wenigen Jahren vom Kampf zwischen der Armee und der Volksvertretung zerrissen, fand in dem genialen Staatsmann Venizelos gleichfalls einen Erneuerer seiner nationalen Einheit, einen Reformator seiner Verwaltung.

All das soll nunmehr seine Krönung in der Schaffung einer neuen Großmacht finden; wie vor 50 Jahren die Staaten der Apenninenhalbinsel sich zu einem einheitlichen Staatengebilde zusammenschlossen, soll nun auch in der benachbarten Balkanhalbinsel ein geordneter Staat an Stelle einander befehdender Kleinstaaten treten.

Mag auch die Umgebung Konstantinopels, mag auch Albanien von ihrem Bereiche ausgeschlossen bleiben, mag auch diese Entwicklung, statt direkt ihr Ziel zu erreichen, durch Jahre oder vielleicht Jahrzehnte bei einer Etappe auf halbem Wege stehen bleiben, die mazedonische Frage selbst bleibt außerhalb dieser Schwierigkeiten; die christlichen Rajas werden keinem mohammedanischen Gutsherrn mehr zu frohnden, keine türkischen Beamten mehr zu bestechen haben, vor keiner türkischen irregulären Truppe mehr um Leben und Eigentum zittern müssen. Sie verdanken dies Resultat ihrer eigenen revolutionären Kraft und der Kraft ihrer Brüder, die einige Jahrzehnte vorher befreit wurden; die logische Lösung einer Frage, die durch Jahrzehnte den verschiedenartigsten unlogischen Zwitterlösungen unrettbar verfallen schien.



## V. ARMENAK: DIE TÜRKISCHE KRISE.



ENN auch der Frieden zwischen der Türkei und den Balkanstaaten die türkische Herrschaft in Europa auf ein Bruchstück des alten Besitzes beschränken wird, so bleibt doch ein großes türkisches Reich noch in Asien bestehen mit gewichtigen Entwicklungsproblemen.

Der wichtigste Gegensatz, der nach Beseitigung der äußeren Schwierigkeiten neu aufleben wird, gipfelt in der Frage: Soll der Versuch der um das Komitee „Einigung und Fortschritt“ gescharten Jungtürken, einen türkischen Nationalstaat mit straff zentralisierter Verwaltung und möglicher Assimilierung der anderen Völkerstämme zu schaffen, weitergeführt werden, oder soll das Programm der liberalen Partei mit ihrer Forderung des Föderalismus unter möglicher Wahrung der Sonderrechte der nichttürkischen Bewohner des Reiches, das ja in der derzeitigen Regierung manche Anlehnung findet, zur Geltung kommen? Gewiß wird das Problem nach der Beendigung der derzeitigen Krise ein anderes sein als vor ihr. Zugunsten der zentralistischen These muß es wirken, daß die albanischen und bulgarischen Volkselemente, welche der Zentralisierung und Assimilierung durch die herrschende türkische Nationalität am allerschärfsten widerstrebten, nunmehr dem türkischen Staate nicht mehr angehören werden. Die Türken werden in den verbleibenden Gebietsteilen einen starken Bruchteil der Bevölkerung, die Mohammedaner, eine große Mehrheit bilden.

Andererseits werden die Freunde des Föderalismus darauf hinweisen können, daß der Versuch, die nichttürkischen Volksstämme zu unterdrücken, zu der schweren Reichskrise geführt habe, und daß nur eine entschlossene Abkehr von dieser Politik die Wiederkehr einer gleichen Krisis von der Seite des armenischen oder des arabischen Volkes verhindern könne.



Über all dem breitet sich der Schleier der Zukunft; immerhin mag es zum Verständnis dieser Frage beitragen, wenn wir den Stand des Problems, wie es sich vor dem Kriege entwickelt hatte, rückschauend zusammenfassen.

Die Zentralisten haben die These vertreten, daß nur eine Zusammenfassung des Rassengemisches auf türkischem Boden, die Schaffung eines gemeinsamen Staatsideals ein kraftvolles modernes Staatswesen begründen könne. Die herrschende türkische Nation sei berufen, ihre Eigenart den unterworfenen Völkern aufzuzwingen und so den Typus eines ottomanischen Bürgers zu schaffen. In allen anderen kraftvollen Staaten habe man das gleiche versucht; wo es nicht getan sei, siechen die Völker dahin.

Seien auch heute die Völker des Reiches von ganz verschiedenen Idealen erfüllt, so werden doch die gemeinsame Schule, der gemeinsame Militärdienst, der gemeinsame Gebrauch der politischen Rechte zum mindesten die heranwachsende Generation zu ottomanischem Staatsbewußtsein erziehen.

Hierauf erwiderten die Föderalisten, daß der Eigenwille der verschiedenen, im türkischen Reich zusammengefaßten Völkerschaften zu groß sei, als daß der Versuch einer Entnationalisierung derselben gelingen könne. Die türkische Schule sei den Schulen der einzelnen Nationen gegenüber minderwertig; sie könne die ihr von den Zentralisten zgedachte Rolle nicht erfüllen. Die türkische Schrift sei zu arm, um den anderen Völkern als höherwertig zu erscheinen; das türkische Volk habe während einer der jahrhundertelangen Geschichte niemals irgendwelche Begabung zur Assimilierung unterworfenen Völker gezeigt, die einzige Möglichkeit für den Fortbestand des türkischen Reiches liege in der vertrauensvollen Mitarbeit der einzelnen Völker, und diese sei nur durch Gewährung einer weitgehenden Selbstverwaltung zu gewinnen.

Der unparteiische Beobachter muß dieser Antithese gegenüber festhalten, daß eine Regierung nach klaren, vereinheitlichten Prinzipien nur in einem Gemeinwesen möglich sei, dessen Mitglieder dieselben Bedürfnisse und Interessen, dieselben Ideale besitzen. Die Jungtürken haben eine gefährliche Utopie vertreten, als sie sich der Hoffnung hingaben, Völkerschaften von vollkommen verschiedener Artung, welche durch keine Gemeinschaftlichkeit der Abstammung, der Lebensweise, des nationalen Ideals, der Weltauffassung zueinander gezogen werden, einander anzugleichen; der stolze Araber der Wüste und der fleißige und intelligente Armenier, der konservative Bauer Kleinasiens und der bewegliche Grieche der Küsten und Inseln können nicht nach gleichen Gesichtspunkten regiert werden.

Die türkische Rasse besitzt wohl, mag ihr Unglück der letzten Zeit auch das Gegenteil meinen lassen, eine starke militärische und politische Begabung, aber die Befähigung zu kulturellem Schaffen, zum Aufbau geistiger Werte und materiellen Wohlstandes fehlt ihr. Sie hat ihre höchste äußere Blüte dort erreicht, wo sie andere Völker mit dem Schwerte unterwarf und von deren Fleiße zu leben vermochte. Gerade dies wird ihr in den Gebieten, die ihr noch verbleiben, schwerer denn je gemacht werden, und damit wird die absolute Vorherrschaft des türkischen Volkselementes im türkischen Reiche noch schwerer als bisher aufrechtzuerhalten sein; damit aber fällt auch die Möglichkeit straffer Staatseinheit fort.

Man hat auch von der Möglichkeit der Rassenkreuzung, welche einen von der türkischen Rasse abweichenden neuen Volkstyp schaffen würde, gesprochen: eine Utopie; die mohammedanische Religion, Herrin des Volks-

gewissens, steht dem starr entgegen. Sie mag wohl unter gewissen schwer zu erreichenden Bedingungen die Ehe des Mohammedaners mit der christlichen Frau gestatten, insoweit der mohammedanische Glaube der Kinder sichergestellt wird, aber sie verfolgt mit unerbittlicher Rache die mohammedanische Frau, welche den Gedanken einer Heirat mit einem Nichtmohammedaner ins Auge faßt.

Auch die Verschmelzung der mohammedanischen Völker ist eine Unmöglichkeit; mögen sie sich auch im Angesicht eines äußeren Feindes zusammenschließen, sowie der Friede wiedergekehrt ist, werden sie den inneren Kampf wieder beginnen, ins solange das herrschende Volk sein Herrenrecht weiter geltend macht und damit die Unterworfenen stets erbittert, durch seine parteiische Verwaltung kein frohes Staatsbürgergefühl bei den Nichttürken aufkommen läßt. — Mögen auch die eigenwilligsten unter den Mohammedanern des Reiches, die Albaner, aus dem Staatskörper ausgeschieden werden, auch die Araber werden zweifellos trotz der Gleichheit der Religion, die sie mit den Türken verbindet, deren Joch in Zukunft nicht williger auf sich nehmen als in der Vergangenheit.

Wenn jedoch der aufrichtige und ernste Versuch gemacht würde, alle, auch die nichttürkischen Elemente, zu wahrer Gleichheit vor dem Gesetz, zu wahrer Teilhaberschaft an der Regierung des Staates heranzuziehen, durch Aufgabe der türkischen Staatsreligion auch die Armenier, Griechen und christlichen Araber mit dem Bewußtsein gleichen Rechtes zu erfüllen, wenn endlich die türkische Rasse selbst, durch so viel Unglück belehrt, sich zu einem aufrichtigen Versuche der Reform ihrer Sitten, vor allem der Reform ihrer Familienverfassung, der Hebung ihrer Frauen verstehen sollte, dann mag auf asiatischem Boden eine neue Kräftigung des Reiches erfolgen.

Die Türkei hat nunmehr, da sie Mazedonien und Albanien verloren, die Aufgabe, Armenien und Syrien, Yemen und Arabien zu bewahren; auch der Siegespreis dieses Kampfes lohnt einen gewichtigen Einsatz. Der Erfolg ist noch möglich, wenn all den Völkern, welche auf türkischem Boden wohnen, die nationale Autonomie gegeben und die Verwaltung des Reiches auf die freigewollte Zusammenarbeit all dieser Völkergruppen aufgebaut wird.



## CHRONIK

**A**UFRUF serbischer Frauen an das deutsche Volk \*): Die gegenwärtige Stunde ist für unser Volk eine der entscheidungsreichsten der Geschichte.

Nachdem wir im Laufe des vorigen Jahrhunderts durch stets erneute Anstrengungen unser Recht zu leben erwirkten, vollenden wir jetzt durch eigene Kraft und mit Gottes Hilfe

das Werk der Erneuerung und der Befreiung.

Zugleich nehmen wir und unsere Verbündeten von Europa den Alldruck jener stets bedrohlichen immanenten „Balkanfrage“.

Nun aber, da das Ziel so nahe scheint, die ersehnte Kampfesruhe winkt und wir in ruhiger Arbeit, allen Bürgern zum Segen, das Vertrauen der zivilisierten Nationen, das uns erhob, rechtfertigen möchten, richtet sich plötzlich ein Hindernis auf;

\*) Wir geben diesen Aufruf als interessantes Dokument der in Serbien herrschenden Anschauungen.  
D. Red.

wenn es nicht beseitigt wird, sind die Früchte unseres langen und schmerzvollen Ringens auf immer verloren.

Unser ganzes bisheriges Dasein war auf das Wohlwollen unserer Nachbarn angewiesen, sowohl des türkischen als auch des österreichischen. Nie hatten wir den Schlüssel zu unserem Hause in Händen. Niemals haben wir eine volle und ganze Unabhängigkeit gekannt. Bis zu diesen Tagen lebten wir in ständiger Angst, erstickt zu werden.

Während jeder billig Denkende, das Unhaltbare unserer Lage erkennend, mit Freuden unsere Truppen ans Meer schreiten sah, wurden unserer Aktion auf einmal falsche Beweggründe unterschoben, ein diplomatisches Veto entgegengestellt, das einer Gesinnung entsprang, der Worte zu leihen aus Gründen moralischen Prestiges unmöglich war. — Serbiens Zukunft wollte man unterbinden, auf daß es schwach und abhängig bleibe; der Welt aber sagte man: „Die Integrität der albanischen Nation soll gewahrt bleiben“ — Österreich sagte dies, obgleich ja seine Existenz auf der Negierung eben dieses Gedankens voller Unabhängigkeit jedes Volkssplitters aufgebaut ist. „Die Adria ist euch auf ewig verwehrt“, sagt uns derselbe Staat, sagte es zu uns Serben, während dieses Meer an seinen Küsten unsere ersten Niederlassungen entstehen, seit Jahrhunderten außer den Italienern nur Leute unserer Rasse an seinen Ufern wohnen sah.

Unsere Sache wird jedenfalls dem europäischen Tribunal vorgelegt werden, und die Großmächte werden ihr Urteil abgeben. Alle werden erkennen, daß uns eine unbedingte Notwendigkeit treibt, den freien Zugang zum Meere zu fordern. Steht das einmal fest, so ist eine doppelte Lösung möglich: der Zugang zum Ägäischen oder Adriatischen Meer?

Wenn der gewünschte Durchbruch nach dem Ägäischen Meer hin geschehen könnte, schwänden alle Schwierigkeiten von selber. Jedoch neben manchen anderen halten zwei machtvolle Gründe uns von dieser Lösung zurück. Erstens verbietet uns das mit unseren Verbündeten geschlossenes Abkommen, diesen Ausgang zum Meere anzustreben; aber auch wenn dieses Hindernis nicht bestünde, würde doch der Zugang zum Ägäischen Meere nicht den vitalen Interessen unseres Staates entsprechen.

Dieses Tor führt in der Tat gerade nach Süden, während die ganze Bewegung unseres Handels nach Westen und Norden zu gerichtet ist. Es würde also einen Umweg von mehr als 500 km nach Süden erheischen und würde dieser durch eine fast ebenso große Strecke verdoppelt werden, um Italien, unseren wichtigsten Kunden, zu erreichen.

Dem Zeitverlust würde sich eine empfindliche Erhöhung der Transportspesen zugesellen und vor allem die Gefahren eines weiten Transportes in heißem Klima, wo doch, wie man weiß, das Vieh und seine Produkte den Hauptbestandteil unserer Volkswirtschaft bilden.

Der Weg über die Adria, kurz, direkt und der Hauptstrecke nach von Bewohnern unserer Rasse eingesäumt, läßt keine Wahl. Nur das letzte Stück durchschnitt albanesisches Gebiet.

Als aber unsere Truppen durch Albanien zogen, stießen sie nicht nur auf keine Feindseligkeiten, sondern sie wurden von diesem keineswegs als gastfreundlich bekannten Volksstamm aufs wärmste empfangen.

Man hat uns zugemutet, daß wir Eroberungsabsichten hätten, und doch war unsere Absicht rein; wir gedachten, an jenem in nationaler Hinsicht amorphen Volk ein Erziehungswerk zu tun; der nationale Auf-



schwung unseres Landes machte uns für die Erkenntnis der Bedürfnisse aller bedrückten Völker empfänglich. Wir konnten diese unsere Gesinnung nicht klarer dartun, als indem wir jeglicher territorialen Expansion am Meere, dort, wo sie albanisches Gebiet in Mitleidenschaft zöge, feierlich entsagten. Es genügt uns, wenn uns ein Streifen Erde überlassen wird, nur so breit, daß der freie Durchzug bis zum serbischen Hafen an der Küste gewährleistet sei.

Das ist die einfache Forderung, von der eine ganze Nation ihre Zu-

kunft, ja, ihre Existenz abhängen fühlt. Gegenüber den mehr oder weniger zugegebenen egoistischen Interessen des großen Nachbarstaates wie auch gegenüber der übertriebenen Skrupel für die Behütung einer nur fiktiven nationalen Integrität können wir uns auf den Wahrspruch eines großen Staatsmannes berufen... „Es sind Männer, die ein Recht zu leben haben, da sie so gut sterben können“.

Für den Nationalbund serbischer Frauen:

Die Präsidentin:  
*Cath. M. Milovouk.*

## TECHNISCHER & WISSENSCHAFTLICHES FORTSCHRITT CHRONIK

**D**ER Verein „Deutsches Zeitungs-Archiv“ wird mit Beginn des neuen Jahres seine Arbeit aufnehmen. Als die Frucht mehrjähriger Vorarbeiten an denen sich hervorragende Vertreter der Journalistik, der politischen und der gelehrten Welt beteiligten, fand das Unternehmen schon im Entstehen das Interesse weitester Kreise. Seine grundlegende Bedeutung liegt darin, daß, wie die Erfahrung lehrt, die Tagespresse eine Fülle von Material enthält, das, über das Tagesinteresse hinausgehend, von erheblicher Bedeutung für die politische, soziale, wirtschaftliche und kulturgeschichtliche Information ist. Bei dem Mangel geeigneter Einrichtungen zur Aufbewahrung und Erschließung dieses Materials ergibt sich die Notwendigkeit, eine Zentralstelle zu schaffen, die

1. aus der Fülle des Materials

den das Tagesinteresse überdauernden Teil aussondert,

2. über dieses Material durch täglich und monatlich erscheinende zusammengefaßte systematische Auszüge nebst Jahresregister laufend orientiert,

3. die Zeitungen aufbewahrt, damit man auch nach längerer Zeit noch auf das Original zurückgreifen kann;

4. von Artikeln aus vergriffenen Zeitungsnummern durch Abschriften oder auf photographischem Wege Kopien beschafft.

Diese Forderungen wird das Deutsche Zeitungs-Archiv zunächst auf dem Gebiet der Wirtschaft, Sozialpolitik und Politik erfüllen, um dann allmählich auf Grund der gesammelten Erfahrungen noch andere Wissensgebiete einzubeziehen. Im einzelnen leistet das Archiv dem Journalisten und jedem im öffentlichen Leben Stehenden durch seine täglich er-

scheinenden Auszüge aus der Tagespresse wichtige Dienste dadurch, daß es schnell und verläßlich über die öffentliche Meinung in den drei wichtigsten Gebieten orientiert. Dem Wissenschaftler, dem Kaufmann und jedem sozial und politisch Interessierten gibt es in seiner monatlichen Ausgabe mit Jahresregister einen Überblick über alle Artikel der Tagespresse auf seinem Spezialgebiete. Dem Archivar endlich ermöglicht es eine Erweiterung seines Arbeitsgebietes auf einen Teil der Literatur, der sich bis heute ganz oder zum größten Teil seinem Wirken entzog. Das sind seine Leistungen in der Gegenwart. In der Zukunft aber wird das Deutsche Zeitungs-Archiv dem Kulturhistoriker die wichtigsten Dokumente bieten.

Bearbeitet werden täglich über 100 in deutscher Sprache erscheinende Blätter, also auch österreichische, schweizerische und deutsch-amerikanische. Im übrigen wird jeder den Aufnahmeforderungen ent-

sprechende Artikel aufgenommen, sofern ein Belegexemplar übersandt wird.

Es ist erfreulich, daß die Grundidee des Deutschen Zeitungs-Archivs eine derartige Werbekraft besessen hat, daß es möglich war, einen Verein als Träger des Unternehmens zu bilden, dem sowohl aus den Kreisen der Journalistik als auch des Handels, der Industrie und der Wissenschaft erhebliche finanzielle und moralische Förderung wurde.

Das Zeitungs-Archiv stellt seinen Abonnenten jede einzelne seiner drei Abteilungen: Wirtschaft, Sozialpolitik und Politik zu einem Preise von 60 Mk. für die Monatsausgabe bzw. 120 Mk. für die tägliche Ausgabe mit Nachdrucksrecht zur Verfügung. Außer diesen drei Abteilungen ist der gesamte Stoff noch in 16 verschiedene Unterabteilungen nach Spezialgebieten gegliedert, die einzeln bezogen werden können.]

*L. E. Dillinger.*

## MORALISCHE & RECHTS- ENTWICKLUNG

### DIE ROLLE DER GEWALT IN KONFLIKTEN DES MODERNEN LEBENS.

Eine Rundfrage.

Antworten.

II.

Manuel Ugarte (eh. Buenos Aires):



u unserer Zeit und im Lichte der Ideen und Gefühle, die uns erfüllen, kann die Gewalt nur als eine veraltete Ausdrucksform der sozialen Energie und Vitalität gewertet werden.

Dennoch ist nicht zu verkennen, daß dieser Prozeß, mit der Zeit gehend, eine Entwicklung durchgemacht hat, und daß er im 19. und 20. Jahr-

hundert in neuen oder früher wenig bekannten Anwendungen zur Geltung kam. Statt blutig zu sein, ist die Gewalt in diesen letzten Zeiten öfters rein moralischer Natur gewesen; statt von den Unterdrückten nach unten zu wirken, ist sie öfters von den unterdrückten Völkern nach oben geschleudert worden und anstatt den freien Aufschwung der Rasse zu hemmen, war sie in gewissen Augenblicken ein Modus, um ihn zu beschleunigen und zu erweitern. Und wie die Leidenschaften, die Gefühle und die Handlungen — weit davon entfernt, eine unveränderliche Bedeutung zu haben — gut oder schlecht sind, je nach den Umständen, die zu ihnen gehören, und dem Ziel, das wir mit ihnen verbinden, darf man wohl vor der gänzlichen Verdammung der Gewalt haltmachen.

Bei dem heutigen Stand der Zivilisation, wenn wir nicht das Ideal, das uns begeistert, sondern die Wirklichkeiten, die uns gefangen halten, betrachten, würde der absolute Gewaltverzicht der Altruisten, der Entrechteten, der Intellektuellen, der zur Verteidigung weniger Vorbereiteten wie der zur Reinigung des sozialen Zustandes am best Begabten höchst wahrscheinlich eine bedrohliche Rückkehr der Vergangenheit und ihrer Barbarei bedeuten.

Ich will damit nicht sagen, daß Gewalt und Gewalt zweierlei sei, die gute, die uns begünstigt, und die schlechte, die uns schädigt. Aber es ist unleugbar, daß die Gewalt, die ein kleines Volk gebraucht, um sich der Vernichtung seiner Nationalität zu widersetzen, einen anderen Charakter hat als jene, die ein Staat gebraucht, um es zu verschlingen, und daß die Gewalt der Arbeiter, die durch einen Streik der Schmälerung ihrer Interessen entgegentreten, nicht zur Ordnung jener Gewalttaten gehört. Zu unterscheiden wäre die offensive von der defensiven Gewalt, welche letztere in gewissen Fällen der Schutzwall verkannter Rechte ist und aus dem Verteidigungsarsenal der Menschheit nicht ausgeschieden werden kann, solange nicht die erstere aus der menschlichen Gesellschaft verschwunden ist.

Aber auch die Gewalt der Verteidigung kann nur als ein vorübergehender Faktor angesehen werden und darf nur bei größter Überlegung und in den äußersten Fällen Anwendung finden. Solange unter den gegnerischen Parteien, handle es sich nun um persönliche, nationale oder internationale Fragen, der gute Wille herrscht, solange werden die friedlichen Mittel der Aussöhnung und des Schiedsgerichtes immer die erfolgreichsten sein und dem Geist unseres Jahrhunderts am besten entsprechen.

Die Gewalt kann heute nur mehr als ein Mittel gelten, um Gewalt niederzuwerfen.

\* \* \*

Edmond Briat, Arbeiterdelegierter im französischen Arbeitsbeirat, Paris:

Der Streik sollte als Aufhebung, nicht als Bruch des Arbeitskontraktes gelten.

Als Gegner der Gewalt bin ich für die friedliche Regelung von Konflikten. Der Weg dazu ist das obligatorische Schiedsgericht.

Dieses Schiedsgericht wäre zur Hälfte aus Arbeitgebern oder gewesenen Arbeitgebern und zur Hälfte aus Arbeitern oder gewesenen Arbeitern zusammenzusetzen.



Im Fall der Stimmengleichheit hätte der Schiedshof gemeinsam einen Obmann zu wählen, dessen Stimme den Ausschlag gibt.

Um rechtlich anerkannt zu werden, dürfte ein Streik nur nach einer geheimen Abstimmung erklärt werden.

Wenn die Mehrheit sich für den Streik erklärt, ist die Fabrik zu schließen bis zum Augenblick, da die Mehrheit Minderheit wird.

Um die Streikdauer so kurz als möglich zu machen, verpflichtet das Gesetz Unternehmer und Arbeiter, sich dem Schiedsspruch unterzuordnen.

\* \* \*

Payen-Payne, London:

Meiner Ansicht nach ist die Zuflucht zur Gewalt bei der Entscheidung von Konflikten nur sehr selten gerechtfertigt oder ratsam; sie ist es dort, wo ein Volk sich gegen die Eroberung durch ein anderes Volk in legitimer Selbstverteidigung zur Wehr setzt, genau so, wie der einzelne Mensch berechtigt ist, sein Leben gegen einen Mörder zu verteidigen.

Dagegen werden, wenn wir auf dem Wege des Fortschritts genug weitgekommen sind, schiedsrichterliches Verfahren und Beweisgründe mächtig genug sein, um das Übergewicht der rohen Gewalt aufzuheben.

\* \* \*

Abbé Paul Naudet, Professor am Collège libre des Sciences-sociales, Paris.

Alle die Fragen, die Ihr Rundschreiben stellt, auf einmal zu beantworten, fehlt mir die Muße. Ich will aber versuchen in einem einzigen Punkt gründlich zu sein. Ich glaube, daß, was den Streik anbelangt, die Gewalt kein notwendiger Fortschrittsfaktor ist. Zugegeben, „der starke Ton“ hat manchmal Erfolg; aber es ist dies die Ausnahme. Die Gewalt kann manchmal den Ausschlag geben, ist aber nicht unersetzlich und erreicht nur dort etwas, wo auch ohne sie erreicht worden wäre, vielleicht weniger schnell, aber nur desto sicherer. Ich bin also Anhänger des Streikrechts, zugleich aber auch für seine gesetzliche Begrenzung. So legitim an sich eine Einrichtung auch sei, darf sie doch nicht ihrerseits die Quelle von Ungerechtigkeit, Unordnung und Anarchie werden. Wenn es unzulässig ist, daß ein Unternehmer über Nacht seine Fabriken schließe und seine Leute auf die Gasse werfe, so ist es nicht weniger unzulässig, daß die Arbeiter nach ihrem Belieben plötzlich gemeinsam von der Arbeit laufen können, unbekümmert um die Folgen, die diese plötzliche Unterbrechung für den Brotherrn und für die Gesamtheit hat. Es liegt ein scheinbarer Gegensatz darin, daß weder einer übermächtigen Kapitalmacht Hunderttausende von Individuen schutzlos überlassen sein sollten, noch auch, daß eben diese Hunderttausende von Individuen, wenn sie ihren Vorteil darin ersehen, in kurzer Wallung das gesamte Wirtschaftsleben auf den Kopf stellen dürfen. Diesen Gegensatz auszusöhnen, müssen klare, gesetzliche Bestimmungen geschaffen werden, ähnlich wie ja sogar der Krieg ein Kriegerrecht anerkennt. Gewiß wäre die Frage viel leichter zu lösen, jeder einzelne sein Tagewerk nicht bloß auf den Nutzen hin ansehen wollte, den er daraus zieht, sondern den es der Gesamtheit bringt. Aber ein der-

artiger Gesichtspunkt ist von unseren Zeitgenossen nicht zu verlangen, die ja im Individualismus so tief darin stecken.

Seit einigen Jahren haben Länder, wie England, Kanada, Belgien und Italien, dem Beispiel Australiens folgend, versucht, die Streikerklärung gesetzlich zu regeln. Gewiß wünscht man diesen Versuchen den besten Erfolg. Eine gewisse Skepsis läßt sich jedoch nicht unterdrücken. In meinem Buch „Eigentum, Kapital und Arbeit“ habe ich mich zu erklären versucht. Hier möge mir genügen, darauf hinzuweisen, daß, solange die arbeitende Gesellschaft nicht organisiert sein und nicht ihren Teil von Selbstherrlichkeit haben wird, um ihr eigenes Leben zu leben und durch ihr Dasein ihren Angehörigen die bestmögliche Zukunft zu sichern, wir im Argen liegen bleiben. Heißt das, daß man dem Heft das Messer nachwerfen soll? Keineswegs; wenn es unmöglich sein sollte, das Mehr zu gewinnen, muß man das Weniger nehmen. — In Frankreich gibt es bis jetzt einige Einrichtungen, sowohl um Konflikten vorzubeugen als auch, um sie zu schlichten; so die Arbeiterausschüsse und Einigungsämter, bestehend aus Arbeitgebern und Arbeitern.

Auch das französische Gesetz von 1892 über Ausgleich und Schiedsgericht hat gute Resultate erzielen lassen; doch da es rein beschwichtigend, nicht vorbeugend wirkte und oft sehr schwierige Aufgaben einer wenig entsprechenden Richterschaft übertrug, bildet das spätere Gesetz vom 17. Juli 1908 einen entschiedenen Fortschritt. Auch dieses könnte noch vervollkommen werden; in ernsteren Fällen könnte an noch qualifiziertere Behörden appelliert werden — aber alles das, Palliative.

Meiner Ansicht nach kann nur ein gesetzlich bekräftigtes Zunftwesen (Zunft nicht zu verwechseln mit Gewerkverein — seit Turgot gibt es in Frankreich keine Zunft mehr —) den ersehnten industriellen Frieden bringen. Ihm käme die Obhut über die Rechte seiner Glieder zu, die wiederum seiner Oberhoheit unterstünden. Die Zunft könnte demnach im Notfalle auch für sie haften. Sie ist die Beschließerin des kollektiven Arbeitsvertrages, dessen Stabilität sie verbürgt. Vor dieser Wiedergeburt der Zunft aber — könnte nicht von den heute bestehenden Gewerkvereinen wenigstens ein Teil dessen verlangt werden, was die Zunft der Gesellschaft bieten würde? — Für den Anfang würde es genügen, den Gewerkschaften als einziger organisierter Macht — neben einer tatsächlichen gewerblichen Juridiktion über die Arbeiter — die gesetzliche Vertretungsbefugnis für die Gesamtheit der Gewerbemitglieder zuzuerkennen. Sogar das Recht könnte ihnen beigegeben werden, alle interessierten Arbeiter zur Abstimmung für und gegen den Streik aufzurufen. Dann allein wäre es möglich, Maßregeln gegen jene zu fordern, die der Entscheidung der Mehrheit auf Niederlegung der Arbeit zuwiderhandeln. Es ist unzulässig, daß die außerhalb des Gewerkvereins Stehenden im Augenblick des Kampfes die Pflichten einer Solidarität verleugnen, deren Nutznießer sie nach geschlagener Schlacht sein werden, wo sie selbst doch diese Schlacht durch Erhöhung des patronalen Widerstandes nur verlängert haben.

Ich glaube nicht, daß beim heutigen Stand der Dinge die Verfolgung der Streikbrecher — auch ohne Gewalt — gutgeheißen werden könne; denn weder den Gewerkschaften noch den Streikenden kommt es zu, die Arbeit zu untersagen; indem sie keine soziale Macht, keine soziale Autorität darstellen, besitzen sie keine rechtlichen Zwangsmittel, und überhaupt kann die Gesellschaft nicht zulassen, daß einfache Privatleute ihr eigene Gerechtsame handhaben.

Aber wenn die Gewerkschaft schon nicht Einsprache erheben könnte während des Streiks, und wenn die Macht und Meinung der Öffentlichkeit zurückwiche vor der unmittelbaren Einengung dessen, was man recht fälschlich „die Arbeitsfreiheit“ nennt — so würde doch nach der Schlacht nichts verschlagen, die Dissidenten zur Verantwortung zu ziehen und eine Stufenleiter von Strafen aufzustellen von der wöchentlichen oder monatlichen Lohnentziehung an bis zum ultimo ratio einer zeitweisen Außerdienststellung, die — wie es im Falle unwürdiger Lehrer geschieht — bis zum bleibenden Ausschluß von gewissen Ämtern, Rechten oder Privilegien eines Gewerbes gehen könnte.

\* \* \*

Dr. Sakunoshi Motoda, Tokio:

Ich bin nicht der Ansicht, daß die Entscheidung internationaler oder anderer Konflikte durch Gewalt zu geschehen habe, es sei denn im Falle der Selbstverteidigung. Noch im gegenwärtigen Stadium der Zivilisation werden oft unvernünftige Angriffe gemacht, um das Leben anderer, sei es nun das von Nationen oder Einzelmenschen, zu gefährden. Nur auf solche Angriffe hin sind Gewaltmittel zur Selbstverteidigung zulässig.

Das einzig mögliche Mittel zur Entscheidung von Streitpunkten ohne Gewalt ist die Moral. Keine andere willkürliche Einrichtung ist imstande, die entscheidende Überlegenheit physischer Gewalt aufzuheben. Die Entwicklung des moralischen Gewissens sowohl der Gesamtheit als auch des einzelnen ist daher dasjenige, was nottut.

\* \* \*

Wilhelm Börner, Sekretär der österr. „Ethischen Gesellschaft“, Wien:

Zunächst einige Bedenken zum Fragebogen selbst:

Ich halte es nicht für zutreffend, den „Kampf ums Dasein“ mit „Gewalt“ gleichzustellen. Es ist sehr wohl ein „Kampf ums Dasein“ ohne Gewalt zu denken — durch reine „Auslese der Tauglichsten“ nach Prinzipien der Gerechtigkeit —, wie es andererseits vielfache Gewalt gibt, die mit „Kampf ums Dasein“ gar nichts zu tun hat.

Weiter sind die angeführten Formen der Gewalt keineswegs erschöpfend, wie das „usw.“ übrigens schon andeutet. Der Begriff der Gewalt ist bedeutend weiter zu fassen, als er durch die genannten Begriffe umschrieben wird. Das ganze Strafrecht beruht ja auf Gewalt; auf der Gewalt der Gesellschaft über den einzelnen.

Endlich möchte ich bemerken, daß man sehr wohl ein Verteidiger der Gewalt sein kann, ohne sie deshalb „als das beste Mittel zur Entscheidung ökonomischer, politischer und persönlicher Streitpunkte“ ansehen zu müssen.

Soviel über den Fragebogen. —

Im folgenden will ich mich nun an die gestellten Fragen halten.

1.

Lynchjustiz ist eine atavistische Erscheinung, die ihrem Wesen nach der Zivilisation, Gerechtigkeit und Menschenwürde ins Gesicht schlägt



und durch das geordnete, normative Justizwesen der Kulturgemeinschaften ohnehin ausgeschaltet ist.

Revolution ist ihrem Wesen nach auflösend und zersetzend, während die positiven Erfolge nicht mit dem geringsten Grade von Bestimmtheit vorauszusehen sind. Deshalb ist diese Form der Gewalt, eben wegen ihrer negativen Tendenz — die, wie die Geschichte zeigt, natürlich mit positiven Ergebnissen sehr wohl vereinbar ist —, sittlich verwerflich.

Krieg ist der Ausfluß des heute bestehenden anarchischen Verhältnisses der Staaten zueinander und ist einzig und allein als Notwehr gegen meuchlings geführte Einbrüche in die eigenen Rechte eines Staates sittlich gerechtfertigt.

Das Duell, das seinem Ursprunge nach eine Verirrung des kulturell rückständigen Spaniens ist, entbehrt jeder ethischen Basis und fristet nur durch gesellschaftliche Vorurteile und geistige Unselbständigkeit weiter Kreise sein unwürdiges Dasein.

Der Streik nimmt insofern eine Sonderstellung ein, als er nicht einen aktiven, sondern einen passiven Gewaltakt darstellt. Dieser ist als Defensivmittel sittlich gerechtfertigt, als Offensivmittel zu verpönen.

### 3.

Als Ersatz der Kriege sind ständige, internationale Schiedsgerichte einzusetzen, welche hauptsächlich den Konflikten vorzubeugen haben.

Duelle sind durch Ehrengerichte zu beseitigen, denen Männer und Frauen verschiedener Berufe und verschiedener sozialer Schichten angehören sollen.

Den Streiken ist durch parteilose Schiedsgerichte vorzubeugen, denen durchwegs uninteressierte Persönlichkeiten aus dem Lager der Arbeitgeber und Arbeitnehmer anzugehören haben.

Im allgemeinen wird die Gewalt in dem Maße aus dem öffentlichen und privaten Leben ausgeschaltet werden, in dem die Konflikte an Ungerechtigkeit, Schärfe und egoistischer Einseitigkeit verlieren. Der sicherste Weg, die Gewalt zu beseitigen, ist demnach die Steigerung des Gerechtigkeits- und Verantwortlichkeitsgefühles und der selbstlosen Hingabe an soziale, ideelle Zwecke. Dieser Weg kann aber nur angebahnt werden durch eine vertiefte sittliche Erziehung aller Volkskreise auf rein humaner Grundlage.

\*

\*

\*

Generalprokurator Lino Ferriani, Como:

Unter keiner Form entspricht der Würde der modernen Menschheit die Gewalt. Denn sie ist an und für sich ein Überbleibsel des barbarischen Mittelalters.

Das große Werkzeug der sozialen Wiedergeburt muß die Erziehung sein.

Die allgemeinen Konflikte zwischen den verschiedenen Völkern sind durch internationale Schiedsgerichte zu schlichten, wie es mit privaten Streitigkeiten schon lange und ausschließlich durch die nationale Gerichtsbarkeit

geschieht. Die Konflikte zwischen dem Kapital und der Arbeit können durch Lohnämter, bestehend aus gewählten Vertretern aller Klassen und Interessen, beigelegt werden. Auf einer wahrhaft demokratischen Grundlage hat die Gewalt keinen Platz mehr.

\* \* \*

Alexandra David, Tunis:

Im Hintergrunde jedes der sechs Gesichtspunkte, aus denen heraus die Frage gestellt ist, erscheint das Problem des individuellen Daseins. Kann der Durst nach Leben, Freude, Wachstum, Dauer, den jeder individualisierte Organismus, sei er Mensch, soziale Klasse, Gesellschaft, Nation, in sich trägt — kann dieser Durst anders als durch Aufsaugung anderer Organismen befriedigt werden, die ihrerseits, von den gleichen Instinkten beseelt, nach Verminderung, Unterwerfung oder Vernichtung des Besiegten zugunsten des Siegers verlangen?

Wie auch unser Herz sich zusammenkrampft beim Anblick der Dramen, die dieser Kampf entrollt — nicht Gefühle können derartige Fragen entscheiden. Die Wissenschaft bestärkt leider nicht unseren Optimismus. Die Naturbeobachtung zeigt uns ein großes Schlachtfeld. Welch phantastischer Kampf der Mikroben in jeder unserer Zellen, jedem Blutkörperchen in uns selber! In Wahrheit widersteht unser Dasein den anstürmenden Elementen, die es umgeben, nur, indem es ihnen — vernichtend und assimilierend zugleich — noch mehr nimmt, als sie ihm entziehen. Der Tag, wo das Verhältnis sich umkehrt, wo die nachbarlichen Leben mehr aus uns heraus-schöpfen, als uns abgeben, ist der Zeitpunkt des Verfalles, ist die Auflösung, ist der Tod.

Was Gesetz ist in der physischen Welt, kann es nicht Gesetz sein in der moralischen Welt, die ja aus der physischen hervorgeht, sie zur Grundlage hat, freilich auch wieder auf sie zurückwirkt, jedenfalls aber untrennbar mit ihr verbunden ist?

Wir möchten Ja! rufen, möchten die Kraft des Geistes der Schwachheit des Fleisches entgegenstellen, möchten für uns den Titel der Überlegenheit über die anderen Wesen fordern. Aber der Geist erscheint uns zu sehr an das Gehirn gebunden, durch das wir ihn erkennen, und wir sind von dem Wahne genügend geheilt, eine Kluft zwischen der Natur des Menschen und der der übrigen Ausdrucksformen organischen Lebens aushöhlen zu wollen, um hier kategorisch zu antworten.

Eine unbedingte Verneinung der Möglichkeit, an Stelle der physischen Gewalt Frieden zu setzen, wäre andererseits ebenso kühn, wenn nicht noch weniger gerechtfertigt. Es wäre sogar falsch zu behaupten, daß die Gewalt nicht langsam und allmählich aus dem Kreise menschlicher Gemeinwesen ausscheide. Der Abstand unserer Sitten von denen der barbarischen Zeiten braucht nicht aufgezeigt zu werden. Sind wir besser geworden, im übertragenen Sinn? — Ich würde nicht wagen es zu entscheiden und um diese Frage handelt es sich hier auch gar nicht. Aber unsere Nerven haben sich verfeinert, wir haben etwas von unserem Hang zum Tierischen verloren, weil wir dem Schmerz empfindlicher geworden sind, den zu umgehen, wir uns mehr bestreben. Die Vielgestalt des zivilisierten Lebens hat uns unsere Interessen anders auffassen gelehrt. Es ist erlaubt zu denken, das diese

selbst sich mehr und mehr erleuchten und uns dahin führen werde, die Gewalt als dem Endziel (Wohlergehen und Glück), das wir suchen, *schädlich*, zu verschmähen.

Vom Moment an, wo es uns gelungen ist, die erste und natürlichste Form der Gewalt unwesentlich zu machen: die Regelung individueller Uneinigkeiten durch physischen Kampf beider gegnerischen Parteien, dürfen wir, gestützt auf diese Tatsache, die Einschränkung kollektiver Gewaltausbrüche anstreben.

Der Krieg begann damit, ein etwas ausgedehnterer individueller Kampf zu sein. Man schlug sich familienweise, in Stämmen eines Zweckes willen, der jeden einzelnen Kämpfer anging. Heut ist es anders. Die Nationen sind aus heterogenen Elementen gebildet, öfter durch die Zufälligkeiten der Politik als innere Angleichung verbunden; die Interessen dieser Bestandteile können sich tief widersprechen. Die sozialen Klassen andererseits sind noch viel weiter von einer Interessengemeinschaft entfernt.

Man hat heute aufgehört, sich für Ideen zu schlagen; die internationale Politik behandelt nur mehr „Affären“. Jede Staatsgewalt kann einem Handelshaus verglichen werden, das die Prosperität seiner Firma zu steigern und der Konkurrenz die Stirn zu bieten wünscht. Dabei gibt es in jeder Nation eine bedeutende Masse Individuen, die nicht oder nur ganz geringfügig an den Einkünften der sozialen Firma beteiligt sind, so daß sie aus eigenem Interesse wohl nicht ihr Leben daran wagen würden. Während aber so die vielfach rein konventionelle Scheinnatur der nationalen Solidarität hervortritt, läßt die Notwendigkeit der internationalen Solidarität sich immer schärfer erkennen. Eine doppelte Bewegung setzt ein, Bande lockern sich und Bande knüpfen sich, und eine Interessenkreuzung, moralisch und materiell, gefolgt von einer Sympathiekreuzung, macht die gewaltsame Regelung von Konflikten immer schwieriger, da unter diesen Bedingungen eine bedeutende Anzahl der Mitkämpfer auf beiden Seiten gestört und geschädigt würde.

Schon leisten die Schiedsgerichte der Sache des Friedens wichtige Dienste, vor allem aber sind sie ein Fingerzeig in die Zukunft, da die gereifte Einsicht der Völker eine Methode, die heute schon erfolgreich persönliche Konflikte schlichtet, auch für die Schlichtung kollektiver Zwistigkeiten zulassen wird.

Immerhin muß man von ihr nicht die Abschaffung des Krieges erwarten, solange dieser noch von den Massen geduldet wird und sie noch den Hintergedanken nicht aufgegeben haben, zu ihm ihre Zuflucht zu nehmen.

Die Entwicklung des Friedensgedankens ist ganz und gar eine Erziehungsfrage.

Die Wirksamkeit der Gewalt im Klassenkampf ist anders zu beurteilen. Wir kommen damit auf jene alte Kampfform zurück, die ich oben erwähnte, wo der Stamm einen anderen Stamm bekriegt, um Interessen willen, die jeden einzelnen Mann direkt angehen. Die Leidenschaften sind natürlich lebendiger, und es ist schwer, hier über Instinkte zu richten. Jedoch erscheint mir die Idee, durch eine gewaltsame Auflehnung, die Wegräumung gewisser Individuen, eine radikale Umwandlung der sozialen Beziehungen zwischen den Menschen herstellenn zu können, recht einfältig. Die Revolution kann den Platz verändern, den bestimmte Elemente in der Gesellschaft eingenommen hatten, kann Reichtum und Macht der einen Kaste einer anderen in die Hände spielen, aber das innere Wesen der Menschen umändern, das kann sie nicht: Jeder soziale Zustand ist der Widerchein der ökonomischen, politischen, moralischen oder philosophischen Ansichten derer, die ihn geschaffen haben und ihn erhalten.



Der Streik, der eine Form der Revolution ist, in der die List die offene Gewalt ersetzt, kann gewiß in besonderen Fällen Erfolg haben. Aber Erfolg worin? . . . In einer Aufbesserung der Löhne um einige Pfennige: diese Pfennige mögen nicht unwichtig sein für die, die sie errungen haben, aber wodurch ändern sie die Grundfesten der sozialen Organisation, die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital und die Auffassung, die die Mehrzahl der Menschen von der Rolle des Schiedsgerichts und von dessen wahrem Wesen hegen?

Die Sabotage ist nur eine ausgeübte Bosheit oder ein Kampfmanöver von höchst beschränkter, episodenhafter Tragweite. Die Bosheit ist öfters sehr verständlich, und das Manöver kann von vorübergehendem Interesse sein, aber nie kann darin ein Weg zu irgendwie großzügigen Resultaten erblickt werden.

Auch hier wieder kann nur die Erziehung mit ihrem Einfluß auf die Geistesrichtung der Arbeitermassen etwas bewirken. Sie sind in der Überzahl. Ohne zu tragischen Gebärden greifen zu müssen, würde es genügen, daß sie sagten: „Wir wollen.“ Aber um es derart sagen zu können, müßten sie einen klaren Willen gefaßt und den sozialen Zustand daraufhin erkannt haben, wie er zum größtmöglichen Glück der größtmöglichen Zahl zu führen sei.

Die Lynchjustiz leitet zu der Frage von der Todesstrafe über mit dem Unterschied, daß jene als Ausfluß einer spontanen Empörung der meist direkt Betroffenen in den Augen des Denkers einer gewissen Entschuldigung gewärtig sein kann, die dem juridischen, von Gleichgültigen kalten Sinnes begangenen Mord keineswegs gebührt. Man darf nichtsdestoweniger nur mit Grauen derartige, die Menschenwürde entstellende Gedankengänge verfolgen und muß ihrer energisch Herr zu werden suchen.

Hierauf vom Duell zu sprechen, das heißt von der Tragödie zur Komödie übergehen.

Wie kann man vergessen, was die Grundlage, das Prinzip und die Rechtfertigung des Duells waren: der Glaube an eine göttliche Dazwischenkunft? An seine Stelle ist eine galante Spielerei getreten, die nur brutal ist, aber keinen Sinn hat. Das Gottesurteil sollte im Duell den Schuldigen vom Schuldlosen unterscheiden. Der Besiegte war, dem Zeitgeist entsprechend, unfehlbar im Unrecht.

Heute, wo viele Duellanten nicht mehr an Gott glauben oder zu mindest nicht daran, daß er so unmittelbar seine Meinung abgeben werde — was beweist da ein Waffengang? Etwa die Tapferkeit der Widersacher? — Viele Sporte, die in aller Einfachheit geübt werden, sind gefahrvoller als das Duell.

Ein epischer Hauch konnte im Mittelalter selbst die Roheiten der Blutrache ein wenig idealisieren; das Duell von heute gleicht eigentlich, ins Salonfach übertragen, den abgekarteten Schlägereien der Plattenbrüder, nur daß die Duellanten sich antiseptischer Klingen und geschwächer Ladungen bedienen und ein Arzt sofort bereit ist, die Wunden zu verbinden. Eine zivilisierte Gesellschaft kann weder die eine noch die andere Form von Zeitvertreib gestatten.

Habe ich die mir gestellten Fragen beantwortet? Vielleicht hätte ich mich präziser fassen sollen. Allein der Trieb zur Gewalt, der Glaube an ihre Wirksamkeit lassen sich meines Erachtens nicht durch Gesetzestexte und internationale Konventionen abstellen. Es ist immer mißlich, Gesetze zu schreiben für eine Zukunft, wo die moralischen und sozialen Bedingungen

in denen die Menschen leben werden, ihnen andere Bedürfnisse und andere Gefühle einflößen werden, als die sich uns heute aufdrängen.

Die Intelligenz ist es, die allen Fortschritt bewerkstelligt, alles wahrhafte und dauernde Glück aufbaut und in der Anregung des Denkens in den Gehirnen besteht die Aufgabe derer, die davon träumen, das Leiden der Menschheit zu mindern. Ich kann keinen anderen Weg erblicken, noch eine andere Antwort geben.

\* \* \*

Julius v. Pflugk-Hartung, Geheimer Archivrat, Professor, Berlin:

Mir erscheinen alle Gewalttaten verwerflich, weil sie unmoralisch sind, außer da, wo es gilt, Verbrechen zu verhindern oder zu bestrafen. Sachlich aber lehrt eine vieltausendjährige Geschichte, daß die Macht und die auf dem Machtgeföhle beruhende Gewalttat stärker war als das Recht; es sei denn, daß das Recht sich zur Macht gestaltete. Deshalb gälte es, dem Recht überall möglichst zur Macht zu verhelfen, gewissermaßen Recht und Macht zur Einheit zu bilden. Dies ist sehr schwer, ja unmöglich, weil die Auffassung von Recht und Unrecht nicht nur bei den einzelnen Menschen, sondern auch bei den verschiedenen Völkern verschieden sind. Durch Natur und Verhältnisse sind die Menschen verschieden, und die Verschiedenheit steigt mit dem Wachsen der Kultur. Es bleibt nur übrig, die Gewaltanwendung einzudämmen, die Selbstsucht und Leidenschaften zu beschränken. Dies geschieht am besten durch Schiedsgerichte, denen aber die Macht des Vollzugs und Strafgewalt zu Gebote stehen muß. Freilich auch die Schiedsgerichte bilden zunächst nur einen Notbehelf, weil sie schwer, vielleicht unmöglich ins Werk zu setzen und wie alles Irdische dem Irrtum ausgesetzt sind. Bei wirklicher Lebensfähigkeit würden sie außerdem überlastet sein. Erst wenn es gelingen sollte, die Menschheit geistig und sittlich bis zu der Tatsache werdenden Erkenntnis zu veredeln, daß das Wohl des einzelnen das der Gesamtheit bedingt, und umgekehrt, der einzelne erst in der Gesamtheit wahrhaft glücklich ist und sein kann, erst dann wird die Gewalttat zurücktreten. Aber auch hier ist zu bedenken, daß die Erhöhung der Kultur keineswegs die der Sittlichkeit bedingt, sondern nur zu oft mit der Ausbildung des Individuums das Gegenteil bewirkt. Alle Völker von hoher oder gar Überkultur sind zugrunde gegangen oder doch rückfällig geworden.

Praktisch bleibt nur: Erziehung der Menschen zur Menschlichkeit, zur Abkehr von Vergewaltigungen und Eindämmung von Selbstsucht und Leidenschaft durch Schiedsgerichte mit Vollzugsgewalt. Bis dahin wird die Gewalt weiterherrschen, wie sie es stets getan hat.

\* \* \*

Thomas Barclay, London:

Meiner Ansicht nach ist die Anwendung der Gewalt nur zur Vollziehung eines gerechten Schiedsspruches gerechtfertigt, wenn alle vernünftigen friedlichen Mittel erschöpft sind und es unmöglich geworden ist, demselben auf eine andere Art und Weise Geltung zu verschaffen.

Ich kann mir kein System der Schlichtung von Streitpunkten denken, das die entscheidende Überlegenheit physischer Gewalt beiseiteschöbe.

Selbst ein allgemeiner Staatenbund, der über die Befolgung der Sprüche eines internationalen Schiedsgerichts zu wachen hätte, stellt in sich selbst nur einen Appell an numerische Stärke dar, und die Entscheidungen des Schiedsgerichts könnten einer widerspenstigen Nation gegenüber nur mit Hilfe physischer Gewalt vollzogen werden. Quis custodiet custodis?

Das Streben der Friedensfreunde muß darauf gerichtet sein, die Anwendung physischer Gewalt bloß auf die Vollziehung richterlicher Entscheidungen zu beschränken, nicht aber diese zunichte zu machen.

Der Hauptgegenstand, der mich vom internationalen Standpunkt aus interessiert, ist die Verbreitung der Lehre vom Weltfrieden über die ganze Erde. Jede in diesem Sinne erhobene Stimme, jede in diesem Sinne geleistete Arbeit wird durch die Verstärkung der Zahl der Friedensfreunde dazu beitragen, die Nationen aufwärts zu führen.

\* \* \*

Dr. Karl von Amira, Professor an der Universität München:

Gewisse Formen der Gewaltanwendung sind vom positiven Recht gestattet. Dahin gehört nach dem heutigen Völkerrecht der Krieg, nach nationalem Privatrecht die Selbsthilfe in Notfällen und bei Besitzentziehung sowie bei Besitzstörung, nach nationalem Gewerberecht der Strike. Andere Formen hingegen sind vom positiven Recht bei Strafe verboten wie z. B. Duell, Lynchjustiz, Sabotage. Ihrem Begriff nach widerrechtlich ist die Revolution.

Von den widerrechtlichen Formen der Gewaltanwendung wird sich im Zweifel sagen lassen, daß sie auch zweckwidrig sind, wenn dadurch Streitigkeiten ausgetragen werden sollen. Wie oft ist dies nicht bezüglich des Duells mit zahllosen Gründen ausgeführt worden? Und ähnliche würden sich auch gegen die anderen Formen rechtswidriger Gewalt geltend machen lassen. Aber schon hier wäre eine Klausel zu machen. Zwar nicht bei Duell und Sabotage, wohl jedoch bei Lynchjustiz und Revolution. Es hat immer Fälle gegeben, wo diese Formen rechtswidriger Gewalt sich als einzige und eben darum auch zweckmäßige Entscheidungsmittel erwiesen. In der Lynchjustiz kann sich das materielle Recht durchsetzen, wo das formelle seinen Dienst versagt; die Gesellschaft stößt den Verletzer ihrer Ordnung in außerordentlichem Verfahren aus, wo er ausgestoßen werden muß, aber das ordentliche Verfahren dazu nicht ausreicht (z. B. wegen Parteilichkeit oder Lässigkeit oder Schwäche der Staatsorgane). In der Revolution kann sich die Gesellschaft an Stelle eines unerträglichen formalen Rechtszustandes einen neuen schaffen, wenn sich ihre Glieder dem neuen tatsächlichen Zustand zu assimilieren vermögen, so daß er ihnen fortan als der ordentliche gilt. Beispiele dafür liefert die Geschichte der meisten Revolutionen.

Was die rechtlich erlaubte Gewalt betrifft, so verhält sich hier die Sache umgekehrt. Im allgemeinen ist die Gewalt erlaubt, weil und soweit sie als zweckmäßig gilt. Allein es kann Ausnahmen geben, wo sie zwar erlaubt, jedoch zweckwidrig ist. Dies wäre von vielen Kriegen zu sagen. Zweckmäßig könnte der Krieg nur sein, wo eine Entscheidung unentbehrlich, aber auf keinem anderen Weg zu finden ist. So waren z. B. die Eroberungskriege der Völkerwanderungsperiode meist zweckmäßig, weil die Übervölkerung der Staatsgebiete die Bewohner dazu



zwang, entweder die Gebiete mit Gewalt zu erweitern oder mit Gewalt neue Gebiete aufzusuchen. Mutatis mutandis gilt das nämliche vom Strike. Er ist rechtlich erlaubt. Jedoch wie oft hat er nicht seinen Zweck verfehlt, wie oft war er andererseits das einzige Mittel, das zu seinem Ziele führte?

Zu den Schäden, welche die Gewalt für die Gesellschaft wie für deren einzelne Glieder verursachen kann, wären außer den Wertzerstörungen noch zu rechnen und dann vielleicht noch höher zu veranschlagen: dauernde Verstimmung und Unfriede unter den Gliedern der Gesellschaft, Erschütterung ihres Rechtsgefühls, Nachwirkung des schlechten Beispiels u. dgl. m. Diese Schäden werden im allgemeinen durch keinerlei Vorteile aufgewogen.

Aber anders verhält es sich, wenn überhaupt einmal nach obigem die Gewaltanwendung für zweckmäßig gelten muß. Da liegt in der gewonnenen Entscheidung, in der wiederhergestellten Ordnung allein schon der Vorteil, der die etwa sonst angerichteten Schäden aufwiegt. Dieses zeigt sich schon darin, daß nach Eintritt des Friedenszustandes auch die Besiegten sich in verhältnismäßig kurzer Zeit den neuen Verhältnissen zu assimilieren pflegen. Sie, die meist Geschädigten, bringen das Opfer um der neuen Ordnung willen.

Schiedsgerichte zum Austrag von Lohnkämpfen und von Ehrenhändeln innerhalb des Staates und internationale Schiedsgerichte zum Austrag von Streitigkeiten unter Staaten erweisen sich mehr und mehr als vorzügliche Mittel zum Ausschluß von Gewalttätigkeiten. Internationale Schiedsgerichte werden es mit der Zeit insbesondere auch unmöglich machen können, daß ein einmal völkerrechtlich geordneter Zustand hinterher noch durch Gewaltanwendung erschüttert werde. Doch darf man sie nicht als Allheilmittel betrachten. Denn es wird immer darauf ankommen, ob ihre Entscheidungen befolgt werden. Innerhalb des Staates kann dafür gesetzlich gesorgt werden und pflegt gesetzlich gesorgt zu sein, daß dem Schiedsspruch die Streitteile auch nachleben. Nicht so von Staat zu Staat. Hier könnten nur Verträge unter Staaten vorgehen, indem sie eine internationale Polizei errichten würden. Aber Verträge unter Staaten müssen von diesen freiwillig erfüllt werden, wenn sie ihren Zweck erreichen sollen. Es wird folglich letzten Endes alles davon abhängen, zu welchem Grad von Einsicht die Völker und ihre Regierungen gelangt sind. Man muß daher trachten, unter den Völkern ein möglichst tiefes gegenseitiges Verständnis zu verbreiten sowie die Erkenntnis, wie sehr sie aufeinander angewiesen sind.

\* \* \*

Stoyan Markowitsch (Sarajewo):

Ich glaube recht daran zu tun, wenn ich mich auf Beurteilung der Gesichtspunkte beschränke, welche aus dem augenblicklichen Balkankonflikt erwachsen.

Der Krieg der Balkanstaaten mit der Türkei scheint mir seinem inneren Wesen nach weniger ein Krieg als eine Revolution zu sein. Seit einem Jahrhundert sind die christlichen Rajas der europäischen Türkei in offenem oder latentem Aufstand gegen den türkischen Feudalismus, der ihnen gesetzlich — in Form hoher Pachtzinse an den Pachtherrn und Steuererpressung durch die Behörden — sowie ungesetzlich, durch sonstige Erpressungen seitens der Obrigkeit, Plünderung seitens der mohammedanischen Bevölkerung

usw. schwerste Bedrückung auferlegt. Die aufständischen Rajas wurden Ende der siebziger Jahre durch Rußland unterstützt und ein Teil von ihnen befreit; heute machen die damals Befreiten, die inzwischen die Königreiche Bulgarien und Serbien begründet haben, gemeinsame Sache mit den revolutionären Kämpfern in Mazedonien und suchen deren endgültige Befreiung zu erzwingen.

Die schiedsgerichtlichen Methoden, welche Konflikte zwischen konsolidierten Staaten ausgleichen können, sind natürlich auf die mazedonische Frage nicht anwendbar. Jeder Schiedsgerichtshof hätte im Sinne des formalen Rechtes entscheiden müssen, daß Bulgarien und Serbien keinerlei Rechtsanspruch auf Aufgabe der türkischen Souveränität besitzen, gerade so, wie die Kämpfer der französischen Revolution offenbar einen Rechtsbruch gegenüber dem Königtum begingen, der von jedem Gerichtshof als solcher hätte beurteilt werden müssen, geradeso wie die Männer, welche die österreichische, preußische, russische Konstitution im Kampfe mit den absoluten Regierungen erstritten, sich gegen das formale Recht vergangen haben. Hier liegen eben Zersetzungsprozesse im Innern eines Staates vor, welche die alten Formen zerreißen und das Werden neuer Formen erzwingen. Das Recht, welches ja nur die von der Gewalt geschaffenen tatsächlichen Verhältnisse umschreiben und einheitlichen Gesichtspunkten unterordnen kann, kommt da nicht in Frage.

Wohl aber läßt sich auf die Befreiung der christlichen Balkanbewohner die zweite Frage Ihrer Enquete anwenden, die nach der Legitimität der Revolution. Für Staaten, welche auf die Herrschaft eines Volksstammes begründet sind (Türkei, Rußland) oder auf die Herrschaft einer Klasse (was in gewissem Grade auf Preußen zutrifft), für Staaten, in denen der herrschende Volksstamm oder die herrschende Klasse der unterjochten Bevölkerungsmehrheit die Möglichkeit, ihre Wünsche mit den Methoden einer demokratischen Staatsverfassung geltend zu machen, verweigern, scheint mir allerdings die Revolution das einzige Mittel, um den geschichtlichen Wandlungsprozessen zum Durchbruch zu verhelfen; für Staaten jedoch, in welchen eine demokratische Verfassung jedem Bevölkerungsbestandteil, jeder sozialen Klasse, jeder geistigen Richtung die Möglichkeit verleiht, sich insoweit zur Geltung zu bringen, als Zahl und politische Reife dies zulassen, scheint mir die Revolution ein Versuch, im Sinne Ihres Rundschreibens das „Recht des Stärkeren“ gegenüber den Gesichtspunkten der größeren Zahl und der Billigkeit zur Geltung zu bringen; sie scheint mir dann im Widerspruche zu stehen mit der allgemeinen Entwicklungstendenz unserer Zeit, welche die Vernunft über die Gewalt setzt. In Demokratien wie Frankreich, England, Amerika scheint mir also die Revolution ihrer Legitimität zu entbehren und auch Parlamente des allgemeinen Wahlrechts wie der Deutsche Reichstag scheinen sie mir für den Kreis ihrer Beziehungen als legitim auszuschließen.

\* \* \*

Ganz andere Gesichtspunkte müssen meiner Ansicht nach für die zweite Phase des Balkankonfliktes, die Spannung zwischen Österreich und Serbien, gelten. Diese gründete sich in erster Linie auf den Wunsch Österreichs, Serbien die ökonomische Unabhängigkeit, welche ihm der Zugang zum Meere verschaffen würde, zu verwehren und auch weiterhin in der Versagung des Transits durch österreichisches Gebiet ein schweres Pressionsmittel gegenüber

dem jungen Königreiche zu besitzen, sowie eine solche politische Stärkung Serbiens hintanzuhalten, die ihm für die südslawische Einigungsbewegung die Rolle Piemonts in der italienischen Einheitsbewegung geben und Bosnien und Kroatien mit dem Geschieke der Lombardei und Venetiens bedrohen würde.

Insolange jedoch Serbien sich nicht aktiv an den Befreiungsbestrebungen der auf österreichischem Boden wohnenden Südslawen beteiligte, ist die Beziehung zwischen Österreich und Serbien offenbar die zwischen zwei unabhängigen Staaten und irgendein Rechtsanspruch eines Staates auf die Nichterstärkung resp. ökonomische und politische Schwächung eines anderen Staates kann nicht bestehen; ihn bloß aufrichtig zu formulieren, schlägt jedem modernen Empfinden ins Gesicht, und tatsächlich hat ja auch Österreich niemals seine wahren Beweggründe vor den Augen Europas klar und deutlich enthüllt, sondern immer Scheingründe (von Bedrohung seiner Seegeltung im Adriatischen Meere durch einen serbischen Handelshafen kann ja offenbar keine Rede sein, da auch eine solche Bedrohung durch die montenegrinischen Häfen Antivari und Dulcigno nicht stattgefunden hat) in den Vordergrund geschoben.

Sein einziger wahrer Titel auf Verneinung des serbischen Anspruchs auf den selbständigen, über eigenes Gebiet führenden Weg zum Meer, war und ist offenbar seine zahlenmäßige und militärische Überlegenheit. Gerade die Bedrohung schwächerer Staaten durch stärkere Nachbarn, gerade diese Geltendmachung des „Rechtes des Stärkeren“ auf dem Felde der Staatenbeziehung ist jedoch offenbar den Kerngedanken der modernen Entwicklung, welche einen internationalen Rechtszustand zu begründen, das „Recht des Stärkeren“ durch das Recht — sans phrase — zu ersetzen sucht, zuwider.

Das menschheitliche Gesamtgewissen, wie es heute noch unvollkommen, in Zukunft jedoch stets vollkommener im Konzert der Großmächte, in der werdenden internationalen Exekutivgewalt zur Geltung kommen wird, ist berufen, solchen friedensstörenden Bestrebungen des stärkeren Staates gegenüber dem schwächeren entgegenzutreten. Tatsächlich ist ja auch gerade der Verlauf der gegenwärtigen Krise ein Beweis für die wachsende Geltung dieses Gedankens; hat ja doch Rußland in uneigennütziger Weise erklärt, daß es eine Vergewaltigung des kleinen südslawischen Königreiches nicht dulden werde, hat doch die unabhängige öffentliche Meinung Deutschlands erkennen lassen, daß sie nur mit äußerster Unlust einen österreichischen Angriffskrieg auf Serbien gegenüber den unvermeidlichen Folgen jenes Konfliktes mit Rußland decken werde; hat ja das europäische Konzert schließlich die ganze Streitfrage geschlichtet.

In zweiter Linie haben sich die österreichisch-serbischen Beziehungen um der Reibungen willen, die zwischen dem österreichischen Konsul zu Prisrend, Prochaska, und den serbischen Militärbehörden ausbrachen, vorübergehend zugespitzt. Von serbischer Seite warf man dem Konsul vor, daß er aus seiner pflichtgemäßen Neutralität herausgetreten sei und die albanesische Bevölkerung zum Widerstand gegen Serbien aufgehetzt habe; von österreichischer Seite wieder beschuldigte man Serbien, daß es die Bewegungs- und Korrespondenzfreiheit des Konsuls eingeschränkt habe. Hier lag offenbar ein Fall vor, der unparteiisch nur beurteilt werden konnte, wenn der tatsächliche Sachverhalt von Unparteiischen untersucht und festgestellt und im Sinne des gerade in dieser Richtung (Pflichten und Rechte der Neutralen im Kriegsfall, Pflichten und Rechte der diplomatischen Vertreter) bereits



fein ausgebildeten Völkerrechtes interpretiert wurde. Es lag also ein Schulfall für das Eingreifen des Haager Schiedsgerichts vor, genau so wie mit den Deserteuren von Casablanca, wie ein hervorragender österreichischer Völkerrechtslehrer, Prof. Lammasch, auch in einem Wiener Blatte erklärt hat.

Statt dieser billigen Schlichtung des Streitfalles wurde er, infolge eines auf Serbien ausgeübten übermächtigen Druckes, ohne unparteiische Untersuchung, durch Entschuldigung der serbischen Behörden Österreich gegenüber geregelt; immerhin wurde auch so Gewaltanwendung vermieden.

Fassen wir also die Folgerungen, die sich aus dem speziellen Fall des Balkankonfliktes für die so bedeutende allgemeine Antithese „Hier Recht des Stärkeren, dort Billigkeit und Recht, von schiedsgerichtlichen Instanzen promulgiert“ ziehen lassen, zusammen, so finden wir:

1. daß die derzeitige Haager Schiedsgerichtsinstanz für Geltendmachung des Rechtsgedankens in Fällen wie dem Konsultstreit zu Preisend genüge, jedoch eine wirksame Betonung dieses Gedankens durch die unparteiischen Mächte nottue, damit nicht starke Mächte sich zu Übermuthandlungen gegen schwächere, die ihren eigenen Interessen ohnehin nicht nützen, hinreißen lassen,

2. daß die Verhütung einer Vergewaltigung schwächerer Staaten durch starke Nachbarn, insoweit wahre Interessenkonflikte vorliegen, von einer reinen Rechtsinstanz nicht ausgehen, daß nur das Werden einer internationalen Exekutivgewalt in dieser Richtung Wandel schaffen kann,

3. daß gegenüber revolutionären Entwicklungen wie der gewaltsamen Befreiung der Balkanslawen von türkischer Feudalherrschaft nur die Ausbreitung demokratisch-parlamentarischer Institutionen eine gewisse Garantie zu bieten vermag.

Mögen auch selbst demokratische Staaten vom Gespenste der Revolution bedroht sein, jedenfalls sind sie ihm minder ausgesetzt als solche, in denen das Recht ein Herrschaftsverhältnis, das auf Machtbeziehungen einer vergangenen Epoche aufgebaut war, kodifiziert hat, in denen also offenbar die neuen Machtverhältnisse der Gegenwart sich nicht auf rechtlchem Wege, sondern nur auf dem der Gewalt durchzusetzen vermögen.

Die Macht der öffentlichen Meinung aber und die Vernunft, an welche ja diese Rundfrage appelliert, werden in den demokratisch regierten Ländern, und nur in diesen, ihr klares Votum zuungunsten der Revolution und zuungunsten legaler Fortentwicklung der sozialen Verhältnisse in die Wagschale werfen können.